



Universität für Bodenkultur Wien

Department für Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften (WiSO)

Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik

Vorstand: **Univ.Prof Dipl.-Ing. Dr.nat.techn. Karl Hogl**

Betreuer/Mitbetreuer: **Assoc. Prof. Mag. Dr. Reinhard Steurer MPP/Dr. Aron Buzogany, M.A. M.P.S.**

NATIONALE WAHLPROGRAMME IN DER EU UND DER NUTZUNGSGRAD VON ERNEUERBAREN ENERGIEN

Diplomarbeit zur Erlangung des Diploms an der
Universität für Bodenkultur Wien (Institut für Wald-,
Umwelt- und Ressourcenpolitik)

Eingereicht von
Claus Mersch, BSc BSc (Institut für Wald-, Umwelt- und
Ressourcenpolitik)

Wien, November 2018 (Institut für Wald-, Umwelt- und
Ressourcenpolitik)

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all jenen bedanken, die durch ihre persönliche und fachliche Unterstützung zum Gelingen dieser Diplomarbeit beigetragen haben. Hierzu gehören Dr. Aron Buzogany, der mich durch die Entstehung dieser Arbeit geführt hat und immer ein Ohr für mich offen hatte und PhD Kandidaten Stefan Müller, der mir beim Formulieren der Methode große Dienste erwiesen hat. Mein besonderer Dank gilt meiner Familie, insbesondere meinen Eltern, die mir mein Studium ermöglichten und mich in all meinen Entscheidungen unterstützt haben. Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meiner Freundin Michaela, die mich immer wieder ermutigte und mit vielen nützlichen Tipps bzw. Korrekturlesen einen wesentlichen Teil zur Diplomarbeit beigetragen hat.

Schließlich danke ich meinen Freunden die mich über meine gesamte Studienzzeit an der BOKU hinweg begleitet haben. Vielen Dank für die schönen Jahre.

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe, andere als die angegebenen Quellen nicht verwendet habe und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Ort, Datum

Name des Verfassers

Kurfassung

Wahlprogramme sind wichtig. Das zeigen die hier generierten Ergebnisse. Wahlprogramme sind die einzige Langzeit-Quelle für politische Kommunikation. Form, Gestaltung, Inhalt und Länge werden ausschließlich von der verfassenden Partei festgelegt (Dolezal et al. 2016; Walgrave & Nuytemans 2009). Im Zuge dieser Arbeit wurde, anhand eines Mix aus quantitativer und qualitativer Analyse, die Salienz (bzw. Worthäufigkeit) erneuerbarer Energien aus Wahlprogrammen extrahiert. Mit diesen Daten konnten im Anschluss die Erfolge der Praxisumsetzung von Wahlprogrammen messbar gemacht werden. Bewiesen wird dies anhand mehrerer Regression-Modelle, welche alle zeigen, dass die Salienz erneuerbarer Energien in Wahlprogrammen im linearen Zusammenhang mit dem Nutzungsgrad von erneuerbaren Energien steht. Speziell positiv wirken sich die Wahlprogramme der Parteien, die den Regierungsvorsitz innehaben, aus.

Die Arbeit stützt sich auf die umfassende Sammlung an Wahlprogrammen des Comparative Manifesto Projects (CPM). Dort werden ebenfalls Salienzen erhoben. Jedoch ist die Methodik des CMPs nicht für die vorliegende Arbeit geeignet. Bewiesen wird dies ebenfalls anhand der Regressionen. Hier konnte ein direkter Vergleich zwischen der im Zuge dieser Arbeit generierten Salienz und der des CMPs angestellt werden.

Die zentrale unabhängige Variable (Salienz) wurde zusätzlich neben den erhobenen Salienzen des CMPs auch mit zahlreichen anderen Variablen verglichen. Diese wurden im Zuge der Hypothesenbildung in Erklärungsbindel unterteilt. Als ebenfalls hilfreich, um den Nutzungsgrad erneuerbarer Energien zu erklären, erwiesen sich die Bündel der Wirtschaftsfaktoren und Umweltbedingungen. Andere Erklärungsbindel sind zwar ebenfalls erklärend, bedürfen jedoch einer näheren Besprechung in der Diskussion. Keines der Bündel erscheint jedoch so erklärend, wie das der Parteiprogrammatik, welches auch die hier erhobene Salienz beherbergt.

Abstract

Election programs are important. This is shown by the results generated here. Election programs are the only long-term source of political communication. Form, design, content and length are determined exclusively by the authorizing party (Dolezal et al 2016, Walgrave & Nuytemans 2009). In the course of this work, the salience (or word frequency) of renewable energies was extracted from election programs based on a mix of quantitative and qualitative analysis. The results of the practical implementation of electoral programs could then be measured using these data. This is proven by several regression models, which all show that the saliency of renewable energies in electoral programs is linearly related to the degree of utilization of renewable energies. The electoral programs of the parties holding the governmental presidency have a particularly positive impact.

The work is based on the comprehensive collection of election programs by the Comparative Manifesto Project (CMP). They also provide data on saliency on environmental protection. However, the methodology of the CMP is not suitable for the present work. This is also proven by the regressions. Here a direct comparison could be made between the salience generated in the course of this work and that of the CMP.

In addition to the salience of the CMP, the central independent variable (salience of renewable energy) was also compared with many other variables. These were subdivided into explanatory bundles in the course of the hypothesis formation. The bundles of economic factors and environmental conditions also proved helpful in explaining the degree of utilization of renewable energies. Although other bundles are also explanatory, they require a closer review in the discussion. However, none of the bundles seems as explanatory as that of the party manifestos, which also houses the salience raised here.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Zielsetzung und Abgrenzung der Fragestellung	3
2.1	Zielsetzung der Arbeit	3
2.2	Abgrenzung der Fragestellung	5
3	Theorie	6
3.1	Hypothesen	6
3.2	Theoretische Grundlagen	9
3.2.1	Analyse von Wahlprogrammen	9
3.2.1.1	Stand der Wahlprogramm-Literatur	11
3.2.1.2	Konzepte zur Analyse von Wahlprogrammen	12
3.2.1.3	Exkurs: Die Entstehung von Parteiprogrammen	16
3.2.1.4	Externe Faktoren	16
3.2.1.5	Parteiprogrammatik und Policy Ergebnisse	17
3.2.1.5.1	Salienz, Issue-Ownership und Valence-Issues	17
3.2.1.5.2	Nischenparteien und das Links-Rechtsspektrum	18
3.2.2	Energiepolitische Lage und erneuerbare Energie in der EU	20
3.2.2.1	Motive	21
3.2.2.2	Probleme	22
3.2.2.3	Literatur-Review zu erneuerbaren Energien und Klimawandel	23
4	Daten, Operationalisierung und Methoden	26
4.1	Datengrundlage	26
4.1.1	Verfeinerung der CMP-Methodik	26
4.2	Operationalisierung	31
4.2.1	Abhängige Variable	31
4.2.2	Unabhängige Variablen	31
4.3	Methode	36
4.4	Qualitative Analyse	36
4.5	Quantitative Analyse	37
4.5.1	Datenverarbeitung	37
5	Ergebnisse	43
5.1	Deskriptive Ergebnisse	43
6.2	Regression	47
6	Diskussion der Ergebnisse	52
7	Zusammenfassung, Schlussfolgerung und Ausblick	56
	Literaturverzeichnis	58
	Tabellenverzeichnis	66
	Abbildungsverzeichnis	66
	Anhang	68
	Abkürzungsverzeichnis	76
	Lebenslauf	77

1 Einleitung

Der Energiebedarf der Europäischen Union (EU) steigt ungeachtet erschöpfbarer fossiler Quellen stetig (Huesemann 2003). Zudem gestaltet sich das Fördern neuer Energievorkommen von Jahr zu Jahr immer aufwändiger und kostspieliger (Pacesila et al. 2016). Neben diesen endlichen Brennstoffen wird Atomkraft in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten als Energiequelle genutzt. Diese Form der Energie birgt jedoch große Risiken für die Bevölkerung und deren Umwelt in sich (Pacesila et al. 2016). Ein Lösungsansatz zu diesen Problemen findet sich im Ausbau erneuerbarer Energien in der EU wieder. Sie verursachen weitaus weniger Emissionen, fördern die Autarkie von Energie-Importen, bieten Versorgungssicherheit durch Diversifikation und unter Einberechnung der externen Effekte sind sie auch eine kostengünstige Alternative. Aus diesen Gründen sind erneuerbare Energien auch der Schlüssel in der aktuellen Energiepolitik der EU (Pacesila et al. 2016). Wie fördert man also den Ausbau und schlussendlich deren Nutzung? Ein Weg hierfür ist es finanzielle Anreize zu schaffen. Einspeisetarife (Feed-In-Tarifs - FIT) beispielweise bieten Produzenten und Produzentinnen von erneuerbaren Energien eine garantierte Prämie über längere Zeiträume (Bayer & Urpelainen 2016; Baldwin et al. 2017). Ein anderer Ansatz ist der des EU Emissions Trading System (EU ETS). Das Emissionshandelssystem wurde 2005 als weltweit erster großer Markt für den Handel von CO₂ ins Leben gerufen und ist bis heute eines der größten seiner Art. Im Prinzip handelt es sich um ein Zertifikatshandelssystem bei dem Unternehmen Zertifikate benötigen um CO₂, oder andere Treibhausgase in CO₂-Äquivalente umgerechnet, ausstoßen zu dürfen. Diese Zertifikate erhalten sie entweder kostenlos vom Staat oder müssen zugekauft werden. Wer CO₂ ohne Zertifikat emittiert hat mit Strafzahlungen zu rechnen (European Commission 2013). Um solche Anreize zu schaffen ist die Politik gefordert.

Wie können die Bereitschaft bzw. die Absichten, beispielsweise einer Regierung, um solche Projekte umzusetzen, gemessen werden? Wie zeigt sich der Stellenwert erneuerbarer Energien für eine Partei? Eine Möglichkeit besteht darin, Regierungsprogramme oder Klimastrategien zu analysieren und Interviews mit wichtigen Akteuren und Akteurinnen durchzuführen. Diese sind zwar analysierbar und auch erforscht (siehe beispielsweise Bauer et al. (2012), Sapsford & Jupp (2006), Mintzberg et al. (1998) oder Lamnek (1988)), will man jedoch längerfristige politische Entwicklungen analysieren, bietet sich die Analyse von Wahlprogrammen an. Wahlprogramme stellen eine einzigartige Langzeit-Quelle für politische Kommunikation dar. Sie werden zu jeder Wahl in Beteiligung parteiinterner Repräsentanten und Repräsentantinnen oder Führungspersönlichkeiten erstellt. Form, Gestaltung, Inhalt und Länge werden ausschließlich von der verfassenden Partei festgelegt (Dolezal et al. 2016; Walgrave & Nuytemans 2009). Somit eignen sich Wahlprogramme hervorragend zum Erfassen der Salienz (siehe Unterkapitel 3.2.1.5.1) politischer Themen. Um einen Zusammenhang zwischen Wahlprogrammen und der Salienz erneuerbarer Energien herzustellen, wurden in dieser Arbeit 1.410 Wahlprogramme aus 27 Ländern analysiert. Dabei wurde auf neuere methodische Entwicklungen in der politikwissenschaftlichen Parteienforschung zurückgegriffen. Insbesondere im Bereich der Analyse von Parteiprogrammen gibt es neuere Arbeiten, welche die Parteienforschung und Policy Analyse zu verbinden versuchen (Laver, Benoit und Garry (2003), König (2018) und Budge (1994)) und diese zunehmend auch auf Fragen der Klimapolitik anwenden (Farstad (2017)).

Die Zusammenhänge zwischen ermittelter Salienz bezüglich der Nutzung erneuerbarer Energien in den Parteiprogrammen und dem tatsächlichen Nutzungsgrad wurde im Rahmen einer statistischen Analyse untersucht. Neben dem Zusammenhang zwischen Parteiprogrammen und Ausbaugrad erneuerbarer Energien wurden in dieser Arbeit auch andere Variablen getestet, die den Nutzungsgrad beeinflussen können. Die Ergebnisse zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen der Salienz von erneuerbaren Energien in den Wahlprogrammen der Parteien und dem Nutzungsgrad von erneuerbaren Energien existiert. Aussagen einer regierungsführenden Partei im Land wirken sich hochgradig positiv auf den Nutzungsgrad aus. Somit sind Wahlprogramme eine legitime Quelle um beispielsweise Prognosen aus Wahlprogrammen noch vor der eigentlichen Wahl bezüglich der möglichen Aktivitäten einer zukünftigen Regierung zu tätigen.

Die Arbeit gliedert sich wie folgt. Zunächst wird auf die Theorie (Kapitel 3) von Wahlprogrammen eingegangen. Hier werden die Fragen "Wie entstehen Wahlprogramme?", "Wie sind sie gegliedert?" und "Wie kann man sie analysieren?" beantwortet. Aber auch wie sich Parteien positionieren und die Energiepolitik der EU werden näher beleuchtet. Nach der Theorie folgen Datengrundlagen, Operationalisierung und Methoden (Kapitel 4). Hier werden alle Schritte und Vorgehensweisen der qualitativen und quantitativen Analyse und der statistischen Analyse erklärt. Im Unterkapitel Datengrundlagen, Material und Methoden (Kapitel 4.3) werden des Weiteren speziell die Unterschiede der hier angewandten Methoden von der des Comparative Manifesto Projects (CMP) erörtert. Es folgen die Ergebnisse (Kapitel 5), geteilt in deskriptive Ergebnisse und statistische Analyse. Eine Diskussion der Ergebnisse folgt im Kapitel 6. Hier werden die Resultate in Kontext gebracht, Implikationen erörtert sowie die Grenzen der Arbeit behandelt. Im Kapitel Zusammenfassung, Schlussfolgerung und Ausblick (Kapitel 7) werden die Ergebnisse resümiert, die bedeutendsten Erkenntnisse zusammengefasst, mögliche weitere Schritte erläutert und Ideen für weiterführende Forschung gesammelt.

2 Zielsetzung und Abgrenzung der Fragestellung

2.1 Zielsetzung der Arbeit

Ziel der Arbeit ist es, einen Zusammenhang zwischen den programmatischen Aussagen einer Partei und deren Umsetzung zu finden. Wie können Parteipositionen in einem konkreten Politikfeld messbar gemacht werden? Politiker äußern sich fast täglich auf verschiedensten Kanälen zu relevanten Themen. Aber wie messbar sind Twitter-Posts, Zeitungsinterviews, parlamentarische Reden, entgeltliche Einschaltungen oder Wahlprogramme? Die optimale Quelle für politische Aussagen muss eine gewisse Kontinuität aufweisen, nach einem gewissermaßen einheitlichen Schema verfasst sein und im optimalen Fall frei zugänglich sein. Da etwa Social Media über keine lange Geschichte verfügt, Zeitungsinterviews meist erst in Form eines Abonnements erworben werden müssen, parlamentarische Reden oft sehr emotional sind und entgeltliche Einschaltungen nicht objektiv sind, bleiben nur Wahlprogramme über. Sie sind die einzige Quelle, die weit rückwirkend verfügbar ist, wird zur jeder Wahl in Beteiligung parteiinterner Repräsentanten und Repräsentantinnen oder Führungspersönlichkeiten erstellt und Form, Gestaltung, Inhalt und Länge werden ausschließlich von der verfassenden Partei determiniert (Dolezal et al. 2016; Walgrave & Nuytemans 2009).

Wahlprogramme können kodiert werden und Aussagen etwa nach ihrer Häufigkeit gezählt werden. Wie kann man diese Ergebnisse im Rahmen einer Policy Analyse verwerten? Hierzu braucht man Indikatoren. Diese Arbeit benutzt als Indikator für die abhängige Variable den Nutzungsgrad erneuerbarer Energien. Die zentrale unabhängige Variable ist hingegen ein selbstermittelter Indikator für programmatischen Aussagen bezüglich dem Ausbau erneuerbarer Energien. In der vorliegenden Arbeit wird also versucht, die Praxisumsetzung von parteipolitischen Aussagen anhand von Wahlprogrammen zu ermitteln. Dabei stellen sich grundlegende Fragen zu Wahlprogrammen und erneuerbaren Energien. Sind Wahlprogramme nur Imagepflege bzw. "Wahlzuckerl" für gewisse Zielgruppen oder eine wahrheitsgetreue Positionierung? Welche parteipolitischen Entscheidungen liegen den Programmen zu Grunde? Wie kann man die Ergebnisse bzw. Policies verstehen und messen? Wie ist die Lage der erneuerbaren Energien in Europa? Bevor man zur Umsetzung der Analyse schreitet, müssen also zahlreiche Fragen beantwortet werden. Zunächst soll auf das Thema Klimapolitik, speziell in der EU, aufgebaut werden.

Bekanntlich steigt der Energiebedarf der EU trotz erschöpfbarer fossiler Quellen stetig (Huesemann 2003). Zudem gestaltet sich das Fördern neuer Vorkommen von Jahr zu Jahr immer aufwändiger und kostspieliger (Pacesila et al. 2016). Diese Umstände bringen volatile Preise mit sich (Miguel & Manzano n.d.). Abseits dieser Probleme stehen fossile Energieträger in einer direkten Verbindung zum Klimawandel (Abedin et al. 2013). Ohne starke Maßnahmen ist mit einem Temperaturanstieg von mindestens 1°C bis 3,5°C (oder höher) in den nächsten Jahren zu rechnen (IPCC 2018). Diese Maßnahmen werden oft in Form von Policies eingeführt. Da erneuerbare Energie vermehrt produziert werden soll, diese sich aber noch kaum wirtschaftlich gegen etablierte Kohle- und Gaskraftwerke durchsetzen kann, wurden Förderprogramme ins Leben gerufen, die eine nachhaltige Energieerzeugung unterstützen sollen. Zwei Möglichkeiten um erneuerbare Energien zu fördern sind die Einspeisevergütung im Rahmen eines Feed-in Tarifs (FIT) oder ein Quotenmodell. Bei der Einspeisevergütung wird dem Energieerzeuger und der Energieerzeugerin ein fixer Preis pro kWh gezahlt um ihn marktfähig zu machen (Solorio et al. 2014; Bayer & Urpelainen 2016;

Baldwin et al. 2017). Dieses System wird als besonders effektiv wahrgenommen um Investitionen in erneuerbare Energieträger zu stimulieren (Solorio et al. 2014; Couture & Gagnon 2010; Mendonça 2012; Mitchell et al. 2006; Smith & Urpelainen 2014). Eine weitere Policy ist das Emissionshandelssystem der EU. Es ist eines der kostenwirksamsten Instrumente um Treibhausgase zu reduzieren und erneuerbare Energien zu fördern. Es wurde im Jahr 2005 als Markt für den Handel von CO₂ eingeführt (European Commission 2013). Eine Form um den Erfolg von Policies für erneuerbare Energien messbar zu machen, ist die Analyse von Patenten in genau diesem Bereich. Diese spiegeln die Innovation im jeweiligen Gebiet wieder (Bayer et al. 2013). Erneuerbare Energien sind aber nicht nur interessant, weil sie bedeutend weniger Emissionen als konventionelle Energieträger verursachen, sondern da sie nebenbei noch die Autarkie von Energieimporten fördern, Versorgungssicherheit durch Diversifikation bieten und unter Einberechnung der externen Effekte auch die kostengünstigere Alternative sind. Erneuerbare Energien sind auch der Schlüssel in der aktuellen Energiepolitik der EU. Für die EU selbst bedeuten erneuerbare Energien zusätzlich einen Erhalt der Vormachtstellung auf dem Gebiet der Innovation und die Chance eine führende Rolle am weltweiten Energiemarkt einzunehmen (Pacesila et al. 2016).

Hat man alle Fragen zur energiepolitischen Lage beantwortet, findet man sich bei dem Thema Wahlprogramme wieder. Wie bereits erwähnt, muss die optimale Quelle seit langer Zeit existieren und simpel in der Beschaffung sein. Das CMP sammelt und archiviert Wahlprogramme frei zugänglich in einer umfassenden Datensammlung, welche seit dem II. Weltkrieg nach 56 Kategorien ("Policy-Positionen" (Ruß 2014)) kodiert werden. Jedoch eignen sich diese Kodierung nicht für die hier gesuchten Ergebnisse. Das Thema Umwelt beschränkt sich auf lediglich einen Indikator ([501] Environmental Protection: Positive) (Volkens et al. 2017). Dieser deckt beispielsweise sowohl Aussagen zu erneuerbaren Energien, als auch zu Fließgewässerqualität ab und ist somit nicht für detaillierte Analysen geeignet (Ruß 2014). Die Ergebnisse im Unterkapitel 0 beispielsweise zeigen, dass Methoden ähnlich die von Ruß (2014), Farstad (2017), Laver et al. (2003) und Laver & Garry (2000), die die Kodierung des CMPs abändern, grundsätzlich andere Ergebnisse liefern. Angelehnt an diese Quellen, wird in dieser Arbeit aus einer qualitativen Analyse sowohl eine qualitative, als auch eine deutlich umfangreichere quantitative Analyse durchgeführt, um an die zentrale unabhängige Variable, der programmatischen Aussagen bezüglich dem Ausbau erneuerbarer Energien zu gelangen. Vergleicht man die hier generierten Werte mit denen von Ruß (2014), so ähneln diese den ausschließlich qualitativ generierten Ergebnissen stark (siehe Abb. 6, Abb. 7, Abb. 8 und Abb. 9). Es muss allerdings angemerkt werden, dass Ruß (2014) nach dem Themengebiet Klimawandel sucht und somit keine exakte Übereinstimmung zu Stande kommen kann. Ein weiterer Vorteil der Werte aus Eigengense ist, dass sie für einen geografisch viel größeren Kreis problemlos erstellt werden können. Wo sich Ruß (2014) auf drei deutschsprachige Länder beschränkt (sicherlich auch wegen besserer Vergleichbarkeit, etc.), so kann man mit der hier angewandten Methode, ohne größere Probleme, den gesamten EU-Raum untersuchen. Nun stellt sich die Frage, was genau im Zuge dieser Arbeit erhoben wird. Es handelt sich um die Salienz des Themas "erneuerbare Energien". Obwohl es in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse am Zusammenhang zwischen Klimapolitik und Parteienpolitik gibt (siehe Farstad 2017; Ruß 2014; Carter 2013; Carter et al. 2017), sind erneuerbare Energien selbst, beschränkt untersucht worden. In dieser Arbeit wird die gemessene Salienz mit den Nutzungsgraden an erneuerbaren Energien verglichen und somit mögliche Zusammenhänge aufgedeckt. Die Arbeit macht somit einen Schritt in Richtung der Messbarmachung politischer Aussagen.

2.2 Abgrenzung der Fragestellung

Um eine repräsentative Größe zu erlangen, fiel die Wahl der untersuchten Länder auf die Mitgliedsstaaten der EU. Es stand auch der deutschsprachige Raum zur Debatte. Da die EU den weltweit größten Binnenmarkt darstellt und zahlreiche gemeinsame Initiativen zum Ausbau erneuerbarer Energien fördert und über eine ansprechende Vergleichbarkeit verfügt, wurde sie gegenüber dem deutschsprachigen Raum bevorzugt. Dafür sprach auch die relativ einfache Verfügbarkeit von Primär- und Sekundärdaten. Diese sind oft gebündelt über Eurostat verfügbar; die entsprechenden Wahlprogramme liegen bei CMP bereit. Jedoch musste, aufgrund zu weniger verwertbarer Wahlprogramme, auf die Analyse einiger Mitgliedsstaaten (Malta (keine Wahlprogramme), Bulgarien, Zypern, Litauen, Polen, Rumänien und die Slowakei) verzichtet werden. Verdeutlicht wird dies anhand von Abb. 1. Hier kann die Datenlage der jeweiligen Länder abgelesen werden. Große Lücken sind ausschließlich in Ländern zu beobachten, die bei der EU-Erweiterung 2004 oder danach zur EU stießen.

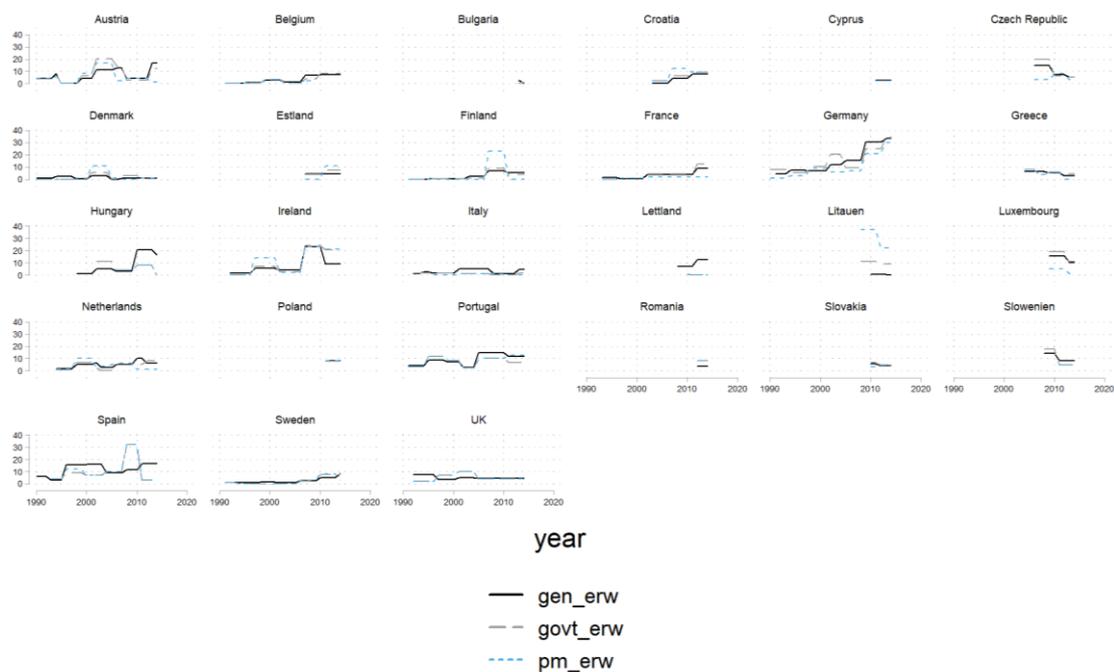


Abb. 1 - Datengrundlage nach Ländern und Kategorien. (Eigene Darstellung)

3 Theorie

3.1 Hypothesen

Fokus der Arbeit ist den hypothetischen Zusammenhang zwischen Parteiprogrammatik und erneuerbaren Energien herzustellen. Im Zuge der Analyse werden die hier gewonnenen Daten durch eine Regression verarbeitet. Um die Bedeutung dieser auf die Nutzung von erneuerbaren Energien besser deuten zu können, fließen fünf Variablenfamilien bzw. Erklärungsbündel in die Regression ein.

Um zu hinterfragen, ob die durch Wahlprogramme erhobene Salienz auf realpolitische Bedingungen Einfluss nimmt, beginnt die Auswertung mit dem Erklärungsbündel der *Parteiprogrammatik*. Zu den grundsätzlich hier generierten Daten zur Salienz von erneuerbaren Energien gesellen sich, um ein größeres Bild der Lage zu zeichnen, die programmatischen Indikatoren Planwirtschaft, Marktwirtschaft und Wohlfahrt.

Um einen direkten Vergleich zwischen den im Zuge dieser Arbeit generierten Variablen mit denen des CMPs zu schaffen, kommen noch die Auswertungen des CMPs der Indikatoren bezüglich Wirtschaftswachstum und Umweltschutz hinzu. Hierbei handelt es sich um Daten aus der qualitativen Analyse des CMPs, die jegliche Aussagen in Wahlprogrammen kodieren (Volkens et al. 2017). Zu diesen Variablen gesinnt sich noch die RILE-Skala (Right Left), welche die Links-Rechts-Positionierung von Parteien abbildet. Ruß (2014) und Farstad (2017) sprechen der Gesinnung bzw. Identität einer Partei eine große Erklärungskraft bzgl. Salienzen in Wahlprogrammen zu.

All diese Variablen haben gemeinsam, dass sie die Salienz von Themen bzw. Positionierungen von Parteien messbar machen und anhand von Wahlprogrammen erhoben werden können. Dabei wird – dem Ansatz der Manifestoforschung folgend – davon ausgegangen, dass politische Parteien in ihren Parteiprogrammen den für sie wichtigen Themen mehr Platz einräumen. Es liegt nahe, dass Themen denen viel Platz eingeräumt wird, eher eine Chance haben, auch tatsächlich umgesetzt zu werden, sollte die entsprechende Partei in die Regierungsverantwortung kommen.

H1 - Politische Positionen von Parteien und die Formulierung ihrer Wahlprogramme bezüglich erneuerbarer Energien beeinflussen den tatsächlichen Nutzungsgrad von Erneuerbaren Energien.

Die zweite Variablenfamilie bezieht sich auf die Rolle der *fossilen Energieträger* als Konkurrenz zu erneuerbaren Energien. Große Teile der EU sind von fossilen Energieformen abhängig. Beispielsweise verfügt Polen über enorme Kohlevorkommnisse und es ist in Polens ökonomischen Interesse diese auch zu nutzen. Kohle gilt als Triebkraft im Land. Diese produziert einen Anteil von 54% des gesamten Energiesektor und sogar 88% der Elektrizität. Auch wenn Gasverhandlungen stets im Mittelpunkt stehen, macht Gas nur 13% des polnischen Energiemixes aus. Hinzuzufügen ist, dass wie auch für den Großteils Europas Russland als wichtigster Gasexporteur gilt (Szulecki et al. 2016). Schweden wiederum verfügt zwar über ein beträchtliches Potential an erneuerbaren Energien, bezieht aber, einen großen Teil seiner Energie aus Kernkraft, hinter der eine große Lobby steht. Obwohl Deutschland europaweit der größte Importeur für Öl und Erdgas ist, konnte es durch den Zuwachs an erneuerbaren Energien zu einem netto Exporteur aufsteigen. (Szulecki et al. 2016; Pacesila et al. 2016; Energien 2013) Die drei Hauptbeweggründe der deutschen Energiedebatte sind das 40% Ziel (Senkung der Treibhausgase), die Einführung eines

Kapazitätsmarkt für Elektrizität und die Bewerkstelligung dieses auf europäischer Ebene. Außerdem wurde, initiiert durch die Vorfälle in Fukushima, eine Abkehr von Atomenergie mit einem Fokus auf erneuerbare Energien und Umweltschutz unter Berücksichtigung der vorhandenen Strukturen beschlossen. (Szulecki et al. 2016)

Ein Beispiel an ähnlicher Literatur nehmend (Dombrowski 2012; Huang et al. 2007; Marques et al. 2010; Jenner et al. 2013) werden Energieproduktion von Kohle, Gas, Öl und Kernenergie in die Hypothesenbildung inkludiert. Diese sollen die Konkurrenz von erneuerbaren Energieträgern darstellen. Die Vermutung ist naheliegend, dass ein Rückgang der Konkurrenz eine vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien zur Folge hat und umgekehrt.

H2 - Andere Energieformen als die der erneuerbaren, stehen in einem negativen Verhältnis zu diesen, da sie eine direkte Konkurrenz darstellen.

Das nächste Erklärungsbündel ist das der *Policy Instruments*. Hier aufgeführt sind Feed-in-Tarife (FIT), Patent Grants und das EU Emissions Trading System (EU ETS). Nach dem Einfluss der Salienz wird nun also die nächste Stufe der Taten analysiert bzw. wie erfolgreich diese sind.

Unter einem FIT versteht man eine Policy die Produzenten von erneuerbaren Energien eine garantierte Prämie bietet (Bayer & Urpelainen 2016; Baldwin et al. 2017). In Deutschland beispielsweise erzielen zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe ansehnliche Profite mit dem Einspeisen von Solarenergie (Vasagar 2013). Dort bekommt man dank dem Stromeinspeisungsgesetz von 1990 einen garantierten Netzanschluss und prozentbasierte Prämie für das Einspeisen von Wind- und Solarenergie. Diese Prämie ist von großer Bedeutung, da sie als Anreiz für Investments oder Innovationen fungiert. Wie bereits von Mendonça (2012) beschrieben, räumen auch andere Wissenschaftler dem FIT eine außerordentliche Effektivität ein (Couture & Gagnon 2010; Mendonça 2012; Mitchell et al. 2006; Smith & Urpelainen 2014). Zudem steht der FIT hinter Deutschlands aggressivem Wachstum im Bereich erneuerbare Energien. Natürlich ist der Erfolg eines FIT von der gebotenen Prämie abhängig. Diese variiert zwischen den Mitgliedstaaten und liegt zwischen 0,02¢ und 10,3¢ (US) pro erzeugter Kilowattstunde. FITs bergen entscheidende Vorteile in der Wirkungsverteilung, da diese für jeden zur Verfügung stehen, der erneuerbare Energie einspeisen vermag (Bayer & Urpelainen 2016).

Das Emissionshandelssystem der EU ist ein kostenwirksames Instrument, um Treibhausgase zu reduzieren und erneuerbare Energien zu fördern. Es wurde 2005 als weltweit erster großer Markt für den Handel von CO₂ eingeführt und ist bis heute einer der größten. Das Prinzip orientiert sich am Zertifikatshandel. Unternehmen benötigen Zertifikate um CO₂, oder andere Treibhausgase in CO₂-Äquivalente umgerechnet, ausstoßen zu dürfen. Ein Zertifikat hat den Wert von einer Tonne CO₂. Diese Zertifikate erhalten sie entweder kostenfrei vom Staat oder müssen zugekauft werden. Wer CO₂ ohne Zertifikat emittiert hat mit Strafzahlungen zu rechnen (European Commission 2013). Die Entwicklung des ETS hatte einige Startschwierigkeiten und wurde allgemein unter dem Motto „learning by doing“ geführt. So war die Anzahl der verfügbaren Zertifikate in der ersten Phase von 2005 bis 2007 zu hoch, sodass der Preis jener Zertifikate stark fiel. Gleiches geschah in der zweiten Phase von 2008 bis 2012. Die Anzahl der Zertifikate wurde zwar reduziert, war aber immer noch zu hoch. Mit Beginn der dritten Phase im Jahr 2013, die bis 2020 dauern soll, wurde eine EU-weite Deckelung eingeführt und das bisherige Vergabe- und Kaufsystem wurde durch ein Auktionssystem ersetzt. Die Deckelung soll dazu führen, dass nur eine begrenzte Menge an

Zertifikaten vergeben werden und so auch nur eine begrenzte Menge an CO₂ ausgestoßen werden darf. Jedes Jahr wird die Anzahl der Zertifikate um 1,74% verringert, um einen Anreiz zu schaffen auf CO₂-freundliche Produktion und Energieträger umzusteigen (European Commission 2013). Zusammenfassend wird also vermutet, dass die Policies bei ihrer Einführung positive Effekte auf erneuerbare Energien mit sich bringen.

Patent Grants sind ein anerkanntes Maß für Innovation im Sektor erneuerbare Energien und machen den Erfolg von gesetzten Policies greifbar (Bayer et al. 2013; Cheon & Urpelainen 2012). Da der Antrag eines Patents mit Kosten und Zeit verbunden ist, kann man davon ausgehen, dass die Zahl der nicht ernsthaften Anträge relativ unbedeutend ist (Cheon & Urpelainen 2012).

H3 - Es wird angenommen, dass die Einführung von Policyinstrumenten, wie Feed-In Tarife oder das EU ETS, sich positiv auf die Nutzung von erneuerbaren Energien auswirkt.

Viertes Erklärungs Bündel ist das der *Umweltbedingungen*. Angesichts der aktuellen Lage der Klimapolitik und CO₂ als Hauptverursacher des Klimawandels, sollte dieses auf der politischen Agenda im 21. Jahrhundert ganz oben stehen. Ein Problem, welches CO₂ mit sich bringt, ist, dass es in seiner Form keine räumliche Begrenzung kennt und es sich somit um ein globales Problem handelt. Der aktuelle IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) Sonderbericht zur globalen Erwärmung (SR1.5) beschreibt, wie menschliche Aktivitäten das weltweite Klima bereits um etwa 1°C ansteigen haben lassen. In diesem Szenario wird bis 2030 ein Anstieg um 1,5°C vorhergesagt. Damit verbundene Umstände sind beispielsweise der Anstieg des Meeresspiegels, Gletscherschmelzen oder vermehrte Extremwetterereignisse. In einer Zeit des Konsens bzgl. des Klimawandels empfehlen die Wissenschaftler des IPCC eine weltweite CO₂-Neutralität, um die globale Erwärmung aufzuhalten. Das bedeutet, dass in der Bilanz mindestens so viel CO₂ abgebaut werden muss wie emittiert wird (IPCC 2018). Warum investieren also einige Länder mehr, während andere sich wie Trittbrettfahrer verhalten? Eine bislang vernachlässigte mögliche Erklärung sind parteipolitische Ideologien. CO₂ minimieren kann beispielsweise eine Präferenz linker Parteien sein. Gegner des Kyoto-Protokolls sind z.B. eher rechts gerichtete Regierungen als die der meisten EU-Mitgliedsstaaten, wie zum Beispiel die USA oder Kanada. Jensen und Spoon (2011) zeigen passend zu diesem Thema, in ihrer Studie zu EU-Mitgliedsstaaten, die Bedeutsamkeit einer umweltaffinen Regierung im Zusammenhang mit einer erfolgreichen Umsetzung der Kyoto-Protokoll-Ziele. Die Erklärungs Bündel Umweltbedingungen vereint die Werte CO₂-Emissionen, CO₂-Intensität, Kyoto-Protokoll (Unterschrift, Ratifizierung und Inkrafttreten) und EU-Mitgliedschaftsstatus. Die CO₂-Werte werden mit dem Kyoto-Protokoll und dem EU-Mitgliedschaftsstatus gepaart, da diese Schritte eine Bekenntnis zum Ausdruck bringen, Kohlenstoffemissionen zu reduzieren und somit einen Umstieg auf erneuerbare Energien zu forcieren (Bayer & Urpelainen 2016).

H4 - Ein Rückgang von CO₂-Emissionen führt zu einem Anstieg des Nutzungsgrad erneuerbarer Energien.

H5 - In Mitgliedsstaaten, die sich zum Klimaschutz bekennen, erhöht sich der Druck erneuerbaren Energien zu fördern.

Bei dem letzten und fünften Erklärungs Bündel handelt es sich um *Wirtschaftsfaktoren*. Den Ölpreis als Indikator zu verwenden hat mehrere Vorteile. Einerseits dienen die Preisverläufe als Indikator für externe Einflüsse internationaler Systeme und liegt meist nicht in der Hand

einzelner Staaten. Andererseits korreliert der Ölpreis stark mit den Preisen anderer Energieträger. Mit dem Ölpreis können beispielsweise auch Gas und Kohle gut abgedeckt werden (Cheon & Urpelainen 2012). Höhere Preise der konventionellen Energieträger können wiederum zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von erneuerbaren Energien führen. Wegen der inhaltlichen Ähnlichkeit wird in dieser Familie auch das Wirtschaftswachstum erfasst. Grossman & Krueger (1991) und Han & Chatterjee (1997) beschreiben eine "inverted-U-shaped" Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltdegradierung. Ab einem gewissen Lebensstandard legen Menschen mehr Wert auf Umweltschutz (Arrow et al. 1996). Baumol & Oates (1979) gehen soweit, Umwelt als ein "Luxusgut" zu titulieren.

H6 - Es wird angenommen, dass es durch einen Preisanstieg von Rohöl attraktiver wird in erneuerbare Energien zu investieren und eine schwächere wirtschaftliche Leistung, sich positiv auf die Nutzung erneuerbarer Energien auswirkt.

3.2 Theoretische Grundlagen

In den folgenden Unterkapiteln wird auf einige für diese Arbeit grundlegende Konzepte der Forschung über Parteiprogramme und deren Verknüpfung mit der Policy-Analyse eingegangen. Beginnend bei Wahlprogrammen wird näher auf deren Relevanz, Literatur, Grundlagen, Konzepte, Entstehung und externe Faktoren Bezug genommen. Es folgt eine Erläuterung, wie Parteien funktionieren und wie sie sich positionieren. Abschließend wird die energiepolitische Lage der EU und ihr Umgang mit erneuerbaren Energien thematisiert. Im Zuge dessen werden Ziele, Motive und bestehende Literatur genauer beleuchtet.

3.2.1 Analyse von Wahlprogrammen

In diesem Unterkapitel wird in die politikwissenschaftliche Diskussion über die Rolle von Parteiprogrammen eingeführt und kritisch diskutiert. Wahlprogramme, die als Grundlage der vorliegenden Analyse gewählt wurden, sind die einzige Langzeit-Quelle für politische Kommunikation. Die Gestaltung, Inhalte und Ausmaße werden ausschließlich von der Partei selbst festgelegt. Dass man sich einzig und allein auf Wahlprogramme als Quelle stützt, kann einseitig berechtigterweise kritisiert werden, jedoch verteidigen viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, wie beispielsweise Walgrave & Nuytemans (2009), Wahlprogramme als wesentliche Informationsquelle. Zudem wird davon ausgegangen, dass Parteien ihr Profil anhand von Wahlprogrammen gegenüber der Konkurrenz schärfen und somit ihre Intentionen wohl am deutlichsten offenbaren (Ruß 2014). Für Dolezal et al. (2016) sind Wahlprogramme eine der reichhaltigsten Quellen zu Parteien und bieten die Möglichkeit die Wichtigkeit von Themen für Parteien zu messen (Farstad 2017). Auch Bukow & Switek (2017) beschreiben, wie Parteien ihre Positionen in Wahlprogramm zum Ausdruck bringen. Parteien können im Medium der Wahlprogramme frei, ohne jegliche Unterbrechung, sprechen (Volkens et al. 2017; Båtstrand 2014). Sie haben somit die Möglichkeit sich exakt nach ihren Vorstellungen zu präsentieren. So gehen Bukow und Switek (2017) davon aus, dass die in den Wahlprogrammen akzentuierten Themen-Kernpunkte und Positionen solide sind und erhebliche Änderungen die Ausnahme bleiben, denn Parteien sind diesbezüglich risikoscheu und konservative Organisationen.

Eine Frage, die man sich bei der Analyse von Wahlprogrammen stellen muss, ist, warum diese eigentlich geschrieben werden. Ein Grund hierfür ist der Anklang den Parteien bei der Wählerschaft auf diese Weise finden. Zumindest stellt das die weitverbreitetste These dar (Harmel 2018). Ein prominentes Beispiel hierfür ist das Downsche Modell. Dieses besagt,

dass Parteien Stimmenmaximierer sind und somit Wahlprogramme ebenfalls diesem Zweck dienen (Downs 1957; Harmel 2018). Nun sind sich Parteien aber auch bewusst, dass ihre Wahlprogramme von der Großzahl der Wähler nicht gelesen werden (Harmel 2018; Bara 2005; Dolezal et al. 2012). Es stellt sich also die Frage warum Wahlprogramme überhaupt noch geschrieben werden. Sind sie den Aufwand wert? Warum werden Wahlprogramme z.B. in afrikanischen Nationen, wo sie eine kleine bis gar keine Rolle spielen, verfasst (Harmel 2018; Elischer 2010)? Laut Reinhardt und Victor (2012) werden Wahlprogramme nicht zwangsweise für die Gesamtheit der Wahlberechtigten geschrieben, sondern vielmehr für Parteiaktivisten und Parteiaktivistinnen und zugehörige organisierte Gruppen. Solche Gruppen sind wiederum wesentlich, um die Wählerschaft zu mobilisieren (Harmel 2018). Aber auch wenn Wahlprogramme "zu viel" für den normalen Wähler sind, werden diese von den Medien in bekömmliche Artikel oder Berichte zusammengefasst (Bara 2005; Harmel 2018). Wahlprogramme können grundsätzlich direkt und indirekt wirken (Harmel 2018). Diese Erklärungen führen zu der These, dass Parteien zwei Seiten bzw. Gesichter aufweisen. Das der Öffentlichkeit zugewandte und das interne (in diesem Fall Aktivisten, Aktivistinnen und Organisationen zugewandte) Gesicht (Charlot 1989). In Ländern wie Österreich, wo Koalitionen eine große Wahrscheinlichkeit haben, entpuppt sich eine weitere Zielgruppe von Wahlprogrammen - nämlich die der möglichen Koalitionspartner. Nach einem von Dolezal et al. (2012) geführten Interview beschreiben Parteimitglieder, die sowohl für das Wahlprogramm, als auch für die Koalitionsverhandlungen zuständig sind, Wahlprogramme als eine Basis der Verhandlungen. In Slowenien werden Wahlprogramme sogar maßgeblich aus diesem Grund verfasst (Harmel 2018). Eine These, die in eine andere Richtung geht, ist, dass Wahlprogramme strategisch genutzt werden um die "Salienz" (siehe Unterkapitel 3.2.1.5.1) von Themen zu manipulieren (Harmel 2018). Nach Meyer und Wagner (2014) setzen Parteien ihre Wahlprogramme ein, um ihren Themen mehr Nachdruck zu verleihen, anstatt sich anzupassen. Diese sind zumeist Themen über die Parteien eine "issue ownership" (siehe Unterkapitel 3.2.1.5.1) verfügen und für die sie bekannt sind. Egal ob eigene Themen oder Anpassung, hier passiert eine strategische Entscheidung. Aber auch andere Aspekte, wie beispielsweise die Möglichkeit mit parteilichen Grundsätzen im Wahlprogramm zu brechen, um das Image der Partei bei der Gesamtheit der Wähler und Wählerinnen aufzufrischen, könnte einen Teil der Mitglieder verstimmen und lässt somit ebenfalls eine strategische Entscheidung vermuten (Harmel 2018; Harmel & Koo 2013). Des Weiteren werden Wahlprogramme genutzt, um Streitfragen vorab des Wahlkampfs zu klären. Somit können sich Parteien der Öffentlichkeit in Einigkeit präsentieren. Kavanagh (1981) beschreibt dieses Vorgehen schon früh bei den britischen Konservativen; sowie Weinberg (1977) bei den US-Demokraten. Es ist also wahrscheinlich, dass Parteien Wahlprogramme für eine Vielzahl von Zielgruppen bzw. Zwecken verfassen und auch ihr Augenmerk über die Zeit verlagern können (Harmel 2018; Kavanagh 1981). Harmel (2018) schließt daraus, dass hierfür speziell designte Methoden zum Verfassen von Wahlprogrammen geben muss.

Wie diese Methoden aussehen können bzw. "wie" Wahlprogramme geschrieben werden, erklärt Harmel (2018) anhand von Fragen bzw. Variablen, die für das Verfassen von Wahlprogrammen entscheidend sind. Er fragt, wie komplex der Prozess hinter der Erstellung von Wohlprogrammen ist und wie öffentlich bzw. geheim dieser Prozess abläuft. Passend dazu hinterfragt er, wie offen der Prozess hinsichtlich des Anhörens anderer Ansichten ist bzw. wie formalisiert der Prozess ist und wer die wichtigen Akteure dahinter sind. Andere Variablen, die für die Analyse von Wahlprogrammen von Bedeutung sind, werden in zahlreichen Studien außer Acht gelassen. Zu diesen gehören beispielsweise die Länge eines

Wahlprogramms. Diese Variable kann jedoch Auskunft über Zweck, Ideologie oder auch über die Größe einer Partei geben (Harmel 2018).

3.2.1.1 Stand der Wahlprogramm-Literatur

Zwar ist sich die Parteienforschung einig, dass Manifestos eine wesentliche Quelle darstellen, es besteht jedoch kein vollständiger Konsens was diese letztendlich sind (Dolezal et al. 2016). Um dies zu beantworten, hinterfragen bereits zahlreichen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wie Wahlprogramme entstehen, bzw. wie diese zu analysieren sind. Eine grundsätzliche Unterscheidung der Methoden der Wahlprogramm-Analyse ist sich zwischen einer quantitativen (siehe Laver & Garry (2000) und Laver et al. (2003)) und qualitativen (siehe CMP in Form von Volkens et al. (2017), Ruß (2014) oder Farstad (2017)) Auswertung zu entscheiden. Bei der qualitativen Analyse werden sogenannte Quasisätze manuell nach ihren jeweiligen Aussagen bzw. Themen zugeordnet. Auf der anderen Seite stehen quantitative Analysen, wo auf die manuelle Komponente verzichtet wird und man automatisiert nach einem bestimmten Vokabular sucht. Ein weiterer Unterschied ist die Methodik der Kodierung. So sucht das CMP lediglich nach positiven Aussagen bezüglich eines Politikfeldes. Ruß (2014) wiederum, die als Vorbild für diese Arbeit gilt, verfeinert diese CMP-Kodierung, um an für sie relevante Informationen zur parteipolitischen Positionierung zum Klimawandel zu kommen. Im Zuge dieser Arbeit kommen sowohl quantitative als auch qualitative Methoden zum Einsatz.

Den eher theoretischen Teil der Literatur zur Frage was Wahlprogramme sind, deckt beispielsweise Harmels (2018) Arbeit zu dem Wie und Warum Wahlprogramme erstellt werden ab. Frühere Studien haben sich meist darauf konzentriert, warum Wahlprogramme geschrieben werden. Bei Harmel (2018) wird sich jedoch der grundlegenden Fragen gestellt, wie Wahlprogramme geschrieben werden und von welchen Variablen die Inhalte beeinflusst werden können. Auch wenn die Arbeit nicht alle Fragen vollständig beantworten kann, ist sie in ihrer Form eine ideale Anleitung für weitere Forschung zu dem Thema.

Um sich einen weiteren und tiefergehenden Überblick zur Entstehung von Wahlprogrammen zu verschaffen empfehlen sich die Studien von Dolezal et al. (2012; 2014; 2016). In der ersten Studie zum "*Life Cycle*" von Wahlprogrammen am Beispiel von Österreich werden alle Phasen, von ersten Draft bis hin zur Post-Wahlperiode eines Wahlprogramms, analysiert bzw. wird im Zuge dessen auf Variablen wie Ideologie, Organisation, Regierungsstatus und Wähler und Wählerinnen eingegangen. 2014 untersuchen Dolezal et al. die Behauptung, dass Parteien anhand von "*selective issue emphasis*" konkurrieren, anstatt die direkte Konfrontation zu suchen. Grundlage der Untersuchung sind österreichische Wahlprogramme. In einer weiteren Studie entwickeln Dolezal et al. (2016) ein Schema, anhand welchem man Wahlprogramme einheitlich und ganzheitlich (siehe Abb. 2) untersuchen und erklären kann. Hierbei wird zwischen positiven und negativen Aussagen, bzw. zwischen Aussagen zur Vergangenheit und Zukunft unterschieden. Eine Aussage zu den eigenen Errungenschaften einer Partei wäre z.B. positiv und vergangen. Ein Versprechen gegenüber dem Wähler und Wählerinnen wäre in dem System positiv und zukünftig einzuordnen.

Eine andere Studie die sich anbietet, behandelt die Frage, wie sich Parteien im Hinblick auf Digitalisierung und ihren gesellschaftlichen Implikationen positionieren (König 2018). Interessant sind hier jedoch nicht die gelieferten Antworten, sondern die Methode. Anhand von Wahlprogrammen wird etwa eine umfassende qualitative Analyse, die im Anschluss in eine multidimensionale Skalierung einfließt, angewandt. Als Datengrundlage dienen

Wahlprogramme der letzten drei deutschen Wahlen. Quelle für Parteipositionen ist, wie auch in dieser Arbeit, das Comparativ Manifesto Project (CMP) (König 2018; Volkens et al. 2017).

Eine Brücke zwischen umweltrelevanten Themen und Wahlprogrammen bietet die Studie von Ruß (2014) zur Entwicklung des Klimawandels als politisches Problem, am Beispiel einer Analyse von Wahlprogrammen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Hierbei handelt es sich, ähnlich der Vorgehensweise des CMPs, um eine qualitative Analyse, jedoch werden hier im Gegensatz zum CMP Parteiaussagen anhand von Kausalmustern und sachlicher, sozialer und zeitlicher Dimensionen beschrieben (Ruß 2014). Ruß (2014) Methode unterscheidet sich zwar von der in dieser Arbeit angewandten, jedoch verfeinert auch sie die Kodierung (Differenzierung zwischen Umweltthemen) des CMPs. Somit ähneln sich die beiden Arbeiten in ihrem Wesen sehr.

Aber auch Farstads (2017) Studie zu den unterschiedlichen Salienzen von Klimawandel in Wahlprogrammen dient als Vorbild für die hier angestellte Analyse. Sie verfeinert ebenfalls die Methode des CMPs und macht sich zusätzlich Experten-Interviews zu Nutze. Aus den Ergebnissen wird geschlussfolgert, dass für die Allgemeinheit der Parteien der Klimawandel kein salientes Thema ist. Jedoch existieren große Unterschiede in der Salienz zwischen einzelnen Parteien. Erklärt wird dies anhand einer RILE-Skala, die Auskünfte über die Links-Rechts-Positionierung einer Partei gibt. Andere Variablen spielen laut der Studie eine untergeordnete Rolle.

Diese neue Welle der Forschung über erneuerbare Energien ist einerseits qualitativ (Duit et al. 2016; Meadowcroft 2009; Meadowcroft 2011); andererseits quantitativ (Biresselioglu & Zengin Karabrahimoglu 2012; Cadoret & Padovano 2016; Marques et al. 2010). So beschäftigen sich quantitative Studien mit den politischen Determinanten bei der Wahl von Politikinstrumenten (Jenner et al. 2012; Kilinc-Ata 2016; Schaffer & Bernauer 2014), den Wirkungen verschiedener Policy-Instrumente (Aguirre & Ibikunle 2014; Polzin et al. 2015), oder dem Zusammenhang von Lobbying und Ausbau erneuerbarer Energien (Cadoret & Padovano 2016; Cheon & Urpelainen 2013).

3.2.1.2 Konzepte zur Analyse von Wahlprogrammen

Um Wahlprogramme systematisch zu erklären, bietet Ray (2007) eine umfassende Konzeptualisierung des Gebiets. Seiner Beschreibung nach, kann man Wahlprogramme als "Verträge" zwischen Wähler und Wählerinnen und Partei (*Pledges*), gewöhnliche Parteiwerbung oder abstrakte Statements zur Identität und Philosophie einer Partei sehen. Diese Formen schließen sich jedoch untereinander nicht aus. Nun stellt sich die Frage, welche Partei welche Art des Wahlprogramms anwendet. Die Parteienforschung unterscheidet diesbezüglich zwischen »*Office-Seeking*«, »*Vote-Seeking*« und »*Policy-Seeking*« Parteien (Harmel 2018; Ray 2007; Duverger 1954).

Office-Seeking Parteien wählen meist die "Vertrags"-Variante. Vote-Seeking Parteien bevorzugen die Werbe-Variante und Policy-Seeking Parteien fokussieren sich erfahrungsgemäß auf ihre Identität. Jedoch reduzieren sich Parteien, wie bereits erwähnt, nicht immer auf nur eine dieser Kategorien, sondern kombinieren sie (Dolezal et al. 2016). Ein Beispiel für die "Vertragsvariante" stellt Großbritannien dar. Nach der Einführung der Salisbury Doctrine 1945 wurde in der Verfassung geregelt, dass das House of Lords davon absieht die Regierung an der Umsetzung von Wahlversprechen, die in dem Wahlprogramm

festgeschrieben sind, zu hindern (Dolezal et al. 2016; Dymond & Deadman 2006). In Großbritannien stellen Wahlprogramme somit Verträge mit dem Wähler und Wählerinnen dar, welche Parteiverantwortliche damit zur Verantwortung ziehen können (Pledges). Man kann in Großbritannien also Wahlprogramme als Weisungen für Amtsinhaber sehen (Harmel 2018).

Die Anzahl an Pledges ist beispielsweise auch eine Variable, anhand der Wahlprogramme gemessen werden können. Häufig wird diese mit der Länge eines Wahlprogramms in Zusammenhang gebracht (je länger, desto mehr Pledges), was aber in den meisten Fällen nicht zutrifft. Pledges können wiederum in Kategorien bezüglich des Detailgrades unterteilt werden. Diese Kategorien werden in zahlreichen Studien mit dem Umsetzungsgrad der Pledges in Verbindung gebracht. Ein Versprechen, welches ein Engagement bezüglich eines bestimmten Themas festlegt, aber nur unklar definiert ist, wird als »*vague pledge*« bezeichnet. Unter einem »*general pledge*« versteht man ein Versprechen zu einer bestimmten Handlung, dem es jedoch an Spezifikationen und Details fehlt. Erläutert eine Partei präzise ihre Intention und welche Handlungen gesetzt werden, so spricht man von einem »*specific pledge*«. Der »*detailed pledge*« ist als höchste Stufe, eine ausgedehnte Version des »*specific pledge*« und beinhaltet mehr Informationen zur Umsetzung. Einfluss hierauf können die Wurzeln der Parteien (Parteifamilie) und deren Stellung in der Regierung (endogene Variablen) nehmen. Diese Variablen können sich im oben beschriebenen Detailgrad der Pledges niederschlagen. Ein Beispiel hierfür sind linken Parteien, die ihre Policy-Pledges meist spezifischer formulieren und amtsinhabende Parteien, die sich weniger spezifisch ausdrücken, um sich die Gestaltung der Legislaturperiode zu erleichtern (Harmel 2018; Ray 2007; Duverger 1954).

Jedoch deckt Ray's Konzept (2007) der Pledges nicht alle Facetten eines Manifestos ab. Dolezal et al. (2016) zeigen *zwei vernachlässigte Ebenen* auf und erweitern deshalb das Konzept; zuerst um die Ebene der Zeit. In diesem Fall »*Vergangenheit versus Zukunft*«. Parteien gehen, um ihre Glaubwürdigkeit zu stärken, auf vergangene Erfolge ein, berichten aber auch über ihre zukünftigen Pläne. Als Zweites erweitern sie Ray's Konzept (2007) um die Ebene »*positiv versus negativ*«. Bei Erwähnung der eigenen Partei bzw. eigener Mitglieder kann angenommen werden, dass diese alle positiver Natur sind und umgekehrt, Erwähnungen anderer, zumeist negativ ausfallen. All diese Konzepte und mehr nutzt Dolezal et al. (2016) um seine eigene Kategorisierung festzulegen.

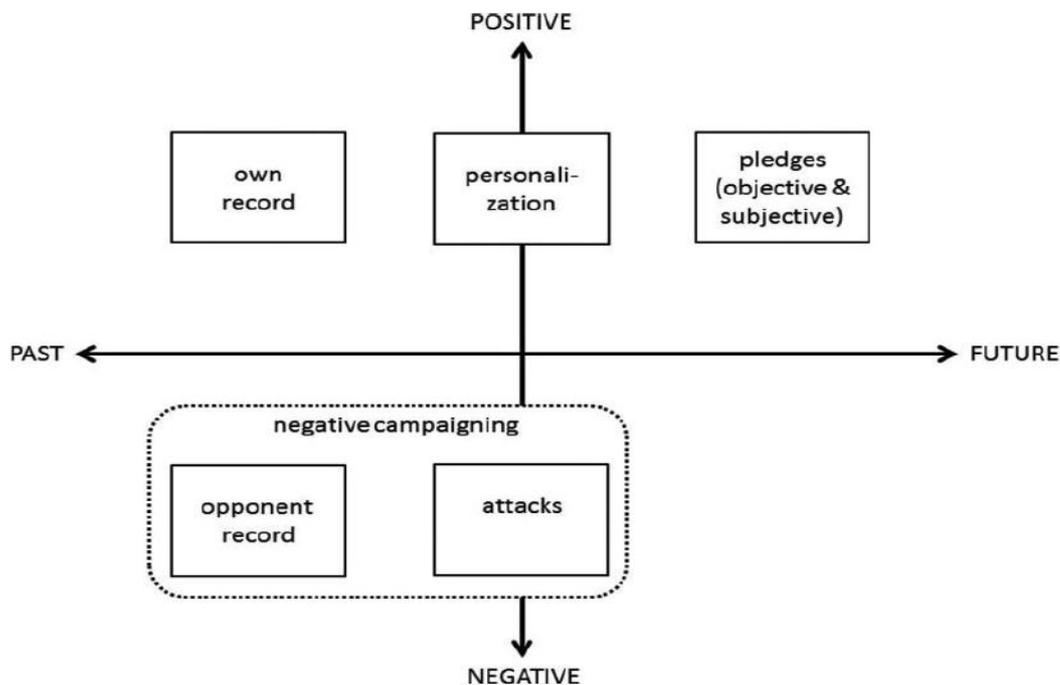


Abb. 2 - "The conceptual scheme." (Dolezal et al. 2016, p.4)

Wie in Abb. 2 zu sehen ist, teilen Dolezal et al (2016) ihre Achsen, wie bereits beschrieben, in "Vergangenheit" - "Zukunft" und "Positiv" - "Negativ" ein. Aussagen zur Vergangenheit können nun in Aussagen der Opponenten oder eigene eingeteilt werden, bzw. in Selbstdarstellung und Negativ-Kampagnen gegliedert werden. Negativ-Kampagnen die im zukünftigen Bereich liegen existieren nicht, da sämtliche Wahlprogramme in etwa zur selben Zeit verfasst werden. Negativ-Kampagnen sind sozusagen ein erster Angriff, da zuvor noch keine Äußerungen getätigt werden konnten. Diese Attacken können wiederum in Erwähnungen der Vorgeschichte von Opponenten (etwa: „*Sie haben sich dem Vertragsbruch schuldig gemacht*“) oder allgemeine Attacken („*Sie wollen das Bild der Familie zerstören*“), gegliedert werden (Dolezal et al. 2016). Positive Aussagen zur Zukunft, also Versprechen bzw. Pledges, können in objektiv und subjektiv eingeteilt werden. Spricht man von objektiven Pledges, so meint man konkrete Versprechen, deren Einhaltung später kontrolliert werden kann. Ein Beispiel wäre: „*Wir werden jede neue Steuer verhindern*“. Sie gleichen in Rays (2007) Kategorisierung der Vertrags-Variante. Subjektive Pledges sind vage Versprechen, wie zum Beispiel: „*Wir machen unser Land wieder fair*“. Hier wird also viel Spielraum für Interpretation gelassen (Dolezal et al. 2016).

Weitere häufig untersuchten Aspekte von Wahlprogrammen sind Themenschwerpunkte (Salienz) und politische Positionierung (Dolezal et al. 2016). Bezüglich letzterem nimmt Farstad (2017) an, dass die Links-Rechts Position einer Partei der bedeutendste Indikator für die Salienz im Bereich Klimawandel (und somit auch für erneuerbare Energien) darstellt. Gestützt wird sie in ihrem Standpunkt von Laver et al. (2003). Geschichtlich ist die Links-Rechts-Spaltung eng mit der Industrialisierung, dem Empowerment der Arbeiterklasse, den ökonomischer Ungleichheiten, den Unterschieden im Eigentum und dem Konflikt über die Erwünschtheit einer Marktwirtschaft verwurzelt (Knutsen 1995). Jedoch sollte angemerkt werden, dass extreme Rechte nicht zwingend Anhänger einer freien Marktwirtschaft sind, sondern mehr in die Richtung des Erhalts von Privilegien für bestimmte Gruppen aktiv sind (McDonald et al. 2007; Båtstrand 2014). Eine hohe Zustimmung zur Umweltpolitik zeigen

nachweislich vor allem linke Parteien in West-Europa auf (Rohrschneider & Miles 2015). Auch Neumayer (2004) berichtet, dass eine starke linke Fraktion in der Legislative offen gegenüber Umweltproblemen sind und mit besseren Umweltschutzmaßnahmen in Beziehung stehen. Auch Facchini et al. (2017) positioniert sich als Verfechter der Ideologie von Parteien im Zusammenhang mit deren Wahlprogrammen. So ist Umweltschutz beispielsweise oft mit kostenintensiven Innovationen verbunden und werden von der Wirtschaft abgelehnt.

Ein möglicher Schwachpunkt der Links-Rechts-Positionierung ist, dass linksextrem und rechtsextrem sich nicht stets gleicht. Es wird deshalb empfohlen zwei neue Variablen (*»nationalist und cosmopolitan«*) zu erwägen (Farstad 2017). Schmidt (2007) äußert sich bezüglich der Bedeutung von Links-Rechts-Skalen ähnlich. Er beschreibt sie zwar als nützliche Veranschaulichung, jedoch macht er auch auf ihre methodischen Schwächen aufmerksam. Man sollte nicht bei dieser Eindimensionalität bleiben und die Skala um die Ebene der Parteienfamilie erweitern.

Neben den bereits vorgestellten Modellen von Ray (2007) oder Dolezal et al (2016), bietet sich die "Parteiendifferenztheorie" an, um Unterschiede zwischen Parteien und somit ihren Wahlprogrammen herauszuarbeiten. In der Parteiendifferenztheorie wird Staatstätigkeit hauptsächlich von der parteilichen Zusammensetzung der herrschenden Regierung beeinflusst (Schmidt 2007). Staatstätigkeit setzt sich unter anderem aus *»policy output«* und *»policy outcomes«* zusammen. Generell wird zwischen drei verschiedenen Varianten unterschieden. Die erste nennt sich *»partisan theory«*, und wurde von Hibbs (1977) aufgestellt. Sie beschreibt wie Parteien ihre Anhängerschaft bedienen um sich Wahlerfolge zu sichern (ähnlich der von Harmel (2018) beschriebenen Gründe). Hibbs (1977) macht seine Theorie von zwei Variablen abhängig: Der Arbeitslosenquote und der Inflation. Je nachdem welche Klientel bedient werden sollte ist eine der beiden von größerer Bedeutung. So ist die Arbeitslosenquote beispielsweise in wirtschaftsschwachen Bevölkerungsschichten wichtiger und in Schichten mit hohem Einkommen und ausreichend Beschäftigung ist wiederum die Inflation wichtig. Paradebeispiel der Vertretung für erstere sind Linksparteien und für letztere konservative Parteien. Tufte & Gordon (1979) erweitern diese Theorie in dem sie zwei neue Determinanten aus dem *»politischen Konjunkturzyklus«* einbinden. Dabei handelt es sich um die Zusammensetzung der Regierung und dem nächsten Wahltermin. Sie beschrieben, dass Parteien in der Vorwahlphase eher konjunkturfördernde Maßnahmen setzen und in der Nachwahlphase im Gegensatz dazu Steuererhöhungen und Rückgänge sozialpolitischer Leistungen in Kauf nehmen. Parteiendifferenz funktioniert theoretisch nur, wenn es keine anderweitigen dominierenden ökonomischen Krisen zu lösen gilt. Bukow & Switek (2017) greifen beispielsweise diesen externen Einflussfaktor in ihrem Beitrag über die den Einfluss der Wirtschaftskrise auf die Umweltpolitik auf und erwarten ein Schwenk des Fokus auf wirtschaftspolitische Themen nach einer Krise. Die dritte und letzte Theorie inkludiert die Rahmenbedingungen einer Regierung. Diese setzen sich aus Machtressourcen, institutionellen Bedingungen, Koalitionen und Opposition zusammen (Hicks & Swank 1992; Castles 1982; Huber & Stephens 2001; Schmidt 1982; Schmidt 1996; Schmidt 2002; Zohlnhöfer 2003; Schmidt 2007).

Neue Interpretationen der Parteiendifferenztheorie konzentrieren sich auf diese Rahmenbedingungen. Wegweisend hierfür sind Hicks & Swank (1992). Sie heben die Theorie um eine weitere Ebene, indem sie *»Ansteckungseffekte«* beschreiben (siehe auch Kapitel 3.2.1.5). Diese beschreibt wie Rechte Themen der Linken übernehmen und umgekehrt. Merkel et al. (2006) und Zohlnhöfer (2003) lassen der Parteiendifferenztheorie

nicht dieselbe Bedeutung zukommen, da deren Effekte (statistisch gemessen) mit der Zeit immer schwächer werden und somit nicht mehr über die selbe Aussagekraft verfügen wie in den 1950er und 1960er Jahren (zu dieser Zeit sammelt Hibbs (1977) Daten für seine Analyse).

3.2.1.3 Exkurs: Die Entstehung von Parteiprogrammen

Als Exkurs soll hier auf die aktuelle, auffällig passende, Debatte in Österreich als Beispiel dienen. Das im Jänner 2017 erschienene SPÖ-Parteiprogramm "Plan A" diente in den darauffolgenden Wahlen im Oktober 2017 als Grundlage für das Wahlprogramm. DerStandard.at kommentiert: "Wahlprogramm: Plan A wird von der SPÖ wiederverwertet (Völker 2017)" und auch die SPÖ selbst beschreibt ihr Wahlprogramm mit folgenden Worten: "Der vorliegende Entwurf für das Wahlprogramm ist eine Weiterentwicklung des Plan A (SPÖ 2017)". Somit stellt das Parteiprogramm in diesem Fall eine Vorlage für Wahlprogramme dar. Ein weiterer interessanter Fall ist das momentan in der Veröffentlichung befindliche neue Parteiprogramm der SPÖ (entstanden im August 2018). Beim Erstellen dieses Parteiprogramms wurde ein basisdemokratisches Verfahren, in Form einer Mitgliederbefragung, angewandt. Die SPÖ selbst beschreibt es folgendermaßen: "Tausende Genossinnen und Genossen haben in den letzten Monaten ihre Ideen und Visionen für die Zukunft der SPÖ eingebracht und damit maßgeblich das neue Zukunftsprogramm mitgestaltet. Jetzt liegt der fertige Entwurf vor. Er wurde von den SPÖ-Gremien beschlossen und steht ab sofort zum [Download zur Verfügung](#) (SPÖ 2018)". Das von den Mitgliedern geforderte und hitzig diskutierte bedingungslose Grundeinkommen hat es jedoch nicht in das Papier geschafft (Völker 2018). Es zeigt sich also, dass es mehr um einen Vorschlag sammeln und abwägen ging, als um eine wahre Abstimmung. Was man aus dem Fall Österreich beobachten kann, ist, dass Wahlprogramme auch schon aus vorhanden parteilichen Quellen erstellt werden und diese sogar auf demokratischer Basis entstehen.

Im Allgemeinen sind Wahlprogramme jedoch das Resultat aus komplexen Debatten und Verhandlungen zum normativen Wesen und zu Strategien, sowie Entscheidungen über Freund und Feind einer Partei (Fella & Ruzza 2006). Wer im Endeffekt jedoch über den Inhalt entscheidet, ist nicht gänzlich bekannt. Dolezal et al. (2016) beschreiben beispielsweise wie zur jeder Wahl in Beteiligung parteiinterner Repräsentanten und Repräsentantinnen oder Führungspersönlichkeiten Wahlprogramme erstellt werden. Da das Zustandekommen von Wahlprogrammen aber nicht überall transparent stattfindet, kann im besten Fall nur von bekannten Beispielen auf andere geschlossen werden. Norwegische Parteien beispielsweise arbeiten Monate auf lokaler Ebene an Wahlprogrammen, bevor diese vor einem Parteikongress gelangen. Somit spiegeln sie die Interessen der Parteimitglieder wieder.

3.2.1.4 Externe Faktoren

Die Agenda einer Partei wird nicht ausschließlich von innen kontrolliert. Außerhalb der Kontrolle von Parteien existiert ein breites Spektrum an externen Faktoren. Diese schlagen sich auch auf deren Wahlprogramme nieder. Ein Beispiel für **externe** Variablen ist der *Druck der Spender*, was aber vor allem im US-amerikanischen Kontext eine Rolle spielt. Harmel (2018) und andere Literatur beschreiben diese Variable jedoch nur für in Entwicklung befindliche Demokratien. Ein Punkt der aber auch beispielsweise in Österreich, in Zeiten von neu entstehenden Parteien, noch weiterer Untersuchung bedarf.

Eine weitere Variable stellt die *Anzahl der Parteien* dar. Diese korreliert stark mit der Koalitionswahrscheinlichkeit. Je mehr Parteien, desto mehr versuchen diese ihre Attraktivität für die Koalitionsbildung zu steigern (Harmel 2018; Mansergh & Thomson 2007).

Ebenso entscheiden *Merkmale des politischen Systems* (Präsidential- und Parlamentssysteme) über die Eigenschaften von Wahlprogrammen. Die beiden wohl bekanntesten Beispiele hierfür sind das britische Parliamentsystem und das amerikanische Präsidentialsystem. Unter ersterem werden Wahlprogramme als legislative Agenda gesehen. Bei letzterem werden Wahlprogramme so verfasst, dass der Präsident über einen "major say" bezüglich der Inhalte verfügt und wird eher als Präsidenten-Agenda gesehen (Harmel 2018; Ray 2007; Maisel 1993).

Aber auch wissenschaftliche Veröffentlichungen können Politik prägen. Prägende Ereignisse sind z.B. das 2006 erschienene Stern Review und die Veröffentlichung von Al Gores Film "An Inconvenient Truth", gefolgt von dem 4. IPCC Report 2007, der Finanzkrise 2008 und der COP 2009 (Farstad 2017).

Neben den explizit externen, gibt es auch **endogene** Faktoren. Hier kann zwischen *fraktionierten und einheitlichen Parteien* unterschieden werden.. Stark fraktionierte Parteien legen in ihren Wahlprogrammen oft den Fokus auf das Schlichten innerer Konflikte, indem Zugeständnisse gemacht werden. Wahlprogramme dienen in diesem Fall also vielmehr innerparteilichen Funktionen. Einheitliche Parteien können sich im Gegensatz mehr auf ihre Ideologie bzw. auf ihre Pledges konzentrieren (Harmel 2018; Mansergh & Thomson 2007).

Eine andere Variable stellen *pragmatische versus programmatische Parteien* dar. Es liegt in der Natur pragmatischer Parteien um jeden Preis eine Wahl für sich zu entscheiden. Da diese oft nur geringes Interesse zeigen, ihre Mandatare in die Verpflichtung zu ziehen, nutzen sie Wahlprogramme häufig, um "Wahlzuckerl" zu verteilen (Harmel 2018; Kavanagh 1981).

Schlussendlich unterscheiden sich auch Wahlprogramme von *regierenden Parteien und Oppositionsparteien*. Oppositionsparteien äußern sich, in einem Großteil des eingeräumten Platzes kritisierend zu den regierenden Parteien (Harmel 2018). Ebenso unterscheiden Bukow & Switek (2017) zwischen Parteien mit Regierungsanspruch und Außenseitern. Erstere müssen bei unzufriedenstellenden Inhalten mit einer Abstrafung durch ihre Wähler und Wählerinnen rechnen.

3.2.1.5 Parteiprogrammatik und Policy Ergebnisse

Parteien fungieren als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat. Sie sind zwar konservative, risikoscheue Organisationen, aber auch diejenigen, die auf Anforderungen reagieren müssen, um Lösungen für ihre Zielgruppe bieten zu können. Parteien lassen sich von anderen Parteien treiben, müssen aber auch selbständig Entscheidungen treffen (Bukow & Switek 2017).

Um dieses komplexe Thema zu beleuchten wird in den folgenden Kapiteln zuerst zentrale Begriffe erläutert und im Anschluss auf deren Gesinnung eingegangen.

3.2.1.5.1 Salienz, Issue-Ownership und Valence-Issues

Die **Salienztheorie** besagt, dass Parteien Positionen beziehen, indem sie gewisse Themen mehr betonen, als andere. So mag eine Partei beispielsweise das Thema Migration akzentuieren und lässt gleichzeitig Umweltschutz relativ unbeachtet und eine andere Partei weist genau ein gegenteiliges Muster auf. Um diese Betonungen auszulesen bedarf es einer

Normierung von Wahlprogrammen (König 2018). Laut Pennings & Keman (2002) widmen Parteien ihre Zeit und Wahlprogramme zumeist wählerfreundlichen Themen und spielen unattraktivere Themen herunter. Wahlprogramme spiegeln somit Prioritäten (kurz und mittelfristig) wieder. Interpretiert man Pennings & Keman (2002) nun so, dass herunterspielen einfach nicht erwähnen bedeutet, so sollte die hier erarbeitete Analyse ein recht unverzerrtes Bild der Salienz und der Prioritäten abbilden. Salienz wird bei Farstad (2017) in Prozent gemessen. Genauer gesagt wird gemessen, wie viel Prozent die Quasi-Sätze eines Manifestos zu einem Thema vom ganzen Text einnehmen. Farstads (2017) Resultat für Klimawandel (Auswahl an OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) Ländern) lautet durchschnittlich 3,3%, bei einem Minimalwert von 0% und Maximalwert von 15%. Ein Grund für eine niedrige Salienz von Umweltthemen in einigen Ländern kann, beispielsweise nach Facchini et al. (2017), an einer schwachen nationalen Ökonomie und hoch politisierten Migrationsdebatte liegen. Auch Dolezal et al. (2014) sehen die Berechtigung von Salienz als Variable so, dass Parteien eine selektive Schwerpunktsetzung bevorzugen, anstatt eine direkte Konfrontation einzugehen. Was man so verstehen kann, dass anstatt sich negativ über Umweltschutz zu äußern, vielmehr geschwiegen wird und Salienz ein geeigneter Zeiger der "Beliebtheit" ist.

Issue-Ownership definiert sich durch den Grad, an dem die Wählerschaft einer Partei große Kompetenz und Effektivität beim Lösen von »Issues« zuspricht (Petrocik 1984). Es wird angenommen, dass Parteien, um Stimmen zu gewinnen, besonders ihre "owned" Themen hervorheben (Geys 2012). Dieser Fakt lässt eine hohe Salienz von Umweltthemen bei grünen Parteien vermuten. Parteien mit Issue-Ownership lassen sich aber auch von anderen Parteien treiben, damit sie ihre hedonistische Stellung beibehalten. Sprich im Falle der Grünen, legen diese weiter nach, wenn alle Parteien einen Ausbau von Umweltmaßnahmen fordern. Einen interessanten Aspekt stellt der Wandel der "issue ownership" dar. Einst war Umweltschutz Steckenpferd der Konservativen. Heute sind Umweltaktivisten und Umweltaktivistinnen zumeist links orientiert. Dafür spricht auch die Ähnlichkeit zwischen Ökozentrismus und Sozialismus. Ökozentrismus erfordert einen hohen Grad an staatlicher Intervention (Bukow & Switek 2017). Grendstad et al. (2006) und Rohrschneider (1993) beschreiben in diesem Zusammenhang eine gewisse linke Ablehnung gegenüber dem Status Quos.

Sowohl Salienz als auch issue-ownership sind die Schlüsselkomponenten des Wettstreits um ein **Valenzthema**. Dies bedeutet, dass sowohl alle Parteien als auch die Gesellschaft denselben Standpunkt vertreten und Parteien sich nur in ihrer Leistung bezüglich des Problems unterscheiden. Eine gegenteilige Meinung wäre politisch somit fruchtlos (Abou-Chadi 2014). Es besteht die Annahme, dass es sich bei Umweltpolitik um ein "valence issue" handelt. Etliche Studien und die Euromanifestostudie bestätigen diese These (Green 2007; Clarke et al. 2011; Schmitt et al. 2012). Auch Abou-Chadi (2016) spricht beim Thema Umwelt von einem Valenzproblem. Er begründet es mit dem Beispiel, dass nur wenige Wähler und Wählerinnen eine saubere Umwelt als kein wünschenswertes Ziel erachten.

3.2.1.5.2 Nischenparteien und das Links-Rechtsspektrum

Sowohl grüne als auch rechtsradikale Nischenparteien fokussieren sich überwiegend auf ein einzelnes Thema, nämlich Umwelt oder Migration (Arzheimer 2009; Minkenberg 1997; Meguid 2005; Spoon et al. 2014). In welchem Ausmaß etablierte Parteien in ihrer Policy-Positionierung auf Nischenparteien reagieren, hängt vom Wahlerfolg letzterer ab (Adams & Somer-Topcu 2009; Bale et al. 2010). Es sollte jedoch beachtet werden, dass nicht jede Nischenpartei alle etablierten Parteien beeinflusst. Ob und wie sind von Variablen wie

beispielsweise Grad der issue-ownership oder Valenz ab. Außerdem birgt es ein Risiko Issues zu übernehmen, ihnen eine Bühne zu bieten und somit die entsprechende Nischenpartei zu stärken. Dieses Phänomen ist besonders bei grünen Parteien zu beobachten, da diese überdurchschnittlich von der Politisierung ihrer Themen profitieren. Ein Wahlerfolg einer grünen Partei bedeutet also im Normalfall einen Rückgang der Salienz von Umweltthemen (Abou-Chadi 2014). Interessanterweise ist dies bei rechtsradikalen Parteien nicht der Fall (für diese Studie aber zu vernachlässigen). Ein Wahlerfolg einer rechtsradikalen Partei wird Anti-Immigrationsthemen begünstigen. Dies liegt, wie bereits erwähnt, an den Variablen issue-ownership und Valenz. Grüne Parteien verfügen, im Gegensatz zu rechtsextremen, durchschnittlich über hohe issue-ownership-Werte (Vgl. Abou-Chadis (2016), Abb. 3) und das Thema Umwelt ist ein Valenzthema.

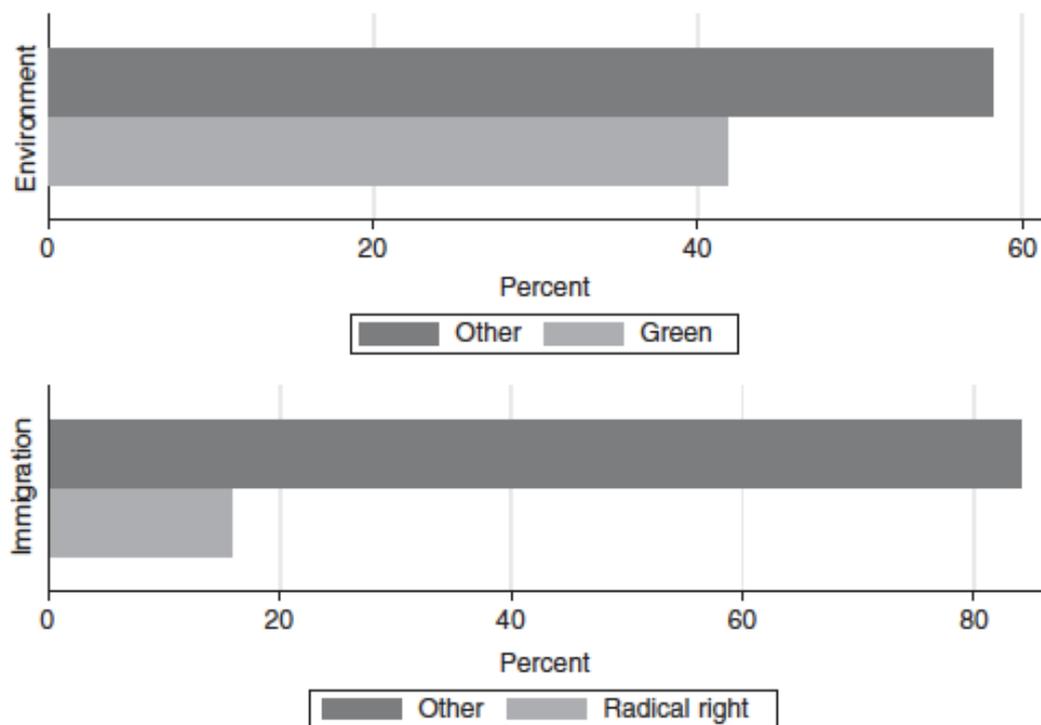


Abb. 3 - "Issue ownership of green and radical right parties: party competence by most and second-most important problems." (Abou-Chadi 2014, p.5)

Neben diesen Überlegungen spielen auch Parteiideologien eine Rolle. Sind Nischenparteien ein begehrter Koalitionspartner einer etablierten Partei, so ist eine Annäherung durch Policies möglich. Nischenparteien spielen zwar eine wichtige Rolle im Mehrparteien-Wettkampf um Mandate, jedoch nicht in dem Ausmaß, wie vorhergehende Forschung angenommen hat (Abou-Chadi 2014). Räumlich betrachtet ergeben sich wiederum weitere Ursachen für das Verhalten von etablierten Parteien. Diese hinterlassen eine Art Links-Rechts-Vakuum durch ihren Sog in die Mitte. Gefüllt wird dieser von Nischenparteien. Besonders der Erfolg von rechten Parteien wird dieser Annahme zugesprochen. Folgt man dieser Theorie weiter, so müssen sich die Mitte-Parteien nach links oder rechts bewegen um einen Verlust an Stimmen zu verhindern. Alonso & Claro da Fonseca (2012) sprechen hier von einem "ansteckenden" Effekt.

Greift man mit diesem Wissen, die aktuell in den Medien berichteten Ereignisse bezüglich der neuen Parteiprogramms der SPÖ (Mitte links), welches gerne als Vorlage für deren Wahlprogramme herangezogen wird, auf (siehe Exkurs-Kapitel 3.2.1.3 für weitere

Informationen zur Entstehung), so fällt auf, dass der “Schwerpunkt Umweltschutz” einen sehr prominenten Platz im neuen Parteiprogramm der SPÖ (2018) einnimmt. “Österreich soll bis 2040 CO₂-frei werden” wird auf der eigenen Homepage verkündet. Vergleicht man dieses Vorgehen (den Umweltschutz zur mehr Salienz zu verhelfen) mit den Aussagen von Abou-Chadi (2016), so bedeutet dies für die SPÖ ein Risiko die österreichische grüne Partei zu stärken. Spannend ist, dass Abou-Chadis (2016) Ansichten zum Rechtsruck von Parteien sich im Form des rechten Flügels der SPÖ widerspiegeln. Einen Tag nach Veröffentlichung des Parteiprogramms meldete sich der ehemalige SPÖ-Verteidigungsminister Hans-Peter Doskozil in der Tageszeitung Krone zu Wort. Er verlautbarte: “Wir dürfen keine grün-linke Fundi-Politik betreiben. Da schaffen wir uns selbst ab (Schmitt 2018)” und machte auf das Thema Migrationspolitik aufmerksam (Oswald 2018). Kern reagierte wiederum auf Social Media in Form eines langen Statements in dem er sich zum Umweltschutz bekennt (siehe Anhang: "facebook-Post Christian Kern"). Ein strategisch gerechtfertigter Konflikt oder einfach nur eine Meinungsverschiedenheit? Kurze Zeit später ist Christian Kern zurückgetreten. Dieses Beispiel aus dem politischen Alltag bestärkt Abou-Chadis (2016) Thesen. Zudem zeigt sich, dass sich auch die österreichische Politik erwartungsgemäß verhält und keine Ausnahme darstellt. Jedoch ist noch nicht klar ob sich besagter “Ansteckungseffekt” in diesem Fall nach links oder rechts auswirkt (vergleiche auch Unterkapitel 3.2.1.2. bzgl. Parteidifferenztheorie).

3.2.2 Energiepolitische Lage und erneuerbare Energie in der EU

Da sich die Fragestellung dieser Arbeit nicht nur mit Parteipositionen und deren Wahlprogrammen beschäftigt, sondern auch den Nutzungsgrad erneuerbarer Energien mit einbezieht, sollte auch deren Lage, bzw. Geschichte beleuchtet werden.

Die EU ist eine multinationale wirtschaftliche und politische Vereinigung die 1993 durch den Vertrag von Maastricht ins Leben gerufen wurde. Die ursprünglich aus rein wirtschaftlichen Interessen beruhende Europäische Gemeinschaft, bestehend aus der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), entwickelte sich zu einer Union, die auch politische, sowie umwelt- und sozialrelevante Themen gemeinsam bearbeitet. Obwohl von Anfang an Energie wegen EURATOM und EGKS eine präzente Komponente der Vereinigung war, ist es umso interessanter, dass bis zum Vertrag von Lissabon im Jahr 2007 das Thema kaum behandelt wurde (Tews 2015; Solorio et al. 2014). Mit Inkrafttreten des Artikel 194 des Vertrags von Lissabon 2009 sicherte sich die EU eine spezifische Rechtsgrundlage im Energiebereich. Sie konnte nun gezielt Maßnahmen auf europäischer Ebene ergreifen, um beispielsweise das Funktionieren des Energiemarktes sicherzustellen, die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, die Energieeffizienz sowie die Interkonnektivität der Energienetze zu fördern (EU 2010). Der nächste größere Schritt, der gleichzeitig mit dem Vertrag von Lissabon beschlossen und in Kraft getreten ist, war das europäische Wirtschaftsprogramm EU 2020. Auf diesem aufbauend wurde das zukünftige Programm EU 2030 beschlossen und EU 2050 vorgestellt. (Birchfield & Duffield 2011).

Die EU 2020-, EU 2030- und EU 2050-Ziele sind Wirtschafts- und Energieprogramme, die einen Rahmen für ein nachhaltiges Wachstum und Wirtschaften innerhalb der Europäischen Union vorgeben sollen. Auf Grund der Kompetenzverteilung sind die Mitgliedsstaaten selbst für die Umsetzung verantwortlich und müssen der Europäischen Kommission zweimal jährlich einen Bericht über ihre Bemühungen vorlegen. In diesem wird beschrieben, wie sie ihr Budget für das jeweils kommende Jahr aufteilen und welche Lenkungsmaßnahmen

getroffen werden, um die jeweils vorgegebenen Ziele zu erreichen (European Commission 2017). Diese lockere Umgangsweise ohne explizite Konsequenzen bei Nichteinhaltung und Nichterreichung der Ziele hat auch zu Kritik einiger Mitgliedsstaaten selbst geführt. Weitere Ablehnung bezieht sich auf die unter Umständen als unlauter betrachtete Verteilung der Höhe der nationalen Ziele. Da die Mitgliedsstaaten unterschiedliche wirtschaftliche Größen haben, sowie Möglichkeiten die Vorgaben umzusetzen, hat man sich darauf geeinigt, dass jedes Land einen angepassten Anteil, errechnet anhand des BIP des Landes, für die Erreichung der gemeinsamen Ziele leisten muss (Tews 2015).

Die wichtigsten Eckpunkte der Strategie Europa 2020 sind intelligentes Wachstum durch die Entwicklung von Wissen und Innovation, nachhaltiges Wachstum auf der Grundlage einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft und integratives Wachstum zur Sicherung von Beschäftigung und des sozialen und territorialen Zusammenhalts. Ziele, die bis spätestens 2020 erreicht sein sollen, sind unter anderem die Reduktion der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) um mindestens 20%, die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Energiemix auf 20% und die Steigerung der Energieeffizienz um 20% (European Commission 2010).

Die Ziele für 2030 bauen auf denen der EU 2020 auf und bestehen im Gegensatz zu diesen nur aus Energiepolitischen Zielen. Diese Ziele sind die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40%, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf mindestens 27% und die Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27%. Zusammengefasst handelt es sich um eine Verminderung der THG-Emissionen um weitere 20%, sowie eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie und Energieeffizienz um weitere 7% im Vergleich zu EU 2020. Aufbauend auf diesen Zielen wurden die ersten Ideen der Energie Union entwickelt (European Commission 2002; Tews 2015).

Der Energiefahrplan 2050 ist weniger eine wirkliche Strategie mit festgelegten Zielen und Maßnahmen als eher eine vage Prognose, die zeigen soll in welche Richtung sich die Energiepolitik der EU entwickelt. Es werden Szenarios und Wege der Dekarbonisierung des Energiesystems untersucht, die unter der Gewährleistung der Energieversorgung und der Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden sollen. Da es sich aber um einen so großen Zeithorizont handelt und damit mit viel Unsicherheit verbunden ist, gibt es nur wenige Ziele, die auch nur unter im besten Szenario erreicht werden können. Diese sind die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 80% und eine fast gänzliche Entkarbonisierung des Energiesektor (European Commission 2011).

3.2.2.1 Motive

Nachdem durch die Beschließung des Vertrages von Lissabon 2007 Energie erstmals als ein EU-weites Thema angesprochen wurde, kam es gleichzeitig zur Erstellung eines Grünbuches, welches dieser Energiepolitik Gestalt geben sollte. In diesem Grünbuch wurden von der Europäischen Kommission drei Hauptziele und sechs vorrangige Bereiche genannt, für die konkrete Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen wurden. Die Europäische Kommission fordert die Mitgliedsstaaten auf, ihre nationale Energiepolitik nach den drei Hauptzielen zu orientieren. Diese lauten Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. (European Commission 2006b).

Bezüglich der Nachhaltigkeit wünscht man sich die Entwicklung wettbewerbsfähiger erneuerbarer Energiequellen und alternativer Kraftstoffe mit niedrigem CO₂-Ausstoß. Die Effizienz soll gesteigert werden und dadurch die Energienachfrage reduzieren. Die EU soll

weiterhin eine Vorbildfunktion bei den weltweiten Anstrengungen zur Eindämmung des Klimawandels innehaben (European Commission 2006a).

Unter Wettbewerbsfähigkeit versteht man die Sicherstellung, dass die Energiemarktöffnung allen Beteiligten Vorteile bringt, sowie umweltfreundliche Energieerzeugung und Energieeffizienz gefördert wird. Man möchte die Auswirkungen der internationalen Energiepreise auf die EU eindämmen und Europas Führungsposition im Bereich der Energietechnologien stärken. (European Commission 2006a)

Die Versorgungssicherheit betreffend soll die EU künftig weniger von Energieimporten abhängig sein und einen integrierten Ansatz verfolgen. Dieser beinhaltet die Verringerung der Nachfrage, die Diversifizierung des Energiemixes durch vermehrte Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien und die Diversifizierung der EU-Auslands-Energieeinfuhrquellen und Energieimportwege. Man schafft die Möglichkeit, Investitionen zu fördern, die zur Bewältigung der steigenden Energienachfrage benötigt werden und die EU allgemein für Notfälle besser auszustatten. Europäische Unternehmen sollen einen einfacheren Zugang zu globalen Ressourcen haben und es soll gewährleistet sein, dass alle Bürger und Bürgerinnen und Unternehmen der EU Zugang zu Energie haben. Der integrierte Energiemarkt der EU soll garantieren diese Ziele zukünftig verwirklichen zu können und einen freien, Grenzen überschreitenden Transfer und Handel von Strom zu verwirklichen (European Commission 2006a).

3.2.2.2 Probleme

Eines der Hauptprobleme ist, die von der EU beschlossenen Gesetze mit den nationalen Regulierungen der Mitgliedsstaaten abzugleichen. Wie bereits erwähnt dürfen die einzelnen Staaten selbst entscheiden, wie sie die Ziele und Maßnahmen für die Programme EU 2020 und EU 2030 umsetzen, solange sie auch tatsächlich umgesetzt und erreicht werden. Ein weiteres Problem, welches ebenfalls mit nationalen Regulierungsgesetzen in Konflikt steht, ist der gemeinsame Markt in Europa. Um zum Beispiel eines der Hauptmotive, die Versorgungssicherheit, gewährleisten zu können, muss es einen einheitlichen Energiemarkt geben auf dem zwischen den Mitgliedsstaaten gehandelt werden kann. Hier ist wieder die Heterogenität der einzelnen nationalen Energiepolitiken ein Hindernis. Die Europäische Kommission hat noch keinen Weg gefunden, einen gemeinsamen Markt aufzubauen, der die nationalen Gesetze achtet und nicht die Wettbewerbsfähigkeit einschränkt (Tews 2015).

Wenn man einen gemeinsamen Markt hat auf dem Energie gehandelt werden kann, ist noch die Frage zu beantworten, wie gehandelt werden soll. Gegenwärtig fehlt es an einem einheitlichen System mit dem Energieerzeuger ihre Energie verkaufen können. Da erneuerbare Energie vermehrt produziert werden soll, diese sich aber noch kaum wirtschaftlich gegen etablierte Kohle- und Gaskraftwerke durchsetzen kann, wurden Förderprogramme entwickelt, die eine nachhaltige Energieerzeugung unterstützen sollen. Zwei Möglichkeiten sind einerseits die Einspeisevergütung im Rahmen eines Feed-in Tarifs (FIT) und das Quotenmodell. Bei der Einspeisevergütung wird dem Energieerzeuger ein fixer Preis pro kWh gezahlt, um ihn marktfähig zu machen. Dieses System wird als besonders effektiv wahrgenommen, um Investitionen in erneuerbare Energieträger zu stimulieren. Deutschland war eines der ersten Länder, das einen FIT eingeführt hat (Solorio et al. 2014). Das Emissionshandelssystem der EU ist eines der kostenwirksamsten Instrumente um Treibhausgasemissionen zu reduzieren und erneuerbare Energien zu fördern. Es wurde 2005 als weltweit erster großer Markt für den Handel von CO₂ eingeführt und ist bis heute einer der

größten. Das Prinzip orientiert sich an dem Zertifikatshandel. Unternehmen benötigen Zertifikate um CO₂, oder andere Treibhausgase in CO₂-Äquivalente umgerechnet, ausstoßen zu dürfen. Ein Zertifikat hat den Wert einer Tonne CO₂. Diese Zertifikate erhalten sie entweder gratis vom Staat oder müssen zugekauft werden. Wer CO₂ ohne Zertifikat emittiert hat mit Strafzahlungen zu rechnen (Commission 2013). Zudem sieht die europäische Kommission, zum Nachteil aller die schon ein FIT System etabliert haben, in Quotenmodellen die Zukunft (Tews 2015).

Der Bedarf an Energie steigt trotz all dieser Probleme und erschöpfbarer fossiler Quellen stetig (Huesemann 2003). Zudem gestaltet sich das Fördern neuer fossiler Vorkommen von Jahr zu Jahr immer aufwändiger und kostspieliger (Pacesila et al. 2016). Diese Umstände bringen volatile Preise mit sich (Miguel & Manzano n.d.). Neben diesen Brennstoffen wird Atomkraft in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten als Energiequelle genutzt. Diese birgt jedoch Risiken für die menschliche Gesundheit und Sicherheit und deren Umwelt in sich (Pacesila et al. 2016). Abseits dieser Probleme stehen fossile Energieträger in einer direkten Verbindung zum Klimawandel (Abedin et al. 2013). Ohne starke Maßnahmen ist mit einem Temperaturanstieg von mindestens 1°C bis 3,5°C (oder höher) zu rechnen. Dies bringt Gletscherschmelzen, steigende Meeresspiegel und durch extreme Wetterereignisse verursachte Todesfälle mit sich (Pacesila et al. 2016; APCC 2018; IPCC 2018). Um diesen Wandel aufzuhalten hat sich die politische Elite dazu verpflichtet ihre Emissionen bis 2050 graduell zu reduzieren. Die EU hat sich dazu verpflichtet ihre Emissionen um 80-95% gegenüber dem Jahr 1990 bis 2050 zu senken. Dazu kommen noch ihre 2020 und 2030 Pläne (siehe auch Unterkapitel 3.2.2). Neben diesen Plänen sind 15 EU-Mitgliedstaaten Unterzeichner des Kyoto-Protokolls (Pacesila et al. 2016). Betrachtet man die geographische Lage der meisten fossilen Vorkommen, so zeigt sich eine Import-Abhängigkeit der EU. In etwa stammt die Hälfte der verbrauchten Energie in der EU aus Importen. Dieser Umstand bringt auch eine Unsicherheit in der Versorgung mit sich. So können beispielsweise Embargos und ihre Nachwirkungen die EU treffen. (Pacesila et al. 2016; European Commission Energy Roadmap 2050 2011)

All diese Probleme verbindet eine gemeinsame mögliche Lösung. Erneuerbare Energien verursachen bedeutend weniger Emissionen, sie fördern die Autarkie von Energieimporten, bieten Versorgungssicherheit durch Diversifikation und unter Einberechnung der externen Effekte sind sie auch eine kostengünstige Alternative. Erneuerbare Energien sind auch der Schlüssel in der aktuellen Energiepolitik der EU. Für die EU bedeutet das zudem einen Erhalt der Vormachtstellung auf dem Gebiet der Innovation und eine führende Rolle am weltweiten Energiemarkt einzunehmen (Pacesila et al. 2016).

3.2.2.3 Literatur-Review zu erneuerbaren Energien und Klimawandel

Bekanntestes Beispiel zur internationalen Klimaforschung sind die IPCC-Sachstandsberichte, die einen Konsens der Wissenschaft zu dem Thema Klimawandel und dessen Szenarien darstellen. Die Berichte erscheinen seit 1990 und verfügen mittlerweile über fünf Ausgaben. Der aktuellste Bericht erschien 2014. Diese Berichte ermutigen auch einzelne Nationen ihre eigenen Berichte zu erstellen. Ein Beispiel ist der österreichische APCC-Bericht (Austrian Panel on Climate Change). Auf dessen Basis wurde ebenfalls Special Report Health verfasst, der die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit belichtet (Kromp-Kolb 2014; Intergovernmental Panel on Climate Change 2014; IPCC 2018).

Um sich einen Überblick über den Stand der Dinge bezüglich erneuerbarer Energien zu verschaffen bietet sich EurObserv'ER an. Diese erstellen seit 1998 Barometer zum Fortschritt von EU-Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet erneuerbarer Energien. Die Barometer umfassen Daten zu Solarenergie, Biomasse, Wärmepumpen und Biokraftstoffen. Zudem werden jährlich Indikatoren für jeden erneuerbaren Energiesektor generiert. (EurObserv'ER 2011).

Um eine Ebene weiter in das Thema einzusteigen empfehlen sich die von IRENA (International Renewable Energy Agency) verfassten Reporte, die einen Überblick über 26 Ländern und deren Anteile von erneuerbaren Energien, die Relationen zwischen Potentialen erneuerbarer Energien und Substitutionskosten für den Staat bzw. Unternehmen und den Beitrag der einzelnen Länder zur Nutzung von Erneuerbaren (IRENA 2014).

Nicht jeder Staat verfügt über dasselbe Potential erneuerbarer Energiequellen. So bietet sich in Skandinavien beispielsweise Wasserkraft an und in anderen Staaten, die über windige Gebiete verfügen, Windkraft. Das Renewable Energy Policy Network for the 21st Century (REN 21) bietet hierzu Rankings bezüglich der Energieproduktions-Kapazität, Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen. Ihre umfangreichen Analysen inkludieren Geothermie, Wasserkraft, Solarenergie, Windenergie, allgemeine Elektrizitätsproduktion aus erneuerbaren Quellen und das Heizen bzw. Kühlen mit erneuerbaren Technologien, etc. (REN21 2018).

Neben den landestypischen Potentialen spielt auch die Höhe an Investitionen in erneuerbare Energien je Land eine Rolle. Unterschiede im Fortschritt können so erklärt werden. Hierfür empfiehlt sich der von der Natural Resource Defense Council, U.S. Energy Information Administration und Bloomberg New Energy Finance gemeinsamen angestellte Vergleich von generierter Elektrizität aus erneuerbaren Quellen in G20-Staaten. Die Analyse inkludiert Geothermie, Solarenergie, Windenergie und Energie aus Gezeiten und Wellen. Zusätzlich veröffentlichte Bloomberg New Energy Finance 2011 ein Ranking der G20-Länder die konstant in erneuerbare Energien investieren. (Schmidt & Haifly 2012)

Ähnlich der vorangegangenen Literatur bieten Ernst & Young eine noch ökonomischere Sicht auf das Gebiet. Diese generieren eine vierteljährliche Klassifikation des Levels des erneuerbaren Energiemarkts nach Ländern und deren Attraktivität bzgl. Investitionen seitens der Wirtschaft. Die Analyse inkludiert die Top 40 Länder und deren Präferenzen bzgl. der Typen von erneuerbaren Energien (EY 2017).

Eine umfassende Analyse zum Stand der erneuerbaren Energien in der EU, die sich auch als sehr hilfreich für diese Arbeit herausgestellt hat, ist die Studie zu erneuerbaren Energien in der EU von Pacesila et al. (2016). Die Analyse inkludiert die Anteile an erneuerbaren Energien und ein Ranking anhand der folgenden Kriterien: Anteile an erneuerbaren Quellen, Anteil erneuerbarer Elektrizität, Anteil erneuerbarer Quellen an Heizen und Kühlen und dem Anteil erneuerbarer Quellen im Transportsektor. Zusätzlich bietet die Analyse eine Zusammenfassung in der die Highlights beleuchtet werden.

Zu guter Letzt darf die erst kürzlich beschlossene Paris-Vereinbarung in dieser Review nicht fehlen. Sie zeigt wie unterschiedlich die Standpunkte und Ambitionen der Industriestaaten zu dem Thema Klimawandel sind und ist in den Sprachen Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch verfügbar (Farstad 2017; UNFCCC 2018).

Während die frühere Forschung über erneuerbare Energien vor allem die technische Machbarkeit in den Vordergrund stellte, wird heute in der Forschung immer mehr davon

ausgegangen, dass politische Faktoren eine wichtige Rolle einnehmen (Sequeira and Santos, 2018).

4 Daten, Operationalisierung und Methoden

4.1 Datengrundlage

Als Datengrundlage für die vorliegende Arbeit diente die Datenbank des Comparative Manifestos Project (Manifesto Project Database (MPD)). Dies verfügt über eine vollständige Sammlung von Wahlprogramm-Daten und aufbauend auf diesen Informationen über Wahlleistungen von über 1000 Parteien aus über 50 Ländern, die seit 1945 gesammelt werden. Zusätzlich werden die Daten vom zugehörigen MARPOR-Projekt (das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierte Manifesto Research on Political Representation Project) kontextsensitiv in 7 übergreifende Bereiche und 56 Detailkategorien kodiert. Dies passiert per manueller Zuordnung von Aussagen in Quasisätzen. Zudem ist die sogenannte RILE-Score zum Kalkulieren der Links-Rechts-Position von Parteien verfügbar. (Bukow & Switek 2017; Volkens et al. 2017).

4.1.1 Verfeinerung der CMP-Methodik

Die Methodik des CMPs unterscheidet sich grundsätzlich in ihrer Vorgehensweise von der in dieser Arbeit angewandten Methode und liefert auch grundlegend verschiedene Ergebnisse. Das CMP arbeitet ausschließlich qualitativ und kodiert Quasisätze - das sind in einzelne Aussagen aufgetrennte Sätze - nach Indikatoren. Im Unterschied dazu wird in dieser Arbeit eine Mischung aus qualitativer und quantitativer Analyse genutzt, um die zentrale unabhängige Variable zu gewinnen. Zusätzlich geht CMP in seinen Indikatoren bezüglich Umweltdaten sehr eindimensional vor. Es ist nur ein Indikator mit Umweltbezug verfügbar; "Positive: Environmental Protection". Wie der Name schon sagt, werden alle positiven Aussagen zu Umwelthemen gesammelt. Hierbei kann es sich gleichermaßen um Aussagen zur Waldaufforstung, Wasserqualität oder erneuerbaren Energie handeln. (Volkens et al. 2017). Um eine aussagekräftige Messung der Salienz erneuerbarer Energien zu berechnen, musste also der Rahmen verkleinert und der Indikator angepasst werden. Da eine gänzliche qualitative Analyse aller EU-Wahlprogramme den Rahmen dieser Arbeit überstiegen hätte, wurde ein Mix aus qualitativen und quantitativen Methoden angewendet. Begonnen wurde mit dem Erstellen eines Suchvokabulars. Dieses sollte alle Aspekte der erneuerbaren Energien abdecken und gleichzeitig nicht in anderen Themengebieten vorkommen. Beispielsweise wäre "nachhaltig" eine Möglichkeit umweltfreundliches Ressourcensparen zu erfassen. Jedoch kann auch eine Reform für einkommensschwache Schichten nachhaltig sein und das Ergebnis verfälschen. Um dem vorzubeugen, wurde eine qualitative Analyse bzw. Kontrolle gebraucht, um eine eindeutige Relevanz zu garantieren. Da beim Durchleuchten aller Wahlprogramme keine einzige negative Aussage im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien zu beobachten war, half die qualitative Analyse neben dem Ausselektieren auch das Thema erneuerbare Energien als Valenzthema zu bestätigen (siehe Unterkapitel 3.2.1.5.1). Somit konnte mit einer überschaubaren Anzahl von Suchbegriffen die Salienz eines Themas abgebildet werden. Bewerkstelligt wurde dies mit dem Textmining-Paket Quanteda im Statistikprogramm R.

Aber nicht nur in der hier vorliegenden Arbeit werden die Methoden des CMPs abgeändert bzw. hinterfragt. Das CMP ist nicht die einzige Datensammlung, die sich auf die Analyse von Wahlprogrammen spezialisiert hat. Die "Konkurrenz" des CMPs, das Euromanifesto des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES), untersucht Wahlprogramme anhand einer quantitativen Methode die an der Methode des CMPs

angelehnt ist. Die Euromanifesto-Studien werden seit 1979 publiziert. Sie beschreiben ihre Methode im Appendix der ersten Euromanifesto-Erhebung, dass wie bei CMP "Environmental Protection" ("Preservation of countryside, forests, etc.; general preservation of natural resources against selfish interests; proper use of national parks; soil banks, etc; environmental improvement.") positiv kodiert wird. Anders als bei CMP existiert jedoch ein Gegenpol zu der Kategorie Umweltschutz. Dieser lautet "Economic Growth". Es wird dadurch eine Skala (ähnlich der RILE-Score) geboten, die eine Positionierung hin zu Umweltschutz oder Wirtschaftswachstum zeigt (Schmitt et al. 2012). Um dies nachzustellen wird später in dieser Arbeit in der Regression der MARPOR-Indikator für positive Erwähnungen zum Wirtschaftswachstum genutzt.

Neben der hier vorliegenden Arbeit nutzen auch viele andere die Datenbank des CMPs als Grundlage ihrer Forschung. Zwei von ihnen werden nachfolgend mit dieser Arbeit verglichen, um den Handlungsbedarf bei der Methodik des CMPs darzustellen. Anzumerken ist, dass alle Arbeiten verschiedene Methoden für ihre Analysen verwenden. Begonnen wird bei Farstad (2017). Diese übt Kritik am "konservativen" System des CMP und geht davon aus, dass eine einzige Kategorie nicht ausreicht, um die Komplexität der Umweltpolitik einzufangen. So sei Klimawandel ein substantiell anderes Problem als klassische Umweltprobleme. Ebenso könnten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, im Regelwerk des CMPs, als andere Indikatoren, wie "technology and infrastructure" oder "market regulation" kodiert werden. Facchini et al. (2017) übt im Gegensatz keine Kritik am Kodierungsschema des CMPs und nutzt dieses zur Analyse von Umweltthemen. Diese manifestiert sich unter anderem in seiner Abbildung (Abb. 4) zur Salienz von Umweltproblemen in Wahlprogrammen.

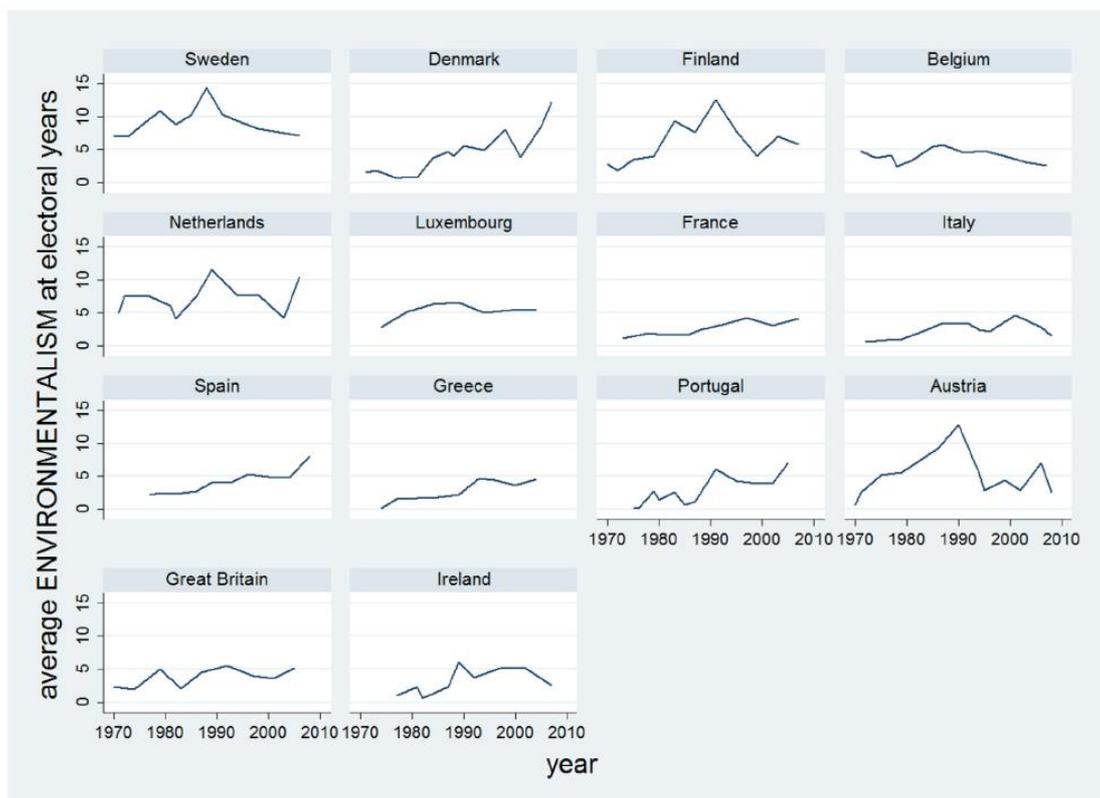


Abb. 4 - "Average salience of environmental issues in political party electoral manifestos by country and over the electoral years considers in the analysis. Original data are multiplied per 100." (Facchini et al. 2017, p.204)

Vergleicht man die Ergebnisse von Facchini et al. (2017) mit den hier generierten (siehe Abb. 5), so sieht man eindeutige Abweichungen. Da es sich zwar um verwandte Themengebiete handelt, aber Umweltthemen sich nun mal nicht ausschließlich auf erneuerbaren Energien beziehen, ist eine gewisse Varianz vorausgesetzt. Jedoch weist keines der Länder einen ähnlichen Verlauf auf. Trends verlaufen sogar gegenläufig und Ausschläge stimmen ebenfalls nicht überein. Lediglich in Portugal und Spanien lässt sich eine gewisse Ähnlichkeit finden.

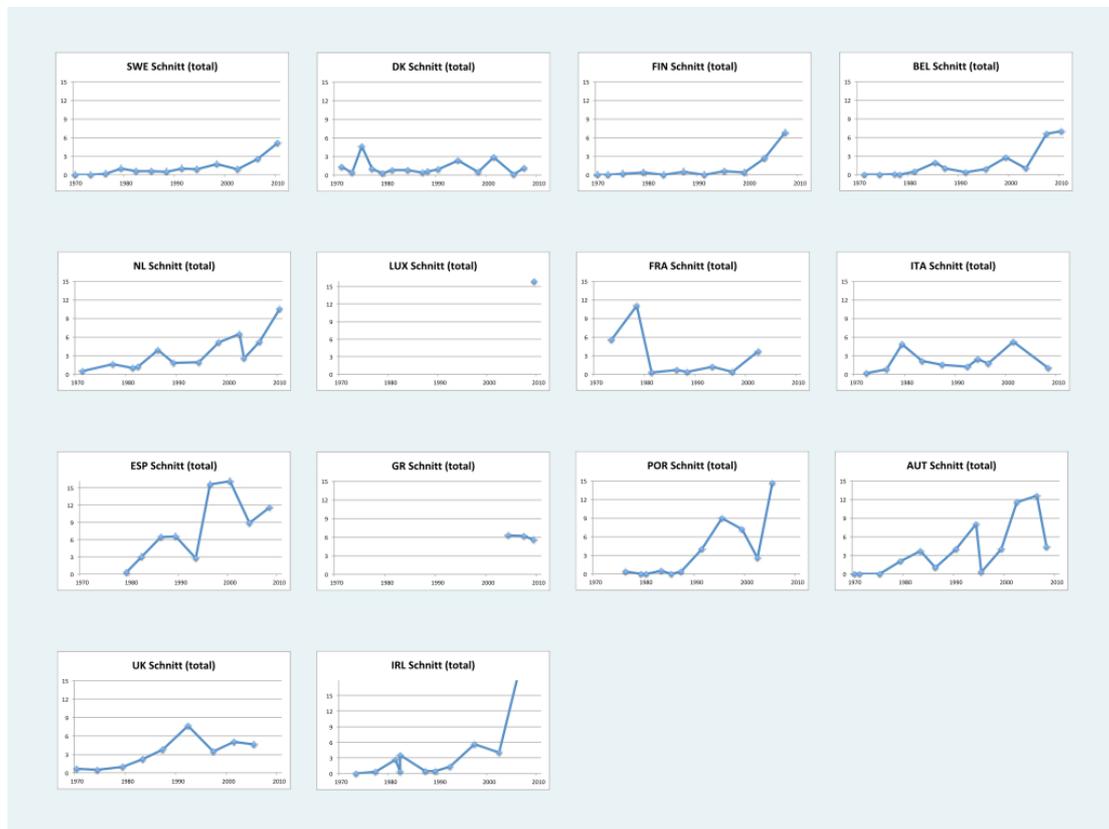


Abb. 5 - Durchschnittliche Salienz von erneuerbaren Energien in Wahlprogrammen nach Ländern (wie bei Facchini et al. (2017)) und Jahren (wie bei Facchini et al. (2017)). (Eigene Darstellung)

Vergleicht man nun jedoch Ruß (2014) Ergebnisse (Abb. 6 und Abb. 8) zum Klimawandel mit den hier generierten (Abb. 7 und Abb. 9) zu erneuerbaren Energien, zeigt sich eine klare Korrelation. Beide Paarvergleiche zeigen ähnliche Verläufe der jeweiligen Parteien. Wie schon Facchini et al. (2017) sucht Ruß (2014) nach einem abweichenden Themengebiet. Sie beschäftigt sich mit Aussagen zum Klimawandel und nicht wie hier explizit mit erneuerbaren Energien. Es handelt sich zwar um verwandte Themen, es kann jedoch somit zu keiner völligen Übereinstimmung kommen. Untersucht werden auf beiden Seiten ausschließlich deutsche und österreichische Parteien seit den 1980ern (hierfür wurde die Zeitreihe angepasst). Beide Methoden suchen nach Aussagen in Wahlprogrammen und orientieren sich am Modell von Laver, Benoit und Garry (2003) und erweitern auf ihre Weise die Kodierung des CMPs. Somit untersuchen alle drei Arbeiten verwandte Themen und zwei ähneln sich in ihrer Methodik, da sie die Methodik des CMPs verfeinern. Jedoch ähneln sich lediglich zwei der Arbeiten in ihren Ergebnissen. Diese sind die Arbeiten mit ähnlicher Methodik. Die Wahl der Methode der Themensuche ist also ausschlaggebend für die Ergebnisse.

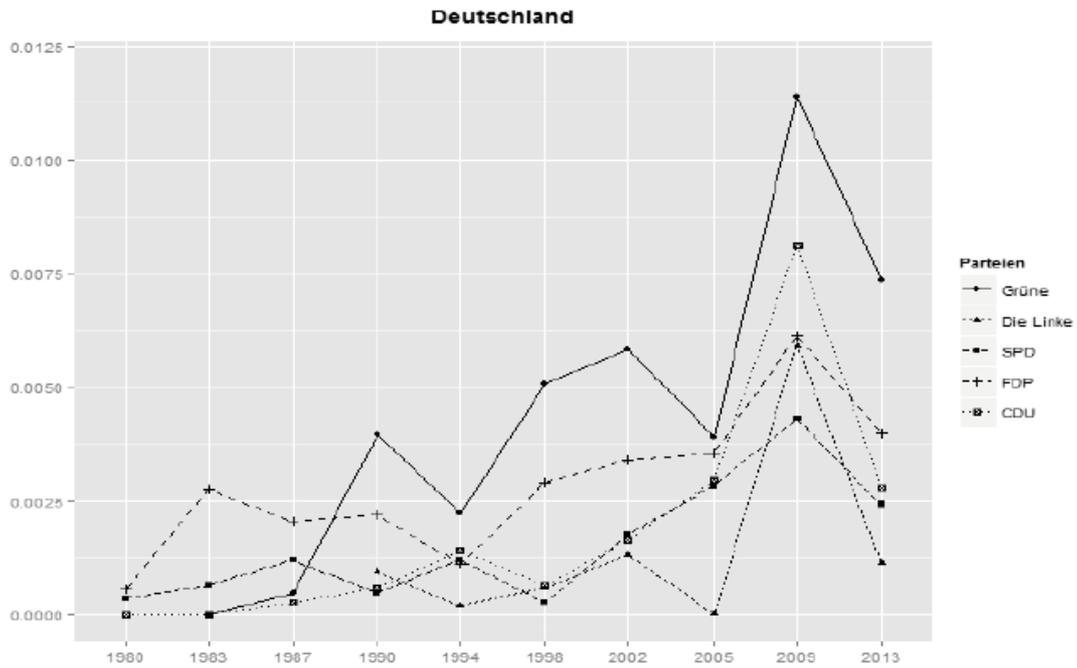


Abb. 6 - "Aussagen über den Klimawandel nach Parteien in Deutschland." (Ruß 2014, p.360)

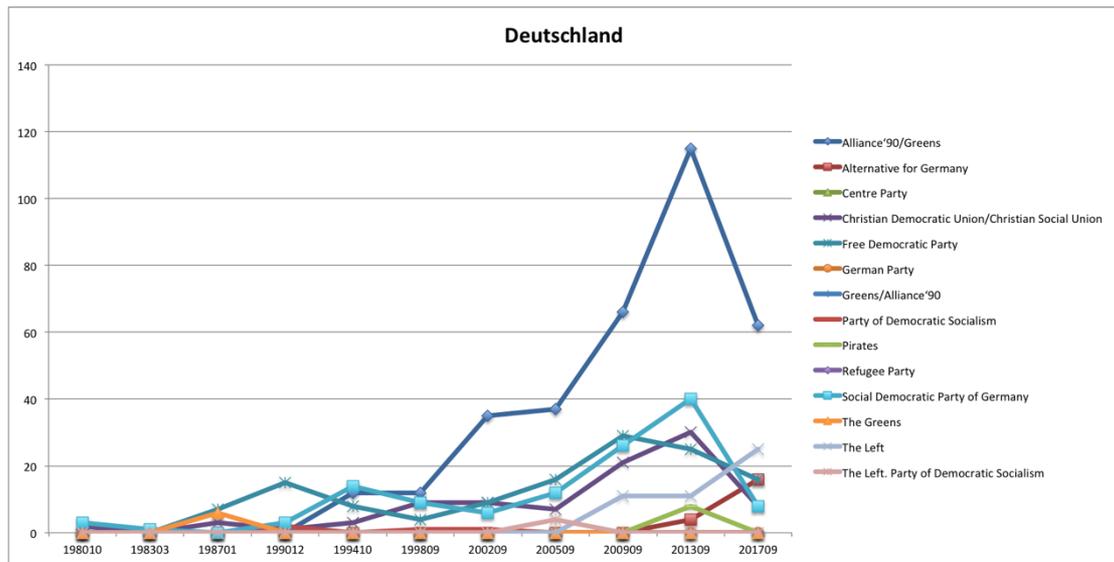


Abb. 7 - Aussagen über erneuerbare Energien nach Parteien in Deutschland. (Eigene Darstellung)

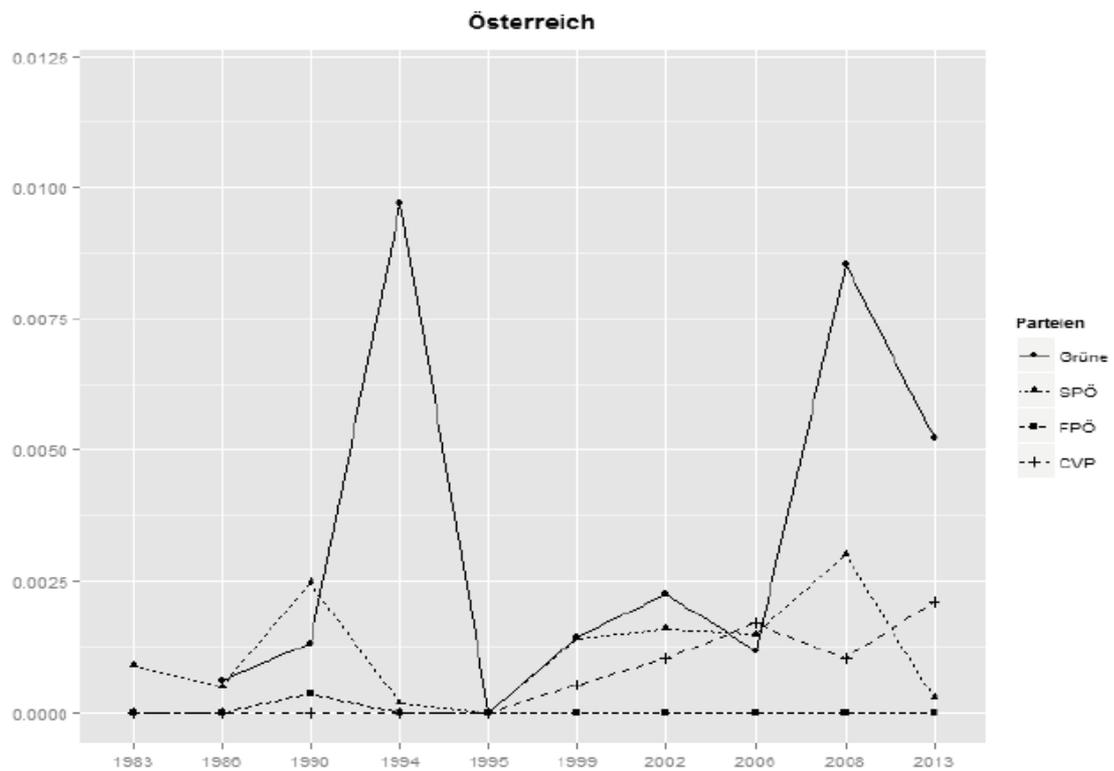


Abb. 8 - "Aussagen über den Klimawandel nach Parteien in Österreich." (Ruß 2014, p.362)

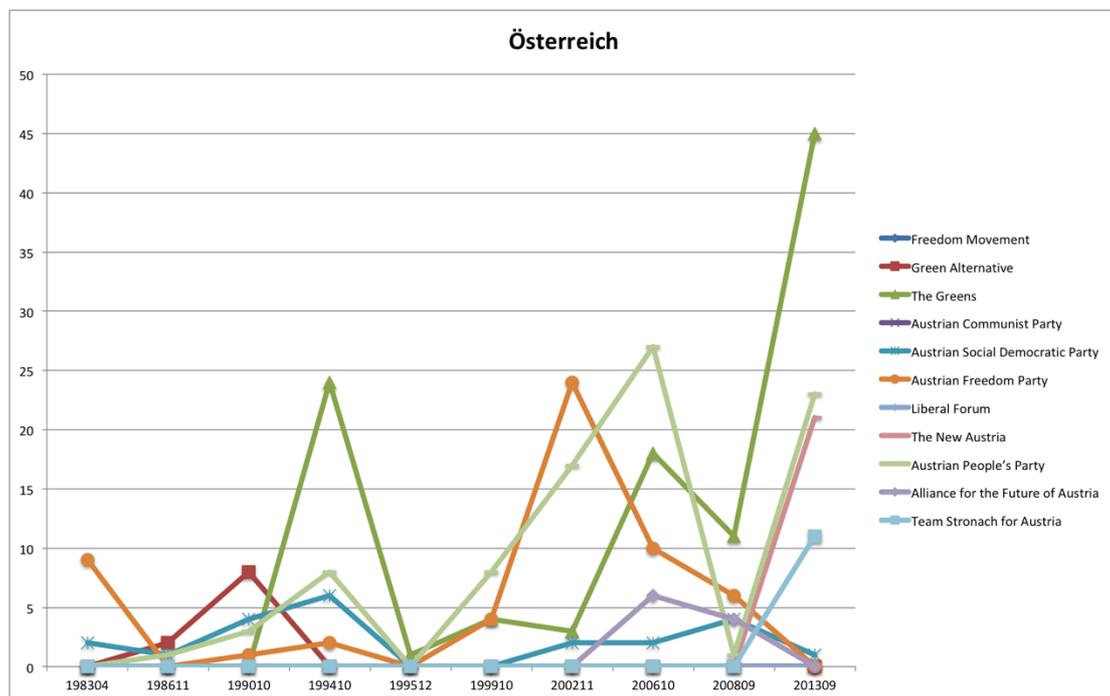


Abb. 9 - Aussagen über erneuerbare Energien nach Parteien in Österreich. (Eigene Darstellung)

4.2 Operationalisierung

4.2.1 Abhängige Variable

Als Indikator zur Abbildung der Lage erneuerbarer Energien wurde deren Nutzungsgrad gewählt, also deren Anteil am gesamten Energieverbrauch im jeweiligen Land. Die Daten für diesen Wert stammen aus der Datenbank von Eurostat (2018). Der Nutzungsgrad ist der ideale Zeiger für den tatsächlichen Gebrauch von Energie aus Wind, Sonne, etc. Erneuerbare Energien gelten als Schlüsselement der europäischen Energiepolitik. Mit erneuerbaren Energien könnte ein Großteil des Strombedarfs der EU abgedeckt werden, ein Innovationsvorsprung gegenüber den globalen Mitstreitern erzielt werden, neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die Abhängigkeit von Importen gemindert werden, die Versorgungssicherheit gesteigert werden, aber viel mehr noch könnten Emissionen eingespart werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist also eng mit Umweltschutz und dem Kampf gegen den Klimawandel verbunden (Pacesila et al. 2016). Trotz all dieser Argumente steigt der Nutzungsgrad relativ langsam (siehe Abb. 10).

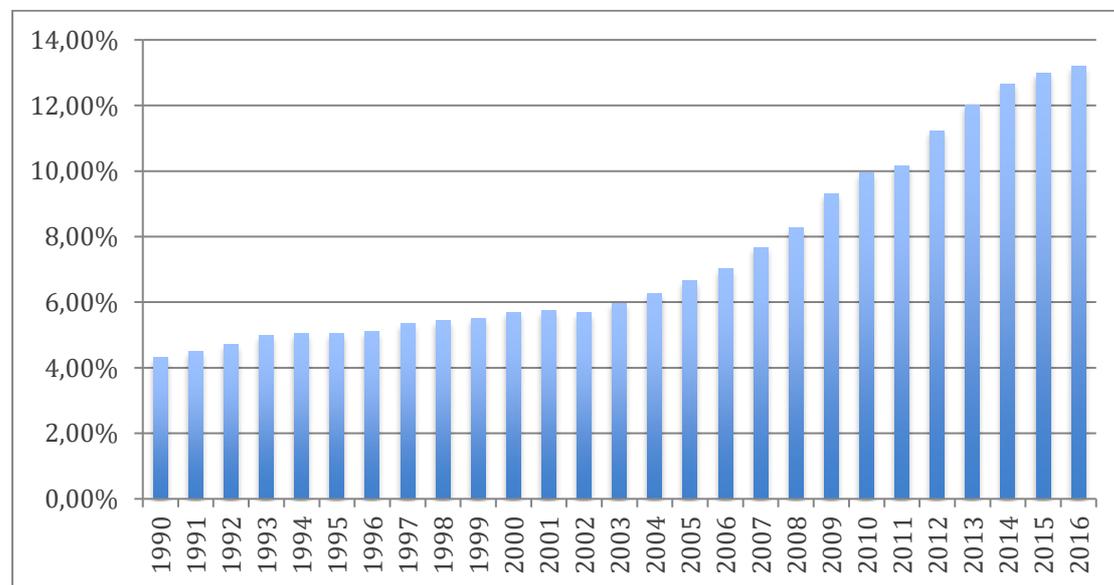


Abb. 10 - Verlauf des Nutzungsgrad erneuerbarer Energien in der EU. (Eigene Darstellung)

4.2.2 Unabhängige Variablen

Wie bereits in Unterkapitel 3.1 erwähnt, sind die unabhängigen Variablen und Hypothesen in fünf Erklärungsbündel unterteilt. Diese werden dann im Zuge einer Regression auf lineare Zusammenhänge zur abhängigen Variable getestet. Vereinfacht wird dies in Abb. 11 verdeutlicht.

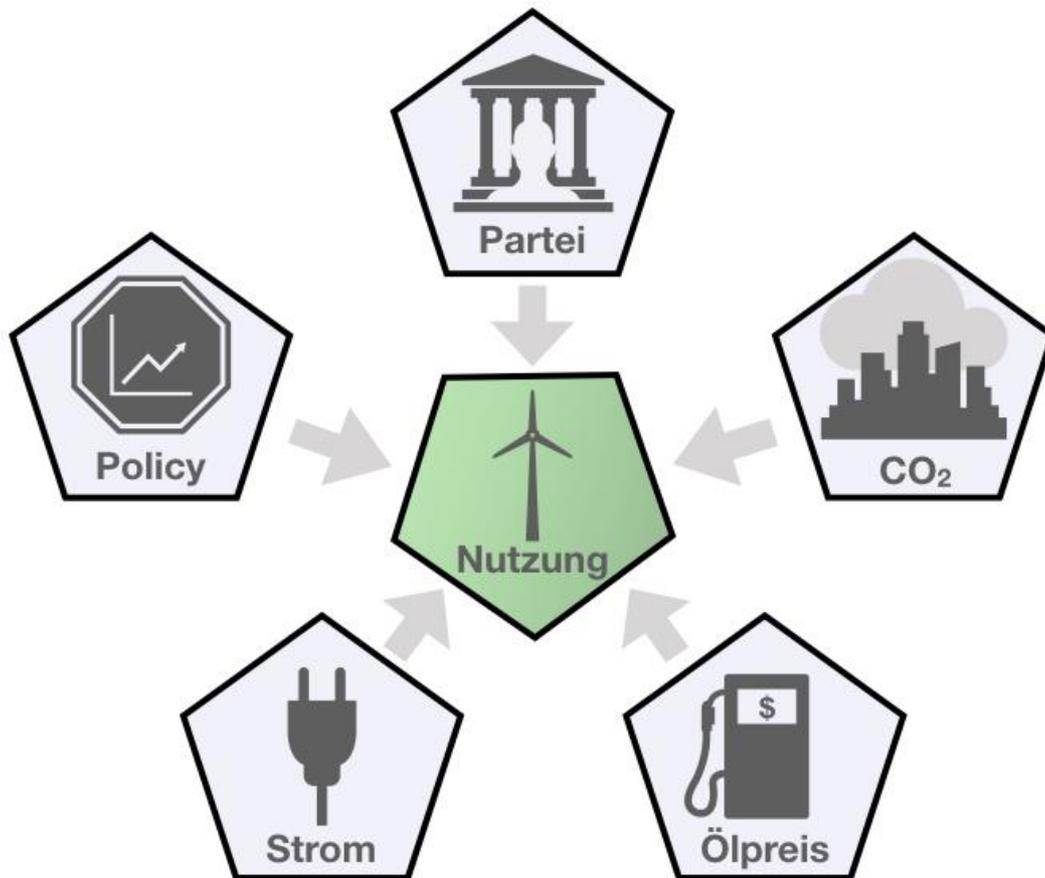


Abb. 11 - Abhängige und unabhängige Variablen. (Eigene Darstellung)

Die zentrale unabhängige Variable dieser Analyse ist ein selbstermittelter Indikator für programmatischen Aussagen bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energien und wurde in bisherigen Studien so noch nicht ermittelt. Mit ihr kann theoretisch, mit anderem Vokabular, die Salienz jedes Themengebiets abgebildet werden. Sie ist Teil der Variablenfamilie **Parteiprogrammatik** und zählt in diesem Fall Erwähnungen (Salienz) zu erneuerbaren Energien in Wahlprogrammen (erw). Alle Variablen werden nach dem Schema von Seki & Williams (2016), welches die Werte nach regierenden Parteien (govt) und der Partei mit dem Vorsitz (pm), also am Beispiel von Österreich, die gesamte Koalition und die Partei die den Bundeskanzler stellt, geordnet. Jedoch ergab eine Korrelationsanalyse (siehe Anhang), dass sich die beiden Kategorien zu sehr ähneln. Aus diesem Grund wurde auf Koalitionsdaten verzichtet und nur die Partei mit Vorsitz berücksichtigt. Zusätzlich wird noch der Gesamtwert der Erwähnungen aus den Wahlprogrammen einer Wahl genutzt. Schmidt (2007) geht im Zuge der Parteiendifferenztheorie beispielsweise davon aus, dass Parteistandpunkte je nach Regierungsbeteiligung variieren und können unter Umständen abweichende "policy outputs" erwirken. Somit sind unterschiedliche Ergebnisse zwischen generellen Erwähnungen und Erwähnungen von Parteien mit Regierungsvorsitz zu erwarten. Neben diesem zentralen Indikator werden, dank den Daten von Seki & Williams (2016), die MARPOR-Indikatoren planeco (Planwirtschaft), markeco (Marktwirtschaft) und Welfare (Wohlfahrt) des MARPOR-Datensatz von Volkens et al. (2017), zugeschnitten, wie auch zuvor, auf die Partei mit Vorsitz, genutzt. Zu diesen kommen noch, die ebenfalls nach dem Schema von Seki & Williams (2016) geordneten Daten, für die MARPOR-Codes "per501" (Environmental

Protection) und "per410" (Economic Growth: Positive) als Gegenpol zu ersteren, angelehnt an die Methode des Euromanifestos (Volkens et al. 2017; Schmitt et al. 2012). Der Indikator "per501" stellt die angebotene Alternative des CMPs zu den hier generierten Daten dar. Dieser zählt alle Quasisätze zum Thema Umweltschutz. Da diese Definition jedoch nicht abgegrenzt ist, werden hier Aussagen zum Waldsterben, genau wie Aussagen zur Energiewende gezählt. Schlussendlich gesinnt sich zu diesen Variablen noch die RILE-Score (Links-Rechts-Position einer Partei) ebenfalls nach Partei mit Vorsitz wie bei Seki & Williams (2016) geordnet. Alle diese Variablen können aus Wahlprogrammen ausgelesen werden. Wahlprogramme sind die einzige Langzeit-Quelle für politische Kommunikation. Form, Gestaltung, Inhalt und Länge werden alle ausschließlich von der verfassenden Partei festgelegt (Volkens et al. 2017). Es wird davon ausgegangen, dass Parteien ihr Profil anhand von Wahlprogrammen gegenüber der Konkurrenz schärfen und somit ihre Intentionen wohl am deutlichsten offenbaren (Ruß 2014). Parteien Positionen werden so bezogen, indem sie gewisse Themen mehr betonen, als andere. So mag eine Partei beispielsweise das Thema Migration akzentuieren und lässt dabei Umweltschutz relativ unbeachtet und eine Partei andere weißt genau ein gegenteiliges Muster auf. Um diese Betonungen auszulesen bedarf es einer Normierung von Wahlprogrammen (König 2018). Da absolute Zahlen irreführend wirken können wird das Ergebnis stets in Verhältnis der Anzahl der Wahlprogramme pro Jahr gebracht. Laut Pennings & Keman (2002) widmen Parteien ihre Zeit und Wahlprogramme zumeist wählerfreundlichen Themen und spielen unattraktivere Themen runter. Wahlprogramme spiegeln somit Prioritäten (kurz und mittelfristig) wieder.

Die zweite Variablenfamilie stellt die der **fossilen Energieträger** dar. Ein Beispiel an ähnlicher Literatur nehmend (Dombrovski 2012; Huang et al. 2007; Marques et al. 2010; Jenner et al. 2013) werden Energieproduktion (prim) und Verbrauch (verb) von Kohle (kohle) und Gas (gas) in der Regression inkludiert. Bei Kernenergie (atom) und Öl (oel) werden ausschließlich die Verbrauchswerte herangezogen. Bei Öl ist dieser Umstand der spärlichen Datenlage zuzusprechen. Bei Kernenergie liegt es daran, dass Werte für die Primärproduktion stets exakt dem Bruttoinlandsverbrauch entsprechen. Auf eine Anfrage diesbezüglich antwortete der Eurostat Helpdesk mit: "Kernenergie wird derzeit nicht gehandelt, nicht gelagert und auch nicht die Bunkerbestände der internationalen Seeschifffahrt zur Verfügung gestellt. Wer weiß, vielleicht werden wir es eines Tages sogar der internationalen Luftfahrt liefern, aber nicht mit der heute bekannten Technologie. Mit anderen Worten, wenn kein Handel, Lagerung oder Bunkerung stattfindet, sind diese beiden Indikatoren gleich" (Helpdesk_DE 2018). All diese Variablen sollen die Konkurrenz von erneuerbaren Energieträgern darstellen. Alle Daten stammen von Eurostat (2018) und sind frei zugänglich. Der Wert der hier als Kohle-Primärproduktion zusammengefasst wird, wird in Eurostat (2018) als feste Brennstoffe bezeichnet und in der Einheit Tausend Tonnen gemessen. Gas wird in Tausend Tonnen Rohöleinheiten (TRÖE) gemessen. Das hier als Öl titulierte Wert, wird von Eurostat (2018) als Rohöl und Mineralölerzeugnisse deklariert und in Tausend Tonnen gemessen. Kernenergie wird ebenfalls in TRÖE gemessen.

Die nächste Variablenfamilie ist die der **Policyinstrumente**. Hier aufgeführt sind, angelehnt an die vorherrschende Literatur (Dombrovski 2012; Bayer & Urpelainen 2016; Bayer et al. 2013; Sadorsky 2009), Feed-in-Tarife (fit), Patent Grants (pat_gra_epo) und das EU Emissions Trading System (ets). FITs werden nominal gemessen. Eine 0 steht für das Nichtvorhandensein eines FITs im entsprechenden Jahr und eine 1 steht für einen angebotenen FIT. Bei den Patenten werden ausschließlich Grants im Bereich erneuerbare Energien des European Patent Office (EPO), ähnlich wie bei Dombrovski (2012), gezählt.

Eine Korrelation zwischen dem Ölpreis (siehe fünfte Variablenfamilie) und Patenten gibt es nur bis 1990. Nach 1990 stabilisiert sich der Ölpreis und Innovationen nehmen weiter zu. Begründet wird das beispielsweise durch bessere Policies auf dem Gebiet. Somit hat dieser Effekt keine Auswirkung auf die hier vorliegende Analyse die erst ab 1990 startet. Das EU Emissions Trading System (EU ETS) wird als eine nominale Variable gemessen. 0 steht für eine nichtvorhandene Teilnahme, 1 steht für die Teilnahme der ersten Phase, eine 2 steht für die zweite Phase, usw.

Vierte und vorletzte Familie ist die der **Umweltbedingungen**. Getestet werden hier CO₂ Emissionen (co2_emis), CO₂-Intensität (co2_intens), Kyoto-Protokoll (Unterschrift, Ratifizierung und Inkrafttreten) und EU-Mitgliedschaftsstatus (eu_member). Der aktuelle IPCC Sonderbericht zur globalen Erwärmung (SR1.5) beschreibt wie menschliche Aktivitäten das weltweite Klima ansteigen lassen. In diesem Szenario werden bis 2030 ein Anstieg auf 1,5°C vorhergesagt. Damit verbundene Umstände sind beispielsweise der Anstieg des Meeresspiegels oder Gletscherschmelzen, vermehrte Extremwetterereignisse. In einer Zeit des Konsens bzgl. des Klimawandels empfehlen die Wissenschaftler des IPCC eine weltweite CO₂-Neutralität um die globale Erwärmung aufzuhalten. Was so viel heißt, dass in der Bilanz mindestens so viel CO₂ abgebaut werden muss wie emittiert wird (IPCC 2018). CO₂-Emissionen werden in Kilotonnen aus der Datenbank der Weltbank (CO₂ emissions (kt)) erfasst und CO₂-Intensität in kg pro genutzten kg Öläquivalent (CO₂ intensity (kg per kg of oil equivalent energy use)) (The World Bank 2018). Anfangs wurden für diese Analyse die Daten von Eurostat genutzt. Diese erwiesen sich jedoch als zu unvollständig für die hier generierten Ergebnisse. CO₂-Intensität wird nach dem Vorbild von entsprechender Literatur (Dombrowski 2012; Ruijven & Vuuren 2009) in der Regression mitberücksichtigt. Die Werte werden mit dem Unterschreiben, der Ratifizierung und dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls und dem EU-Mitgliedsstatus gepaart. Die Begründung hierfür ist, dass diese Schritte ein Bekenntnis zum Ausdruck bringen Kohlenstoffemissionen zu reduzieren und somit ein Umstieg auf erneuerbare Energien zu forcieren (Bayer & Urpelainen 2016). Die Variable Kyoto-Protokoll ist in drei Phasen geteilt. Zuerst steht das Unterzeichnen (kyoto_sign), dann die Ratifizierung (kyoto_rati) und zuletzt das Inkrafttreten (kyoto_force). Die Daten stammen von der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC 2006). Bei der Variable EU-Mitglied handelt es sich um eine simple ja/nein-Variable. Die Daten hierfür stammen von der Homepage der EU (Europäische Union 2018).

Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei der letzten und fünften Variablenfamilie um die der **Wirtschaftsfaktoren**. Im Einklang mit anderer Literatur (Bird et al. 2005; Ruijven & Vuuren 2009; Marques & Fuinhas 2011; Marques et al. 2010; Dombrowski 2012), fließt der Ölpreis, genau der Importpreis von Rohöl in OECD-Ländern (oel_imp_preis), mit in die Regression ein. Die Daten werden nach Total US dollars/barrel gemessen und stammen aus dem Rohölimportregister der IEA (Internationale Energieagentur). Fehlen Daten werden sie mit dem durchschnittlichen Wert aufgefüllt. Des Weiteren wird der Wert des Wirtschaftswachstums (wirt_wachs) gewählt um die wirtschaftliche Leistung der Länder darzustellen.

Um einen Überblick zu bieten, wurden alle unabhängigen Variablen in folgender Tabelle (Tabelle 1) zusammengefasst.

Tabelle 1 - Familien und Annahmen. (Eigene Darstellung)

Familie	Variable	Annahmen	Quelle
Partei-program.	Erwähnungen (erw)	Je mehr Salienz ein Thema genießt, desto realistischer ist dessen Umsetzung.	Eigenerhebung
	Planwirtschaft (planeco)	Mehr staatliche Interventionen bringen eine raschere Umsetzung erneuerbaren Projekten mit sich.	Seki & Williams
	Marktwirtschaft (markeco)	Je affiner die Regierung einer freien Marktwirtschaft zugewandt ist, desto weniger werden erneuerbare Energien genutzt.	Seki & Williams
	Wohlfahrt (welfare)	Eine wohlfahrtsorientierte Politik fördert erneuerbare Energien.	Seki & Williams
	Wirtschaftswachstum: Positive (per410)	Wirtschaftswachstum wirkt sich negativ auf den Umweltschutz aus und ist mit einem geringeren Wachstum von erneuerbaren Energien verbunden.	Seki & Williams
	Umweltschutz (per510)	Eine dem Umweltschutz zugewandte Partei wird sich für den Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen.	Seki & Williams
	RILE (rile)	Links gerichtete Parteien sind eher im Umweltschutz aktiv als rechte.	Seki & Williams
Fossile Energie	Primärproduktion/ Bruttoinlandsverb rauch Kohle (kohle_prim/verb)	Fossile Energieträger stehen in direkter Konkurrenz zu erneuerbaren Energien.	Eurostat
	Primärproduktion/ Bruttoinlandsverb rauch Gas (gas_prim/verb)	Fossile Energieträger stehen in direkter Konkurrenz zu erneuerbaren Energien.	Eurostat
	Bruttoinlandsverb rauch Öl (oel_verb)	Fossile Energieträger stehen in direkter Konkurrenz zu erneuerbaren Energien.	Eurostat
	Primärproduktion/ Bruttoinlandsverb rauch Kernenergie (atom_verb)	Fossile Energieträger stehen in direkter Konkurrenz zu erneuerbaren Energien.	Eurostat
Policy-instr.	Feed-in-Tarif (fit)	Feed-In-Tarife fördern Investitionen im Bereich erneuerbarer Energien.	Bayer & Urpelainen
	Patent Grants (EPO) (pat_gra_epo)	Genehmigte Patente im Bereich erneuerbarer Energien sind ein Indikator für Innovationen.	OECD
	EU Emissions Trading System (ets)	Da durch das EU ETS monetäre Schäden bei Emissionen entstehen, werden diese versucht zu vermeiden und ein Umstieg auf erneuerbare Energien ist wahrscheinlicher.	Europäische Kommission
Umwelt-bed.	CO ₂ Emissionen (co2_emis)	CO ₂ -Emissionen sind der weltweit größte Verursacher für globale Erwärmung sollte sich negativ zu erneuerbaren Energien verhalten.	Weltbank
	CO ₂ Intensität (co2_intens)	CO ₂ -Intensität ist eine relative Kennzahl für CO ₂ -Emissionen und sollte sich ähnlich verhalten.	Weltbank
	Kyoto-Protokoll (kyoto_sign/rati/force)	Das Unterschreiben des Kyoto-Protokolls stellt eine eingegangene Verantwortung Emissionen einzusparen dar und sollte somit in einem positiven Verhältnis zu erneuerbaren Energien stehen.	UNFCCC
	EU-Mitgliedsstatus (eu_member)	Die EU steht für ambitionierte Ziele im Klimaschutz und sollte somit in einem positiven Verhältnis zu erneuerbaren Energien stehen.	EU
Wirtschaft.	Rohöl Importpreis (oel_imp_preis)	Hohe Rohölpreise sorgen für eine Nachfrage für alternative Energieformen. Da der Ölpreis stark mit dem anderer fossiler korreliert, sollte ein Anstieg dieser erneuerbare Energien fördern.	OECD
	Wirtschaftswachstum (wirt_wachs)	Eine starke Wirtschaft ist oft nicht vereinbar mit Umweltzielen, jedoch handelt es sich bei Umweltschutz oftmals um ein Luxusgut.	Eurostat

4.3 Methode

Die Datengrundlage dieser Arbeit sind jährliche Beobachtung zwischen 1990 und 2014 über alle aktuellen 28 EU Mitgliedstaaten (also inklusive Zeiten vor der EU-Mitgliedschaft). Aufgrund von fehlenden Daten bei der zentralen unabhängigen Variable (siehe Abb. 1) wurden Malta, Bulgarien, Zypern, Litauen, Polen, Rumänien und die Slowakei in der weiteren statistischen Analyse nicht berücksichtigt. Die Datenstruktur, in der die Daten sowohl über Länder als auch über die Zeit variieren, bietet sich für eine gepoolte Zeitreihenreihenanalyse als Untersuchungsmethode an. Zu berücksichtigen ist im Fall solcher Datenstrukturen, dass die beobachteten Daten nicht unabhängig voneinander sind, sondern innerhalb der Länder miteinander verbunden sind. Probleme, die hier auftreten können, sind die serielle Autokorrelation, Nicht-Stationarität und Heteroskedastizität (Wenzelburger et al. 2014). Um diese Probleme zu lösen, bieten sich mehrere statistische Ansätze an. Zunächst kann, abhängig von der Datenstruktur, eine simple OLS Regression genutzt werden. Eine weitere Methode ist die Aufnahme von Länder-Dummies in die Analyse (sog. Least Squares Dummy Variables-Ansatz). Darüber hinaus werden Fixed-Effects oder Random Effects Modelle benutzt. Als gewissermaßen das Standardverfahren in der Politikwissenschaft gilt das Panel "Corrected Standard Errors" Verfahren, welches die Ergebnisse einer OLS-Regression "korrigiert" (Beck & Katz 1995). Auch eine Reihe von Untersuchungen im Bereich der vergleichenden Energiepolitikforschung greifen auf diese Methode zurück (Aklin & Urpelainen 2013). Die Ergebnisse im nächsten Kapitel beruhen auf dieser Methode. In Tabelle 6 werden die Ergebnisse der unterschiedlichen Modelle der Vollständigkeit halber gezeigt. Der wesentlichste Punkt für die vorliegende Untersuchung ist dabei, dass die zentrale unabhängige Variable der Arbeit in allen Modellen gleiche und signifikante Effekte zeigt.

In der vorliegenden Arbeit werden sowohl qualitative, als auch quantitative Methoden genutzt, um die zentrale unabhängige Variable zu generieren. Ruß (2014) betitelt den quantitativen Part als ein sogenanntes »*bag of words*«-Modell. Es werden Wörter unabhängig ihrer Reihenfolge oder Zusammenhänge auf ihre relativen Häufigkeiten analysiert. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der Artikel von Laver et al. (2003) zum Extrahieren von policy positions aus politischen Texten. Diese bezeichnen die Methode als »*language blind*«. Die Methode repliziert erfolgreich Policy-Schätzungen und ist zugleich arbeits- und zeitsparend. Eine sonst übliche Methode ist das hand-coding, die jedoch höchst arbeitsintensiv ist. Dieser Ansatz wird beispielsweise vom CMP zum kodieren praktiziert (Laver et al. 2003; Volkens et al. 2017). Das hier angewandte Analyseschema wurde eigens zur Auswertung von Parteipositionen bzw. Länderpositionen zum Thema erneuerbare Energien formuliert. Es unterscheidet sich grundlegend von dem Schema des CMPs. Es werden alle kodierungsfähigen (keine Fotokopien, etc.) Wahlprogramme in ihrer Gesamtheit analysiert. Dies beinhaltet auch Kapitelnamen und andere Titel, sowie Aufzählungen. Die Suchbegriffe wurden mit Hilfe einer qualitativen Analyse der österreichischen Wahlprogramme induktiv generiert, um eine Relevanz der Begriffe zu garantieren (König 2018). Es folgt eine schrittweise Erklärung des Vorgehens bei der qualitativen Analyse, gefolgt von der quantitativen Analyse.

4.4 Qualitative Analyse

In der qualitativen Analyse (ausschließlich Österreich) müssen zwei Fragen beantwortet werden. Erstens, handelt es sich bei dem Thema "erneuerbare Energien" um ein

Valenzproblem und zweitens, welches Suchvokabular muss gewählt werden um keine verfälschten Ergebnisse zu erhalten.

Zur ersten Frage wird auf die Arbeit von Ruß (2014) und ihren Aussagen zu dem Thema Valenzproblem verwiesen. Da das Thema "erneuerbare Energien" eng mit der meist als Valenzproblem beschriebenen Umweltpolitik verknüpft ist - Ruß leitet ebenfalls ab, dass es sich bei Klimawandel um ein "valence issue" handeln muss und da dieser gewissermaßen eine Sparte des Problems darstellt - werden erneuerbare Energien unter diesen Umständen ebenso als ein "valence issue" angesehen. Laut Ruß (2014) besteht somit keine Gefahr negativer Erwähnungen in Wahlprogrammen, zumal das Thema einfach nicht in den Wahlprogrammen behandelt wird. Ihre Ergebnis äußert Ruß (2014; p370) folgendermaßen: "Klimapolitik, so scheint es, hat sich zu einem Wert entwickelt, zu dem sich alle bekennen, ähnlich der Gerechtigkeit oder Chancengleichheit". Da es sich bei Klimapolitik in manchen Fällen um ein "umstrittenes" Thema handelt, schreibt Ruß (2014; p370): "Man kann spekulieren, dass es mittlerweile nicht ganz leicht ist, gegen wissenschaftliche Tatsachen zu argumentieren. Doch die Nicht-Anerkennung der wissenschaftlichen Ergebnisse war ja lange Zeit noch möglich und wurde geäußert, interessanterweise aber nicht in Wahlprogrammen." Zu einem ähnlichen Ergebnis ist auch die hier durchgeführte qualitative Analyse aller österreichischen Wahlprogramme gekommen und bestätigt somit die Annahme. Es fanden sich keine negativen Erwähnungen zu erneuerbaren Energien. Beim Suchvokabular wird versucht alle Aspekte von erneuerbaren Energien abzudecken. Jedoch darf es zu keinen mehrfachen Interpretationen kommen. Nimmt man zum Beispiel das Wort "nachhaltig", so kann es im Kontext eine "nachhaltige Energiewirtschaft mit erneuerbaren Energien" fallen, aber auch "wir streben ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen Import und Export an". Dieses Problem konnte jedoch ebenfalls mit Hilfe der qualitativen Analyse bereinigt werden und das Suchvokabular so verfeinert werden, dass Fehler mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können. So wurden alle Wörter manuell per Suchfunktion gesucht und auf ihren Kontext untersucht. Aus diesem Prozess bildete sich folgendes Vokabular: Erneuerbar, Wind, Solar, Sonne, Photo(voltaik), Geothermie, Erdwärme, Ökostrom, Wasserkraft, Biogas und Biomasse. Entgegen den Erwartungen kommt es zu keiner einzigen Aussagen wie "Wind unter den Flügeln" oder "... auf zur Sonne". Zudem kommt es zu keiner negativen Erwähnung im Zusammenhang mit dem hier vorgestellten Suchvokabular. Somit konnte das Vokabular im Anschluss in alle Landesprachen übersetzt (für die jeweiligen Länder siehe Anhang). Hierfür wurden Online Übersetzungsdienste wie translate.google.de und [Linguee.de](https://linguee.de) genutzt. In manchen Fällen konnten Native Speaker gefunden werden, die das Vokabular bestätigten.

4.5 Quantitative Analyse

Es folgt eine Erläuterung der Schritte die nötig waren um Wahlprogramme messbar zu machen und diese Daten wiederum statistisch auswerten zu können.

4.5.1 Datenverarbeitung

Die analysierten Wahlprogramme stammen aus dem Comparative Manifesto Project (CMP), welches am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) entstand (Volkens et al. 2017). Diese Wahlprogramme sind Teil einer Datensammlung, welche seit dem II. Weltkrieg nach 56 Kategorien ("Policy-Positionen"(Ruß 2014)) kodiert werden. Jedoch eignen sich diese Kategorien nicht für die hier gesuchten Ergebnisse. Das Thema Umwelt beschränkt sich auf lediglich einen Indikator ([501] Environmental Protection: Positive (Volkens et al. 2017)).

Dieser deckt sowohl Aussagen zu erneuerbaren Energien, als auch zu Fließgewässerqualität ab und ist somit nicht passend (Ruß 2014). In Antwort darauf wurde hier, um Wahlprogramme auf Erwähnungen zu durchsuchen, eine eigene Methode entwickelt, die sich an den von Volkens et al. (2017), Ruß (2014), Laver et al. (2003) und Laver & Garry (2000) orientiert. Begonnen wurde mit R und dem ManifestoR Package um die Datensätze in geeigneter Form zu laden. Weiterverarbeitet wurden diese mit dem Package TM (Text Mining). Mit der Funktion DocumentTermMatrix wurden die gesammelten Wahlprogramme eines Landes auf das zuvor in einer qualitativen Analyse verfeinerten Suchvokabular automatisch durchsucht. Im Zuge dieses Prozesses lieferte das Package eine Tabelle (siehe Abb. 12.), sortiert nach Partei/Jahr und Anzahl der gefundenen Suchbegriffe.

	biogas	biomasse	erderwärmung	erneuerbar	erneuerbare	erneuerbaren	erneuerbarer
42110_198611	0	1	0	0	0	0	0
42110_199010	0	2	0	0	0	0	0
42110_199410	2	6	0	0	0	0	0
42110_199512	0	0	0	0	0	0	1
42110_199910	0	2	0	0	0	0	1
42110_200211	0	0	0	0	2	1	0
42110_200610	0	2	0	0	3	2	2
42110_200809	0	0	0	0	0	1	0
42110_201309	0	2	1	0	13	5	4
42220_200809	0	0	0	0	0	0	0
42320_196603	0	0	0	0	0	0	0
42320_197003	0	0	0	0	0	0	0
42320_197110	0	0	0	0	0	0	0
42320_197510	0	0	0	0	0	0	0
42320_197905	0	0	0	0	0	0	0
42320_198304	0	0	0	0	0	1	0

Abb. 12 - Screenshot Ergebnis TM. (Eigene Darstellung)

Wie im Screenshot (Abb. 12) erkennbar muss jegliche Deklination eines Wortes abgedeckt werden. Da dieses Projekt jedoch alle EU-Mitgliedsstaaten miteinschließt, musste ein sogenanntes Wildcardsystem eingeführt werden, welches ermöglicht lediglich nach einem Wortstamm zu suchen und alle mit dem Wortstamm beginnenden Suchbegriffe zu finden. Ein Beispiel hierfür ist "erneuerbar". Wie im Screenshot ersichtlich ist, muss nach "erneuerbar", "erneuerbare", "erneuerbaren", erneuerbares", "erneuerbarer", etc. gesucht werden, um alle Erwähnungen zu finden. In einem Wildcardsystem würde ein "erneuerbar*" hierfür reichen. Da TM leider keine Wildcard bietet, musste ein anderes Package angewandt werden.

	document	Erneuerbar
1	199010&Green Alternative&42110	0
2	199010&Austrian Social Democratic Party&42320	0
3	199010&Austrian Freedom Party&42420	0
4	199010&Austrian People's Party&42520	1
5	199410&The Greens&42110	0
6	199410&Austrian Social Democratic Party&42320	2
7	199410&Austrian Freedom Party&42420	0
8	199410&Liberal Forum&42421	0
9	199410&Austrian People's Party&42520	2
10	199512&The Greens&42110	1
11	199512&Austrian Social Democratic Party&42320	0
12	199512&Freedom Movement&42420	0
13	199512&Liberal Forum&42421	0
14	199512&Austrian People's Party&42520	0
15	199910&The Greens&42110	1
16	199910&Austrian Social Democratic Party&42320	0

Abb. 13 - Screenshot Ergebnisse Quanteda mit abweichender Reihung wie in **Abb. 12**. (Eigene Darstellung)

Hierfür bot sich das R-Package Quanteda an. Es verfügt über zahlreiche Funktionen, die jene von TM übersteigen. Dafür musste jedoch eine komplexe Formatierung der Daten vorgenommen werden (für Anleitung siehe Anhang). Nach der Formatierung lieferte Quanteda brauchbare Tabellen (Abb. 13). Unter Verwendung dieser Methode wurden 1.410 Wahlprogramme aus 27 Ländern analysiert (siehe Tabelle 2).

Die als csv gespeicherten Quanteda-Daten wurden in xls-Typ Daten umgewandelt und konnten somit uneingeschränkt in Excel ausgewertet werden. Es wurden Aufstellungen eines jeden Landes erstellt und weiter mit anderen Daten, wie BIP und Wirtschaftswachstum kombiniert. Diese Kurven (siehe Abb. 14) werden dann mit den Ausbaugraden der jeweiligen Ländern verglichen, um mögliche Zusammenhänge sichtbar zu machen.

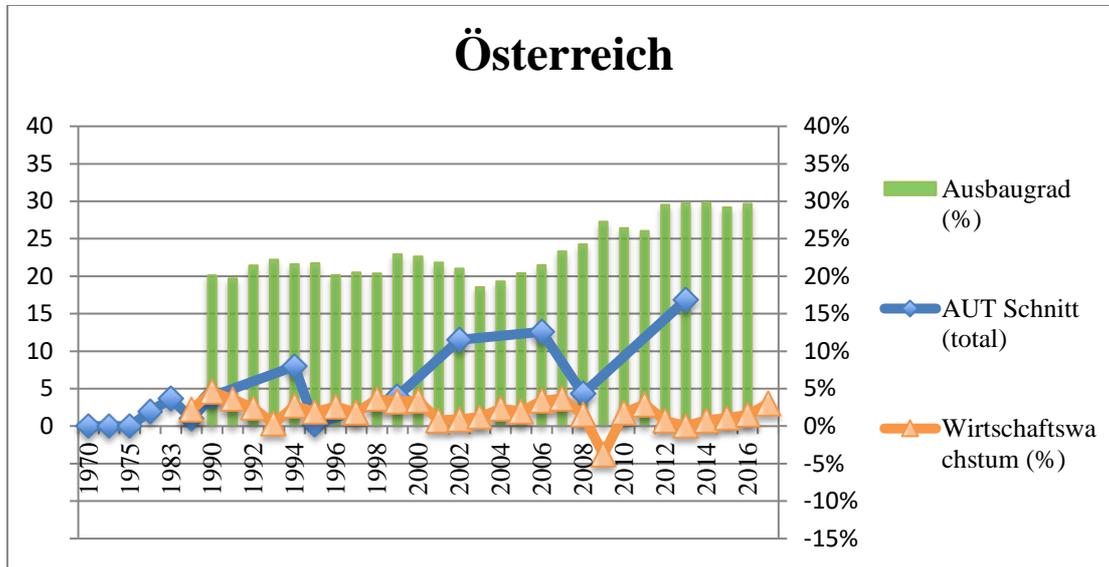


Abb. 14 - Auswertung Excel. (Eigene Darstellung)

Die Darstellung eignet sich zwar um externe Effekte, wie die Finanzkrise zu beobachten, jedoch weniger um Vergleiche anzustellen. Deshalb wurden im Anschluss dieser ersten Auswertung die Grafiken auf eine Variable begrenzt, um bessere Ländervergleiche zu generieren (siehe Kapitel 5) und zahlreiche Variablen gesammelt (siehe oben) und diese werden mit den aus den Wahlprogrammen generierten Daten gebündelt in eine einzige Tabelle zusammengefügt. Diese wurde wieder in R eingelesen und dort mit der eigenen Regressionsfunktion (lm) statistisch analysiert. Zusätzlich wurde noch eine areg-Regression (Linear regression with a large dummy-variable set), ein xtpcse-Regression (Linear regression with panel-corrected standard errors), ein fixed-effects-Regression und ein random-effects-Regression inkludiert, um eine größtmögliche Korrektheit der Ergebnisse zu garantieren. In der folgenden Tabelle (Tabelle 3) werden zusätzlich die Statistiken aller genutzten Variablen aus den Tabellen Tabelle 5 und Tabelle 6 dargestellt.

Tabelle 3 - Statistik. (Eigene Darstellung)

Variable	Obs	Mean	Std. Dev.	Min	Max
Partei progr.					
erneu_nutz	525	9.936.764	8.265.722	0,4670269	3.715.847
gen_erw	525	4.553.472	5.757.241	0	3.328.571
pm_erw	525	3.499.048	5.779.546	0	32
pm_markeco	499	3.557.559	1.356.451	0	843
pm_planeco	499	5.939.501	1.879.872	0	949
pm_welfare	499	121.759	665.366	0	39,7
pm_per410	499	929.046	2.376.444	0	939
pm_per501	499	1.604.977	8.996.422	0	935
pm_rile	499	4.679.677	8.631.528	-582	733
Policyintr.					
ets	525	0,7352381	1.028.411	0	3

Variable	Obs	Mean	Std. Dev.	Min	Max
fit	523	0,5640535	0,4963549	0	1
pat_gra_epo	483	1.905.552	5.008.251	0	434
Fossile EN.					
atom_verb	525	10691,51	23315,35	0	116473,5
gas_verb	525	16490,59	23393	58,3	87751,5
gas_prim	525	7786,38	18517,56	0	97554,3
kohle_verb	525	30698,1	57942,96	80	449501
kohle_prim	525	22236,83	52506,46	0	434446
oel_verb	525	28159,29	34836,77	892	136645
Umweltbed.					
co2_emis	514	159743,3	205869,4	6.351.244	929973,2
co2_intens	514	2.326.205	0,5615559	0,9016893	363.658
kyoto_sign	525	0,6457143	0,4787525	0	1
kyoto_rati	525	0,512381	0,5003234	0	1
kyoto_force	525	0,3961905	0,4895714	0	1
eu_member	525	0,7942857	0,4046081	0	1
Wirtschaft.					
oel_imp_preis	525	4.709.733	345.351	11,66	115,64
wirt_wachs	525	1.944	3.573.274	-21,3	16

5 Ergebnisse

5.1 Deskriptive Ergebnisse

Zuallererst werden die Ergebnisse der quantitativen Analyse betrachtet. Begonnen wird mit den Verläufen von Erwähnungen und dem Nutzungsgrad von erneuerbaren Energien (siehe Abb. 15). Legt man jeweils eine exponentielle Trendlinie über die Verläufe, zeigt sich bei beiden ein aufsteigender Trend (siehe Expon.). Bei einem Vergleich der Verläufe erweist sich deren Konsistenz als größter Unterschied. Erwähnungen sind großen Schwankungen ausgesetzt. Im Gegensatz dazu verläuft der Nutzungsgrad lediglich von 2001 auf 2002 ein einziges Mal negativ (5,75% auf 5,67%). Abgesehen davon steigt der Nutzungsgrad, mit der Ausnahme einer Stagnation in 1994, stetig. Die Gesamt-Trends sind sich im Verhältnis jedoch ausgesprochen ähnlich, wobei die Erwähnungen noch steiler steigen. Somit lässt sich zwar noch nicht nachweisen, dass die beiden Variablen in Abhängigkeit zueinander stehen, jedoch wird hier der erste Grundstein dafür gelegt.

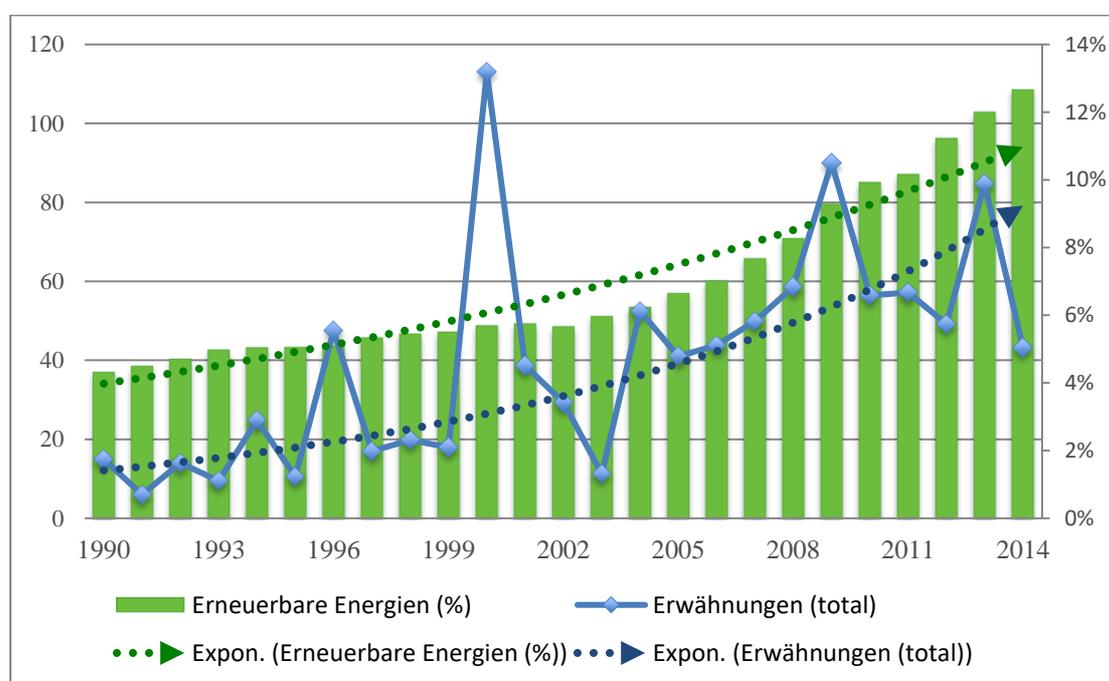


Abb. 15 - Vergleich: Erwähnungen erneuerbarer Energien in Wahlprogrammen und Nutzungsgrad von erneuerbaren Energien. (Eigene Darstellung)

Abb. 16 zeigt, dass erhebliche Unterschiede bei den durchschnittlichen Erwähnungen von Wahlprogrammen existieren. Jedoch muss erwähnt werden, dass hier alle Wahlprogramme, die in der quantitativen Analyse verwertet wurden mit in das Ergebnis einfließen, und nicht alle Länder über alle Jahre hinweg verwertbare Wahlprogramme bereitstellen. Dadurch liegen Länder mit weniger, aber dafür aktuelleren Wahlprogrammen klar im Vorteil. Diese Umstände treffen jedoch nicht immer zu. Rumänien liegt mit einer ausgewerteten Wahl und mit unter 4 durchschnittlichen Erwähnungen deutlich im unteren Mittelfeld und Luxemburg mit 2 Wahlen und über 13 durchschnittlichen Erwähnungen an der Spitze. Jedoch liegt Spanien in 2015 bei über 19 durchschnittlichen Erwähnungen und kommt trotzdem nur auf den zweiten Platz, da die vorhergehenden Wahlen das Ergebnis verzerren.

Auffallend ist, dass es entgegen der Erwartungen zu keinem Ost-West-Gefälle kommt. Unter den ersten 10 befinden sich sowohl 5 Mitgliedstaaten die vor der EU-Erweiterung 2014 Mitglied waren, als auch 5 Länder die zur bzw. nach der EU-Erweiterung in 2014 zur EU stießen. Unter den 10 Schlusslichtern sind 8 Mitgliedsstaaten bereits länger als 2014 Mitglied. Dies kann jedoch, wie bereits erwähnt, an der langen Historie an Wahlprogrammen liegen. Des Weiteren sticht die große Varianz heraus. Die Spannweite reicht von 13,25 bis 0,38 durchschnittlichen Erwähnungen.

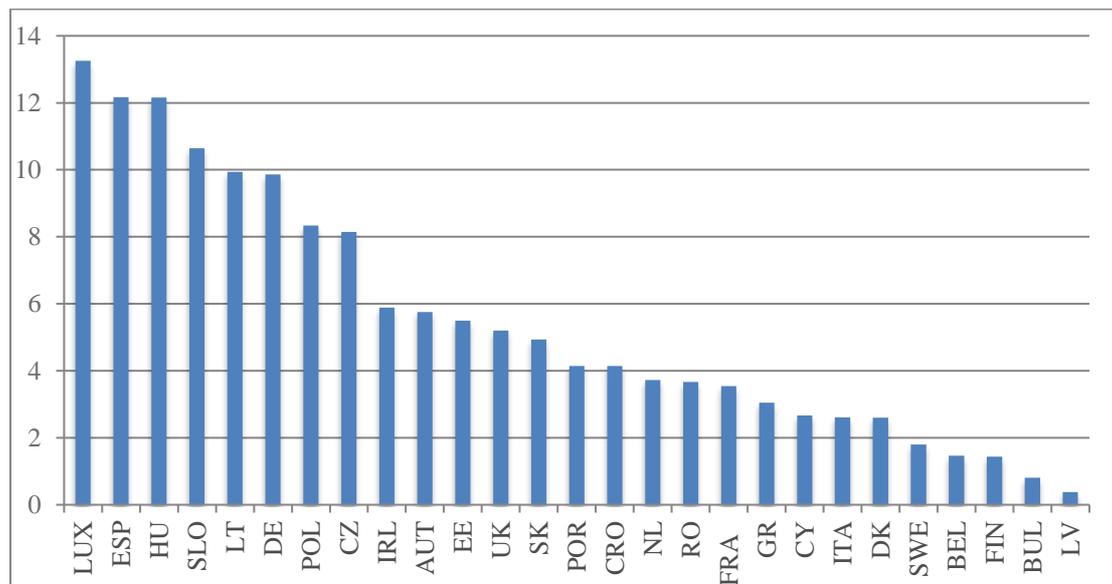


Abb. 16 - Ländervergleich der durchschnittlichen Erwähnungen pro Wahlprogramm nach Ländern. (Eigene Darstellung)

Da in der quantitativen Analyse nicht nur nach dem Begriff erneuerbare Energien gesucht wurde, sondern auch nach deren gängigsten Energieträgern, können auch diese untereinander verglichen werden. Es zeigt sich (siehe Abb. 17), dass Sonnenenergie gefolgt von Windenergie einen großen Stellenwert einnehmen. Biomasse und Wasser reihen sich im Mittelfeld ein, wobei jedoch Biomasse mit fast der doppelten Anzahl an Erwähnungen eindeutig das obere Mittelfeld darstellt. Geothermie und Biogas liegen mit Abstand auf den beiden letzten Plätzen. Auffällig ist, dass die höchsten Anteile von Erwähnungen bezüglich Solarenergie in sonnenreichen Ländern, wie beispielsweise Spanien oder Italien, getätigt werden und in küstennahen Ländern mit gemäßigteren Temperaturen, wie zum Beispiel den Niederlanden oder Dänemark, Windenergie vorherrscht. Es zeigt sich also, dass die Potentiale der jeweiligen Länder die Themen und deren Salienz bestimmen.

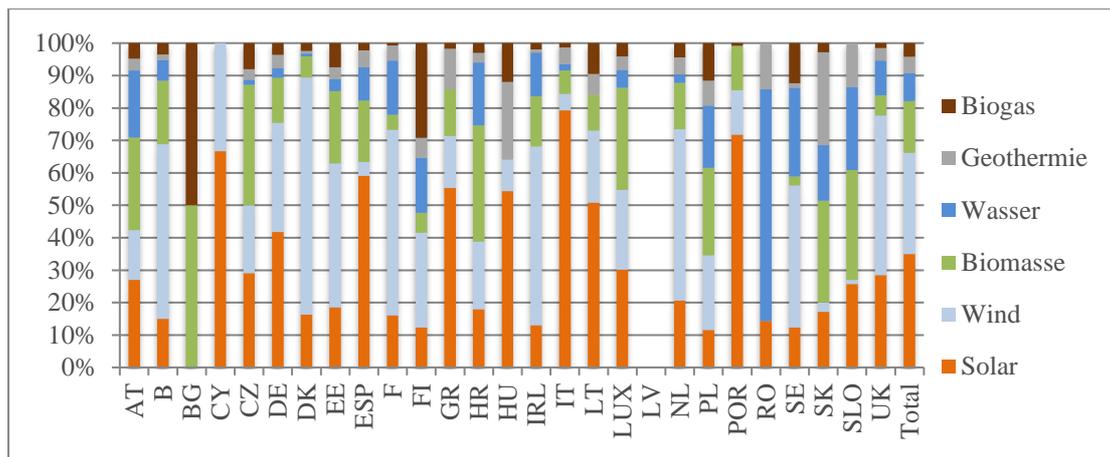


Abb. 17 - Ländervergleich: Anteile der verschiedenen Formen von erneuerbaren Energien. (Eigene Darstellung)

Verbindet man diese Daten mit Parteifamilien zeichnet sich folgendes Bild (siehe Tabelle 4) ab. Man erkennt, dass ökologische Parteien (ECO) alle Themenbereiche, bis auf Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft dominieren. Bei Biomasse dominieren christlich demokratische Parteien (CHR), bei Solarenergie sozialistische Parteien (COM) und Wasserkraft ist das beliebteste Thema konservativer Parteien (CON). Jedoch zeichnen sich ökologische Parteien, auch in den nicht von ihnen dominierenden Bereichen, durch hohe Werte aus. Berechnet man die Summen einer jeden Zeile (Parteifamilie), zeigt sich auch hier eine große Betonung erneuerbarer Energien von ökologischen Parteien, gefolgt von Liberalen (LIB), christlich Sozialen, Sozialdemokraten (SOC), und Sozialisten (COM). Alle anderen Parteien weisen einen durchschnittlichen Wert von unter 10% Salienz auf.

Tabelle 4 - Salienz geordnet nach Parteifamilie und erneuerbare Energien in Prozent. (Eigene Darstellung)

Energie / Parteifamilie	Biomasse	Geothermie	Biogas	Solar	Wind	Wasser
ECO	16.43%	15.92%	19.38%	17.75%	20.62%	10.49%
COM	8.11%	15.92%	6.20%	19.61%	12.54%	12.73%
SOC	14.20%	7.01%	13.18%	15.61%	13.89%	11.24%
LIB	13.39%	15.29%	17.05%	12.27%	12.75%	11.24%
CHR	17.44%	15.92%	14.73%	6.60%	12.64%	13.11%
CON	6.90%	7.01%	3.10%	8.36%	7.88%	16.85%
NAT	4.67%	12.10%	4.65%	5.11%	3.21%	9.74%
AGR	2.23%	0.64%	14.73%	1.12%	1.66%	3.75%
ETH	10.14%	4.46%	2.33%	9.94%	3.52%	3.75%
SIP	6.09%	5.73%	4.65%	3.62%	11.19%	7.12%
DIV	0.00%	0.00%	0.00%	0.00%	0.00%	0.00%
MIS	0.41%	0.00%	0.00%	0.00%	0.10%	0.00%
(Leer)	0.00%	0.00%	0.00%	0.00%	0.00%	0.00%
Gesamtergebnis	100.00%	100.00%	100.00%	100.00%	100.00%	100.00%

Verfolgt man die Parteifamilien über die Zeit von den 1950er Jahren bis heute ergibt sich folgende Abbildung (siehe Abb. 18). Hier zeigt sich, dass ökologische Parteien, die erst in den 1960er und 1970er Jahre gegründet wurden ab etwa 1990 das Thema erneuerbare Energien klar beherrschen. Aber auch ethnische und regionale Parteien (ETH) und

Sozialdemokraten erweisen sich in den letzten Jahren als große Verfechter erneuerbarer Energien.

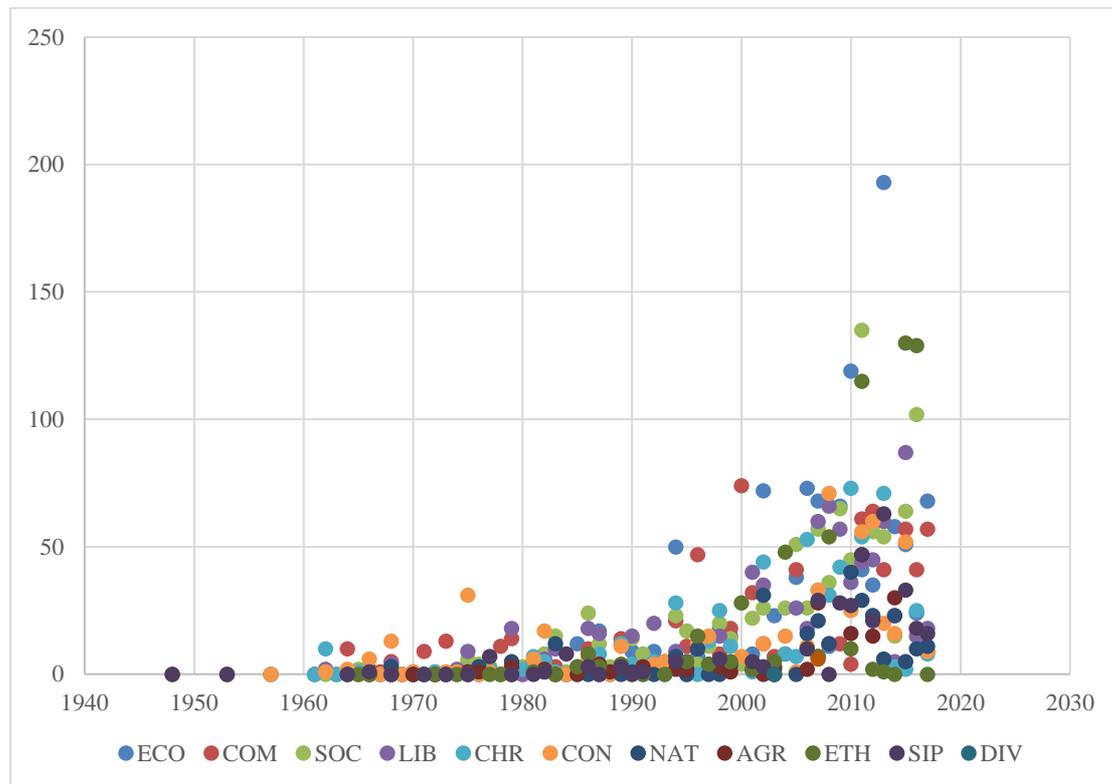


Abb. 18 - Salienz erneuerbarer Energien geordnet nach Jahr und Parteifamilie. (Eigene Darstellung)

Nach Jahrzehnten geordnet sieht es folgendermaßen aus (siehe Abb. 19). Hier lassen sich die Rangordnungen leichter ablesen. Wie auch schon in den vorhergehenden Abbildungen, ändert sich nichts an der Dominanz ökologischer Parteien. Jedoch zeigen sich die Ambitionen der Liberalen zum ersten Mal eindeutig. Ein weiterer interessanter Aspekt ist, dass sich über die Zeit die Salienz zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien dreht. So dominierten erstere die 60er und 70er mit ihrer Salienz. 1990 gleichen sich die beiden Familien aus. Ab den 2000ern dominieren die Sozialdemokraten klar. Was noch auffällt ist, dass in den 60ern und davor Konservative und Sozialisten sich die Führerschaft im Bereich erneuerbare Energien teilten. Jedoch wurden die Konservativen recht schnell abgehängt und agieren heute nur noch mehr im Mittelfeld. Schlusslichter sind meist nationalistische Parteien (NAT) und landwirtschaftliche Parteien (AGR).

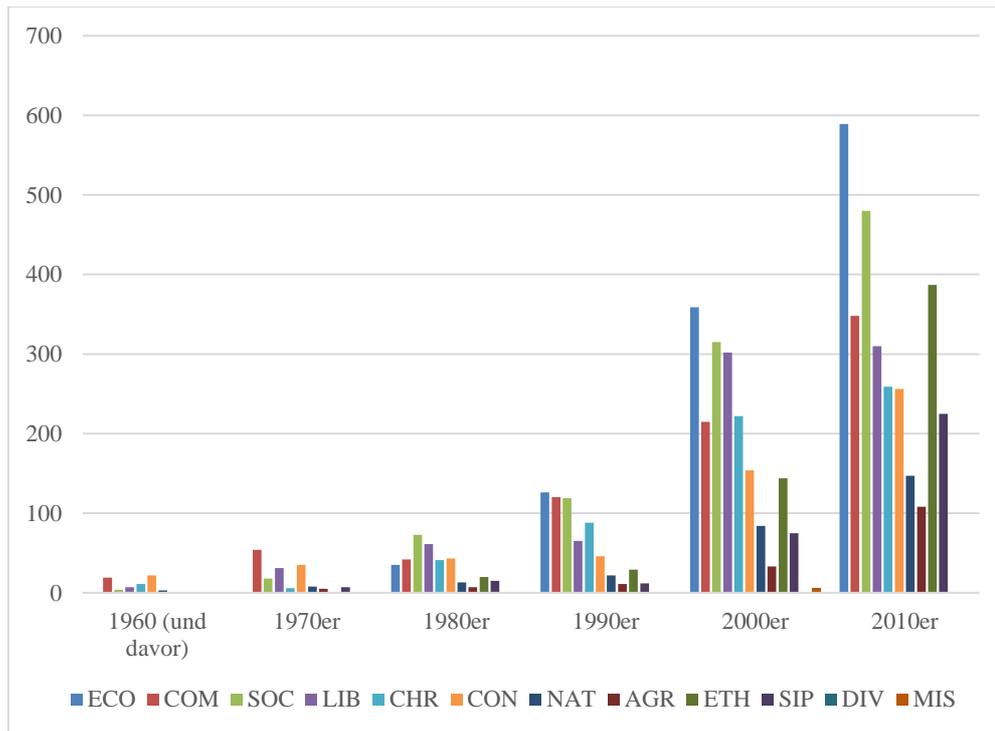


Abb. 19 - Salienz erneuerbarer Energien geordnet nach Parteilfamilien und Jahrzehnten. (Eigene Darstellung)

6.2 Regression

Die Ergebnisse der Regression sind in Tabelle 5 und Tabelle 6 dargestellt. In Tabelle 5 wird in einer Standard Regression (Ordinary Least Squares - OLS) alle fünf Variablenfamilien und das Gesamtmodell, welches alle Familien vereint, gegen den Anteil der Nutzung (Bruttoinlandsverbrauch in%) von erneuerbaren Energien getestet. Es handelt sich um eine Untersuchung des gesamten EU-Raums mit der Ausnahme von Malta, Bulgarien, Zypern, Litauen, Polen, Rumänien und die Slowakei. Diese Länder wurden wegen der geringen Datengrundlagelage in keinem der Modelle berücksichtigt. Hauptgrund waren die fehlenden Wahlprogramme bzw. Wahlen (siehe Tabelle 2). So gab es in Malta beispielsweise keine einzige brauchbare Wahl (deshalb auch nicht in Tabelle 2 und Abb. 1 erfasst). Aber nicht nur die Anzahl der Wahlen bzw. Wahlprogramme ist ausschlaggebend. Da die Daten immer bis zur nächsten Wahl extrapoliert werden, ergeben sich beispielsweise in Zypern, dass seine einzige und letzte Wahl in 2011 hatte, 4 verwertbare Jahre. Das ist mehr als 2 Jahre in Bulgarien. Dort gab es zwar 2013 und 2014 erfasste Wahlen, jedoch ergeben diese wie bereits erwähnt lediglich 2 verwertbare Jahre.

Beginnend weist das Erklärungsbündel **Parteiogrammatik** im Gesamtmodell vier äußerst signifikante Variablen auf. Zu diesen gehören die zentralen Variablen dieser Arbeit, die Erwähnungen erneuerbarer Energien in Wahlprogrammen aller Parteien und die der regierungsführenden Partei. Des Weiteren erweisen sich die Variablen Marktwirtschaft und Wohlfahrt als äußerst signifikant. Auch der Auswertung des CMPs bezüglich Umweltthemen ist mit einem Wert unter 0,05 durchaus signifikant. Wie bereits durch die Thesen von Ruß (2014) und Farstad (2017) erweist sich Links-Rechts-Positionierung als ebenfalls durchaus signifikant. Interessant ist, dass sich alle Variablen, bis auf die Erwähnungen der regierungsführenden Parteien und Wohlfahrt, negativ auswirken. Bei der Marktwirtschaft und der Rechts-Links-Positionierung war das jedoch zu erwarten. Zum einem ist eine wirtschaftsfreundliche Politik oftmals kontraproduktiv für die Umwelt und zum anderen

bedeutet das Minus vor Positionierung nur, dass linke Parteien vorteilhaft für den Nutzungsgrad erneuerbarer Energien sind. Die negative Beziehung von den Erwähnungen aller Parteien und der Auswertung des CMPs sind jedoch überraschend und bedürfen einer weiteren Besprechung in der Diskussion. Die Ergebnisse des kleinen Modells (nur die Variablen eines Erklärungsbündels werden getestet) sind dem des Gesamtmodells sehr ähnlich, brauchen aber keine weitere Erklärung, da das adjustierte R^2 zu klein ist, um repräsentative Aussagen zu tätigen.

Auch bei der nächsten Variablenfamilien der **Policyinstrumente** ist das adjustierte R^2 ähnlich klein. Deshalb wird wieder nur das Gesamtmodell berücksichtigt. Hier weisen lediglich die bewilligten Patente im Bereich erneuerbarer Energien eine äußerst hohe Signifikanz unter 0,01 auf.

Das Erklärungsbündel der **fossilen Energieträger** weist mit einem Wert über 0,2 das zweithöchste adjustierte R^2 auf. Somit lassen sich zwar keine eindeutigen Aussagen tätigen, aber es wird trotz alledem versucht. Im kleinen Modell weisen alle Variablen, bis auf Kernenergie, Signifikanzen auf und sind zudem, bis auf Kohle, negativ. Im großen Modell ist Kohle zwar noch immer positiv, dafür aber nicht mehr signifikant und kann somit außer Acht gelassen werden. Ein weiterer Unterschied zum kleinen Modell ist, dass Kernenergie im Gesamtmodell äußerst signifikant und negativ ist. Ansonsten erweisen sich im Gesamtmodell noch die Verbräuche von Gas und Öl als äußerst signifikant und negativ. Moderat signifikant, mit einem Wert unter 0,1, erweist sich die Primärproduktion aus Kohle.

Das mit Abstand, mit einem Wert von höher als 0,4, größte adjustierte R^2 weist das Erklärungsbündel rund um die **Umweltbedingungen** auf. Die Ergebnisse in diesem Bündel gestalten sich recht unerwartet. Sowohl im kleinem, als auch dem großen Modell sind die Kyoto Ratifikationsphase und die EU-Mitgliedschaft negativ und signifikant. CO_2 -Emissionen wechseln vom kleinen Modell auf das Gesamtmodell von negativ auf positiv und sind äußerst signifikant. Jedoch sind die Estimates der beiden Werte verschwinden klein. Wie erwartet verhalten sich die Variablen CO_2 -Intensität, Kyoto Unterschriftenphase und das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls positiv. Bis auf letzteres sind alle Variablen in beiden Modellen signifikant (unter 0,01). Das Inkrafttreten ist lediglich im kleinen Modell signifikant.

In der letzten Variablenfamilie der **Wirtschaftsfaktoren** sind alle Variablen in allen Modellen signifikant. Wie erwartet wirkt sich das Wirtschaftswachstum (ähnlich wie im ersten Modell Marktwirtschaft) negativ auf den Nutzungsgrad erneuerbarer Energien aus. Höhere Ölpreise wirken sich, ebenfalls wie erwartet, positiv auf die Nutzung erneuerbarer Energien aus.

Tabelle 5 – Regression EU. (Eigene Darstellung)

Abhängige:	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
erneu_nutz	Parteiprogr.	Policyintr.	Fossile En.	Umweltbed.	Wirtschaft.	Gesamt
gen_erw	-0.0198 (0.105)					-0.280*** (0.102)
pm_erw	0.184** (0.0820)					0.203*** (0.0595)
pm_markeco	-0.00940*** (0.00237)					-0.00444*** (0.00165)
pm_planeco	0.00136 (0.00191)					0.00190 (0.00140)
pm_welfare	0.443***					0.208***

Abhängige:	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
erneu_nutz	Partei progr.	Policyintr.	Fossile En.	Umweltbed.	Wirtschaft.	Gesamt
	(0.0727)					(0.0520)
pm_per410	-0.00297**					-0.00252**
	(0.00137)					(0.00106)
pm_per501	-0.00119					-0.000354
	(0.00329)					(0.00376)
pm_rile	-0.0101*					-0.0122**
	(0.00523)					(0.00541)
ets		1.928***				-0.274
		(0.367)				(0.751)
fit		1.132				0.634
		(0.812)				(0.608)
pat_gra_epo		-0.0203***				0.0321***
		(0.00458)				(0.00617)
atom_verb			4.33e-06			-0.000141***
			(8.34e-06)			(1.26e-05)
gas_verb			-9.51e-05***			-0.000451***
			(3.27e-05)			(5.48e-05)
gas_prim			-9.77e-05***			7.67e-06
			(8.01e-06)			(1.54e-05)
kohle_verb			0.000196***			2.23e-05
			(6.52e-05)			(5.58e-05)
kohle_prim			-0.000220***			-0.000102*
			(6.43e-05)			(5.27e-05)
oel_verb			-3.75e-05***			-0.000133***
			(1.27e-05)			(4.15e-05)
co2_emis				-1.28e-05***		7.53e-05***
				(4.72e-07)		(1.23e-05)
co2_intens				-7.315***		-8.134***
				(0.186)		(0.329)
kyoto_sign				2.026***		2.027***
				(0.710)		(0.532)
kyoto_rati				-1.585*		-1.823**
				(0.926)		(0.761)
kyoto_force				3.076***		0.504
				(0.795)		(1.060)
eu_member				-1.466*		-2.303**
				(0.851)		(1.002)
wirt_wachs					-0.193**	-0.280***
					(0.0761)	(0.0870)
oel_imp_preis					0.0653***	0.0503***
					(0.00612)	(0.0163)
Constant	4.542***	8.189***	11.37***	28.51***	7.236***	27.97***
	(0.957)	(0.281)	(0.562)	(0.872)	(0.412)	(1.314)
Observations	499	483	525	514	525	459
R-squared	0.165	0.056	0.207	0.422	0.090	0.632
Number of countries	21	21	21	21	21	21

Standard errors in parentheses
*** p<0.01, ** p<0.05, * p<0.1

In Tabelle 6 wird das hier genutzte Modell (OLS) gegen andere Formen der Regression getestet. diese sind ein xtpcse-Modell (Linear regression with panel-corrected standard errors), ein fixed-effects-Modell und ein random-effects-Modell Keine großen Unterschiede

gibt es zu den Modellen „xtpcse“ und „random“. Besonderes Augenmerk wird hier auf die konstant äußerst signifikanten Variablen zur Salienz von erneuerbaren Energien, die im Zuge dieser Arbeit generierten wurden, gelegt. Die Modelle „areg“ und „fixed“ weisen jedoch abweichende Ergebnisse. Die beiden zentralen Variablen der Salienz erneuerbarer Energien sind in jenen Modellen nicht mehr beide signifikant, sondern ausschließlich die der Erwähnungen aller Parteien. Diese sind mit einem Wert von maximal 0,05 weiterhin durchaus signifikant.

Tabelle 6 - Regression aller Modelle. (Eigene Darstellung)

	ols	areg	xtpcse	fixed	random
	b/se	b/se	b/se	b/se	b/se
Parteiprogr.					
gen_erw	-0.280*** 0,074	-0.058** 0,021	-0.280** 0,102	-0.058** 0,021	-0.280*** 0,074
pm_erw	0.203*** 0,059	0,008 0,017	0.203*** 0,059	0,008 0,017	0.203*** 0,059
pm_markeco	-0.004* 0,002	0 0,001	-0.004** 0,002	0 0,001	-0.004* 0,002
pm_planeco	0,002 0,001	0 0	0,002 0,001	0 0	0,002 0,001
pm_welfare	0.208*** 0,044	0,004 0,013	0.208*** 0,052	0,004 0,013	0.208*** 0,044
pm_per410	-0.003* 0,001	0 0	-0.003* 0,001	0 0	-0.003* 0,001
pm_per501	0 0,004	0,002 0,001	0 0,004	0,002 0,001	0 0,004
pm_rile	-0.012*** 0,003	0,002 0,001	-0.012* 0,005	0,002 0,001	-0.012*** 0,003
Policyinstr.					
ets	-0,274 0,932	1.800*** 0,276	-0,274 0,751	1.800*** 0,276	-0,274 0,932
fit	0,634 0,711	-0,344 0,231	0,634 0,608	-0,344 0,231	0,634 0,711
pat_gra_epo	0.032*** 0,009	0.007* 0,003	0.032*** 0,006	0.007* 0,003	0.032*** 0,009
Fossile En.					
atom_verb	-0.000*** 0	-0.000*** 0	-0.000*** 0	-0.000*** 0	-0.000*** 0
gas_verb	-0.000*** 0	-0.000*** 0	-0.000*** 0	-0.000*** 0	-0.000*** 0
gas_prim	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
kohle_verb	0 0	-0.000* 0	0 0	-0.000* 0	0 0
kohle_prim	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
oel_verb	-0.000* 0	-0.000*** 0	-0.000** 0	-0.000*** 0	-0.000* 0
Umweltbed.					
co2_emis	0.000***	0.000***	0.000***	0.000***	0.000***

	ols	areg	xtpcse	fixed	random
	0	0	0	0	0
co2_intens	-8.134***	-7.973***	-8.134***	-7.973***	-8.134***
	0,567	0,694	0,329	0,694	0,567
kyoto_sign	2.027**	0,112	2.027***	0,112	2.027**
	0,683	0,217	0,532	0,217	0,683
kyoto_rati	-1.823*	0,154	-1.823*	0,154	-1.823*
	0,903	0,243	0,761	0,243	0,903
kyoto_force	0,504	-1.406***	0,504	-1.406***	0,504
	1.420	0,378	1.060	0,378	1.420
eu_member	-2.303**	0.938***	-2.303*	0.938***	-2.303**
	0,844	0,281	1.002	0,281	0,844
Wirtschaft.					
wirt_wachs	-0.280***	0,017	-0.280**	0,017	-0.280***
	0,079	0,022	0,087	0,022	0,079
oel_imp_preis	0.050*	0,01	0.050**	0,01	0.050*
	0,021	0,006	0,016	0,006	0,021
Constant	27.972***	29.576***	27.972***	29.576***	27.972***
	1.684	1.785	1.314	1.785	1.684
R-squared	0,632	0,977	0,632	0,746	
N. of cases	459.000	459.000	459.000	459.000	459.000
*** p<0.01,	**p<0.05,	* p<0.1			

6 Diskussion der Ergebnisse

Möchte man die Hypothesen allein anhand der einzelnen analysierten Variablenfamilien erklären, so deckt man nicht annähernd die benötigte Varianz ab, die zur Erklärung der Zusammenhänge nötig ist. Hierfür benötigt man zusätzlich das Gesamtmodell, welches alle Variablen vereint und dank einem hohen adjustierten R^2 sehr repräsentativ ist. In Rahmen der Diskussion wird versucht, beides zu kombinieren um mögliche Zusammenhänge aufzudecken.

Betrachtet man die zentrale Hypothese der Arbeit - "Politische Positionen von **Parteiogrammatik** und wie diese ihre Wahlprogramme verfassen, beeinflusst den Nutzungsgrad von Erneuerbaren Energien" - so kann behaupten werden, dass die Hypothese bewiesen werden konnte. In dem verwendeten Gesamtmodell wurden 6 Variablen gefunden die signifikant zur Erklärung der Responsevariablen (Nutzungsgrad erneuerbarer Energien) beiträgt. Es besteht somit ein linearer Zusammenhang zwischen Äußerungen in Wahlprogrammen bzw. politischen Positionen und dem Nutzungsgrad von erneuerbaren Energien in der gesamten EU. Unterscheidet man zwischen getätigten Aussagen und Positionen sind beide etwa gleichermaßen bedeutend. Bei der zentralen unabhängigen Variable, dem selbstermittelten Indikator für programmatischen Aussagen (Erwähnungen) bzgl. dem Ausbau erneuerbarer Energien, erweisen sich beide Formen (generell und regierungsführende Partei) im Gesamtmodell als äußerst signifikant ($<0,01$). Sucht man nach Überschneidungen zwischen dem kleinen Modell und dem Gesamtmodell, sind nur die Aussagen der regierungsführenden Partei zweifach signifikant. Ein weiteres interessantes Detail ist, dass die generellen Erwähnungen in einem negativen linearen Zusammenhang mit dem Nutzungsgrad erneuerbarer Energien stehen. Erklären lässt sich dieser Fakt womöglich mit Schmidts (2007) Ausführungen zur Parteiendifferenztheorie. Er geht im Zuge dieser davon aus, dass Parteistandpunkte je nach Regierungsbeteiligung variieren und würden somit abweichende "policy outputs" erwirken. Eine weitere Erklärung ist, dass sich Positionen teilweise ändern. Bukow & Switek (2017) zeigten beispielsweise sinkende ökologische Ansprüche der Grün-Parteien in Regierungsbeteiligung. Vergleicht man nun die hier generierten Werte mit der MARPOR Auswertung ("per410" = Umwelt negativ und "per510" = Umwelt positiv), so verfügt diese lediglich im Gesamtmodell für den Indikator der negativ zur Umwelt steht eine Signifikanz. Der eigentliche Indikator zu Umwelt weist keinerlei Signifikanz auf und ist somit unbedeutend für die Entwicklung des Nutzungsgrads erneuerbarer Energien. Somit sind die Zweifel an der Kodierung des MARPOR-Datensatz berechtigt.

Betrachtet man den zweiten Teil der Hypothese - politische Positionen - zeigen sich auch hier zahlreiche lineare Zusammenhänge. Somit bestätigen sich die Aussagen von beispielsweise Farstad (2017) bezüglich der Bedeutung der Rechts-Links-Position von Parteien. Diese beschreibt einen absteigenden Trend der Salienz von Umweltthemen von links nach rechts im politischen Spektrum. Auch hier wird ein negativer linearer Effekt beobachtet. In der politischen Praxis wird das Thema Klimawandel tatsächlich von den Issue-Ownern der grünen Parteien angeführt. Jedoch ist der Trend laut Farstad (2017) nicht immer konstant. Bei der politischen Mitte übertreffen die konservativen Parteien die linke Mitte. Dies beweist sie anhand einer OLS-Regression. Ein Ergebnis, das sich in den hier generierten Ergebnissen (siehe Abb. 19) jedoch so nicht widerspiegelt. Neben Links-Rechts-Positionierung erweisen sich die Wohlfahrts- und Marktwirtschaftsposition als bedeutende Variablen. Wie erwartet wirkt sich erstere positiv und letztere negativ auf den Nutzungsgrad erneuerbarer Energien

aus. Erklären kann man dies, durch die oftmalige Konkurrenz von Wirtschaftsinteressen und Umweltambitionen.

Der repräsentativste Bereich der Analyse (korrigiertes R^2 ist größer gleich 0,4) stellt das Erklärungs Bündel der **Umweltbedingungen** dar. Somit hebt es sich klar von den anderen Variablenfamilien ab. Hier kommt es bei allen Variablen zu Signifikanzen. Besonders sticht der Wert der CO₂-Intensität, der neben einer äußerst hohen Signifikanz auch einen mit Abstand größeren Estimate aufweist. Das bedeutet, dass sich eine Änderung dieser Variable besonders negativ auf den Nutzungsgrad auswirkt. Die CO₂-Emissionen sind zwar gleich signifikant, verfügen jedoch über den kleinsten Estimate im Gesamtmodell. Ein weiterer Spezialfall dieses Erklärungs Bündels sind die Variablen Kyoto-Protokoll-Ratifikation und die EU-Mitgliedschaft. Hier sind beide Werte deutlich negativ. Für dieses Phänomen findet sich keine Erklärung, sollten doch beide laut den Erwartungen einen positiven Beitrag zur Umwelt beitragen. Zur Entschärfung der Situation rund um das Kyoto-Protokoll lässt sich aber sagen, dass die beiden anderen Werte (Unterschreiben und Inkrafttreten) positiv sind. Blickt man auf die Hypothesen zu diesem Bereich - "Ein Rückgang von CO₂-Emissionen führt zu einem Anstieg des Nutzungsgrad erneuerbarer Energien" und "In Mitgliedstaaten die sich zum Klimaschutz bekennen, erhöht sich der Druck erneuerbaren Energien zu fördern" - lässt sich erstere klar mit der variablen CO₂-Intensität bestätigen. Die letztere Hypothese lässt sich jedoch nicht klar bestätigen und bedarf weiterer Forschung.

In der Hypothese zur Variablenfamilie **Policyinstrumente** "wird angenommen, dass die Einführung von den vorgestellten Policyinstrumenten sich positiv auf die Nutzung von erneuerbaren Energien auswirkt". Mendonça (2012), der Feed-in Tarife als die womöglich effektivste Policy für eine an grüner Energie interessierten Regierung hält, wird im Zuge der hier generierten Ergebnisse nicht bestätigt. FITs erweisen sich in keinem Modell als signifikant. Patente im Bereich erneuerbaren Energien jedoch bewiesen sich in allen Modellen als Zeiger für eine gute Umweltpolitik. Im Falle des EU-ETS ist es so, dass es ausschließlich in den Modellen "areg" und "fixed" signifikant ist. Es sprechen zwar keine signifikanten Ergebnisse gegen den Erfolg von den untersuchten Policyinstrumenten, jedoch kann die Hypothese nicht vollständig bestätigt werden.

In den Analysen zur Variablenfamilie **fossilen Energieträger** konnten ebenfalls signifikante Variablen gefunden werden. Die Annahme hierfür lautet - "Andere Energieformen als die der erneuerbaren, stehen in einem negativen Verhältnis zu diesen". Dies kann mit jedem einzelnen Modell bestätigt werden. Jedoch sind die Estimates der signifikanten Variablen verschwindend klein und haben somit keinen großen Einfluss.

Die letzte Hypothese - "Es wird angenommen, dass es durch einen Preisanstieg von Rohöl attraktiver wird in erneuerbare Energien zu investieren und eine schwächere wirtschaftliche Leistung, sich positiv auf die Nutzung erneuerbarer Energien auswirkt"- deckt die Familie **Wirtschaftsfaktoren** ab. Hier kam es im Gesamtmodell bei beiden Variablen zu äußerst hohen Signifikanzen. Wie erwartet drängt ein hoher Ölpreis dazu in erneuerbare Energien zu investieren und ein positives Wirtschaftswachstum wirkt sich negativ auf den Nutzungsgrad aus. Erklären lässt sich dies indem wirtschaftliche Interessen oft im Gegensatz zu Umweltambitionen stehen. Die Hypothese lässt sich somit bestätigen. Eine ähnliche Stimme hierzu ist beispielsweise Sadorsky (2009). Seine Studie zum Verhalten zwischen Ölpreis und erneuerbaren Energien zeigt einen signifikant positiven Zusammenhang in Frankreich, Deutschland und Italien, aber auch einen signifikant negativen in Großbritannien. Jedoch spricht sich Sadorsky (2009) zusammenfassend beschwichtigend über die Bedeutung von

Ölpreisen im Zusammenhang mit der Nutzung von erneuerbaren Energien aus. Er schließt das darauf zurück, dass der Ölpreis im Großteil der erfassten Periode fällt.

Kritisch betrachtet ist der benutzte Datensatz nicht für alle Länder vollständig bzw. Zeitreihen im gewünschten Ausmaß vorhanden. Dem wurde aber teilweise mit der Exklusion von Ländern bzw. Variablen mit besonders schlechter Datenlage entgegengewirkt. Aus diesem Grund wurde auch die gesamte Analyse auch auf den Zeitraum von 1990 bis 2014 beschränkt. Die unvollständigen Daten ergeben sich zumeist aus zu wenigen verwertbaren Wahlen, bzw. wenn diese alle gestaffelt kurz vor 2014 passierten. So gibt es in Ländern wie Zypern 4 verwertbare Jahre, da es in 2011 zu einer Wahl kam. Die Ergebnisse aus dieser Wahl wurden bis 2014 extrapoliert, da die vorhandene Regierung bis zur nächsten Wahl zu ihren Wahlprogrammen steht. Außerdem gab es Fälle in denen keine Partei die Regierungsverantwortung übernahm, sondern parteiunabhängige Individuen, was die Erhebung weiter erschwerte. Um wieder zu Zypern zurückzukehren, verfügt das Land über mehr verwertbare Jahre als beispielsweise Bulgarien. Hier gab es im selben Zeitraum zwar zwei Wahlen, jedoch erst in 2013 und 2014.. Somit gibt es für Bulgarien nur zwei brauchbare Jahre. Neben der Datengrundlage kommen noch mögliche Verzögerungseffekte, die in diesem Modell nicht abgebildet werden können.

Die Tatsache, dass es 23 Amtssprachen in der EU gibt, stellte die Analyse vor Schwierigkeiten. Hierfür wurde der Übersetzungsservice translate.google.de bzw. linguee.de genutzt und eine repräsentative qualitative Kontrolle (Österreich) eingeführt um Fehler auszumerzen. Ein Beispiel für dieses Problem ist Dänemark. Hier sind fast keine Erwähnungen vorhanden, obwohl das Land über einen sehr hohen Nutzungsgrad verfügt. Jedoch ist Dänemark ein Land mit vielen Parteien und bis zu 11 Wahlprogrammen pro Wahl und somit können hohe Werte leicht verwaschen. Insgesamt erwähnen dänische Parteien 91-mal "erneuerbar" und 90-mal "Wind", was einen beträchtlichen Wert darstellt.

Ein weiterer zu hinterfragender Fakt ist wie aussagekräftig die einzelnen Variablenfamilien sind, wenn sie alle über einen korrigierten Bestimmungsgrad unter 0,5 aufweisen. Deshalb sollte das Gesamtmodell als zentrale eindeutigere Quelle für Annahmen dienen.

Wie bereits erwähnt funktioniert Parteiendifferenz nur, wenn es keine anderweitigen dominierenden ökonomischen Krisen zu lösen gilt. Bukow & Switek (2017) greifen beispielsweise die Finanzkrise 2007 als Einflussfaktor in ihrem Paper "Ökonomie sticht Ökologie" auf und erwarten ein Schwenk des Fokus auf wirtschaftspolitische Themen nach einer Finanzkrise. Die Finanzkrise, entstanden durch die Hypotheken- und Immobilienkrise in den USA, lässt sich am besten als ein externer Schock beschreiben, der die Ausrichtungen von Parteien beeinflusst hat. Speziell die Finanzkrise zieht einen großen Wirkungskreis um sich (Farstad 2017). Die Finanzkrise 2007 gab Anlass eine Analyse zu ihrer Auswirkung auf Parteiprogramme zu veranlassen. Diese zeigt das es klare Richtungswechsel der Parteien (hier Hauptaugenmerk auf grüne Parteien) gab. Allgemein lässt sich eine Tendenz zu materialistischen Themen ablesen (Bukow & Switek 2017). Vergleicht man Bukows & Switek's (2017) Aussage zum Richtungswechsel von Parteien mit den hier produzierten Ergebnissen zu erneuerbaren Energien nach der Finanzkrise 2007, so kann diesen nur teilweise zugestimmt werden. Ein Blick auf die Ergebnisse (siehe Abb. 10) zeigt, dass im EU-Schnitt die getätigten Erwähnungen zu erneuerbaren Energien steigen. Betrachtet man einzelne Länder wie Österreich sinken die Erwähnungen auf ein zehn Jahres Minimum (2006 durchschnittlich 12,6 Erwähnungen und 2008 nur 4,3). In Deutschland ist gleichzeitig ein Anstieg von durchschnittlich 15,2 Erwähnungen auf 30,6 zu beobachten (2005 vs. 2009).

Jedoch muss angemerkt werden, dass Bukow & Switek (2017) in ihrer vierdimensionalen Analyse in Deutschland zu einem ähnlichen Ergebnis kommen. Am deutlichsten war dieser Anstieg bei den deutschen Grünen zu verzeichnen (von 37 auf 66 Erwähnungen). Unterdessen reduzierten die österreichischen Grünen von 18 auf 11 Erwähnungen. Da jedoch andere Untersuchungsmethoden im Spiel sind und sich die hier angestellten Untersuchungen auf erneuerbare Energien beschränken, spiegeln die im Zuge dieser Arbeit Daten nicht die Gesamtheit ökologischer Themen wider, wie die von Bukow & Switek (2017). Vermutlich beruhen die Differenzen zudem auf der Selektion der untersuchten Nationen, die sich in Bukows & Switeks (2017) Fall auf 12 EU-Mitgliedsstaaten beschränken.

Zum Thema "valence issue" finden sich auch etliche Gegenstimmen. Farstad (2017) selbst sieht auch die Möglichkeit, dass es sich bei Klimawandel um ein "partisan-issue" (Gegenteil valence) handeln könnte. Bekräftigt wird sie von Pardos-Prado (2012), welcher ebenfalls den Valence-Status in Frage stellt. Sowohl Carter (2013), als auch Carter & Clements (2015) fanden signifikante Unterschiede im Umgang mit dem Thema zwischen verschiedenen Parteien und Gemenis et al. (2012) sehen radikale rechte Parteien sogar teilweise in der Opposition zum Klimawandel. All das wird von der Literatur zur Polarisation zum Thema Klimawandel von Dunlap & McCright (2008), Dunlap et al. (2016) und Bruce (2013) befürwortet. Um dies zu kontrollieren wurde jedoch eine qualitative Analyse aller österreichischen Wahlprogramme angestellt, die bestätigte, dass es keine negativen Äußerungen zum Thema erneuerbare Energien gab.

7 Zusammenfassung, Schlussfolgerung und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Mischung aus qualitativer und quantitativer Analyse, zur Generierung von Variablen bzgl. programmatischer Aussagen in Wahlprogrammen, starke Ergebnisse liefert und sich somit auch für andere Forschungsfragen in anderen Gebieten zur Analyse von Wahlprogrammen eignet.

Wahlprogramme beweisen sich im Zuge der hier angestellten Analyse als eine beachtliche Quelle, um Parteien an ihrer Leistung zu messen. Besonders wertvoll hierfür ist die Salienz erneuerbarer Energien in Wahlprogrammen. Besonders interessant ist, dass sich die generellen Ergebnisse der Salienz sich gegengleich verhalten. Versuchen zu erklären kann man dies folgendermaßen: Oppositionsparteien äußern sich Großteils kritisch gegenüber den regierenden Parteien. Eine weitere Erklärung hierfür könnte sein, dass Parteien mit Regierungsanspruch bei unzufriedenstellenden Wahlprogrammen mit einer Abstrafung durch ihre Wähler und Wählerinnen rechnen müssen. Es sind also verschiedene Absichten bzw. externe Faktoren zu beobachten, wodurch sich große Unterschiede auf tun können (Harmel 2018; Bukow & Switek 2017). Neben diesen Ergebnissen liefern auch die Parteipositionen ansehnliche Einblicke in die Bedeutung von Wahlprogrammen. Hypothese 1 wurde somit auf der Ebene der regierungsführenden Parteien bestätigt. Im Vergleich mit den vier anderen Variablenfamilien, anhand derer versucht wurde, den Nutzungsgrad von erneuerbaren Energien zu erklären, erwies sich, neben dem Kosmos der Parteiprogrammatik, jener der Umweltbedingungen als am repräsentativsten - jedoch auf eine kontroverse Art und Weise. So wirkt sich CO₂ selbst positiv, CO₂-Intensität negativ, das Kyoto-Protokoll gemischt und die EU stark negativ auf den Nutzungsgrad aus. Die Hypothese lässt sich somit nicht bestätigen. Völlig anders verhält sich die Hypothese der fossilen Energieträger. Diese bestätigt sich im Gegensatz am eindeutigsten. Alle signifikanten Werte bestätigen die Annahme, dass diese in Konkurrenz zu erneuerbaren Energien stehen. Jedoch hat diese Variablenfamilie mit verschwindend kleinen Estimates zu kämpfen. Also wäre ein Anstieg dieser nicht wirklich ausschlaggebend für den Nutzungsgrad erneuerbarer Energien. Im Erklärungsbündel der Policyinstrumente erwies sich einzig und allein die genehmigten Patente auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien als positiv bedeutsam. Die Wirtschaftsfaktoren erweisen sich als einzige Variablenfamilie als völlig signifikant. Zudem verhalten sie sich wie erwartet gegengleich.

Kontrovers ist, wie bereits erwähnt, der Fakt, dass die EU-Mitgliedschaft sich negativ auf den Nutzungsgrad auswirkt. Ein weiteres gegenteiliges Verhältnis wird bei der Unterscheidung zwischen führenden Parteien und allen Parteien einer Wahl beobachtet. Dies lässt sich aber womöglich im Gegensatz zur EU-Mitgliedschaft erklären. In der Parteidifferenztheorie wird davon ausgegangen, dass Parteistandpunkte je nach Regierungsbeteiligung variieren und somit abweichende "policy outputs" erwirken. Eine weitere Erklärung ist, dass sich Positionen teilweise ändern. Bukow & Switek (2017) zeigten beispielsweise sinkende ökologische Ansprüche der Grün-Parteien in Regierungsbeteiligung.

Da Links-Rechts-Skalen ein beliebtes Mittel sind um politische Entscheidung zu erklären, wurden diese in der Regression inkludiert. Hört man jedoch auf Stimmen wie Schmidt (2007) und Farstad (2017), so sind diese zwar eine nützliche Veranschaulichung, jedoch machen sie auch auf ihre methodischen Schwächen aufmerksam. Man sollte nicht bei der Eindimensionalität bleiben und die Skala um die Ebene der Parteienfamilie erweitern. Diese Erweiterung des Konzepts Links-Rechts-Positionierung wäre eine weitere Möglichkeit die

Ergebnisse dieser Arbeit anzubauen. Ein weiteres gewisses Verbesserungspotential liegt in der Übersetzung des Suchvokabulars. Hier kann eine Gruppe aus Native Speakern sicherlich bessere bzw. sichere Ergebnisse liefern.

Da in den Ergebnissen ein direkter Vergleich zwischen der Wirksamkeit der hier generierten Variablen und der des CMPs möglich ist, kann bestätigt werden, dass die Verfeinerung der CMP-Methodik angebracht ist. Einzig und allein deren Wirtschaftswachstumsindikator erweist sich als durchaus signifikant. Vergleicht man diesen Wert jedoch mit den hier generierten äußerst signifikanten Variablen anhand der berechneten Estimates, so ist der Wert des CMPs verschwinden klein und hat kaum Aussagekraft. Hiermit bestätigen sich auch die Annahmen der viel erwähnten Arbeiten von Farstad (2017) und Ruß (2014). Jedoch muss angemerkt werden, dass die Methoden schwer zu vergleichen sind, da sich über die Zeit die Bedeutung von Konzepten verschieben kann (Benoit and Däubler, 2015).

Da es sich hier um eine gepoolte Analyse handelt, sind viele Details verloren gegangen. In weiteren Studien wäre es möglich einzelnen Ländern oder Sprachräumen zu untersuchen. Auch eine Studie zu den einzelnen Parteifamilien wäre möglich. So könnte man auch die Ergebnisse genauer auf ihre exo- und endogenen Einflüsse interpretieren bzw. an die Policy-Pledges-Literatur anzuknüpfen. Die hier vorliegende Analyse beschäftigt sich zudem mit allen weit verbreiteten Formen von erneuerbaren Energien. Es wäre vorstellbar, dass eine Analyse, die beispielsweise Wasserkraft exkludiert, andere Ergebnisse liefert. Dies wird als eine gute Möglichkeit für weitere Forschung auf dem Gebiet gesehen.

Ausblickend lässt sich sagen, dass sich die hier angewandte Methode für zahlreiche andere Bereiche anpassen lässt. Man muss lediglich das Suchvokabular modifizieren. Man muss sich nicht auf erneuerbare Energien beschränken. Alle Themen, die in einem Wahlprogramm erwähnt werden, sind potentiell eine Analyse wert. Hier wird also eine zweckmäßige Methode zum Analysieren von Wahlprogrammen und deren Umsetzung geboten, die solide Ergebnisse bietet und eine Verfeinerung des CMP-Codes ermöglicht. Auch die ausschließliche Messung der Salienz ist möglich. Man muss lediglich auf die Regression verzichten. Zudem ist zu betonen, dass die hier erhobenen Parteipositionen zu erneuerbaren Energien auch anderweitig genutzt werden können. Einerseits bietet sich im Sinne der Literatur über Pledges (Thomson et al. 2017) an, die Untersuchung darauf zu fokussieren, ob energiepolitische Versprechen im Wahlkampf tatsächlich umgesetzt werden. Eine weitere Möglichkeit, die aus den hier gewonnenen Daten resultieren kann, könnte Erklärungen für die energiepolitischen Positionen der Parteien suchen indem die hier erhobenen Daten zur abhängigen Variable gemacht werden.

Literaturverzeichnis

- Abedin, M.J. et al., 2013. Energy balance of internal combustion engines using alternative fuels. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 26, pp.20–33.
- Abou-Chadi, T., 2014. Niche Party Success and Mainstream Party Policy Shifts - How Green and Radical Right Parties Differ in Their Impact. *British Journal of Political Science*, 46(2), pp.417–436.
- Adams, J. & Somer-Topcu, Z., 2009. Policy adjustment by parties in response to rival parties policy shifts: Spatial theory and the dynamics of party competition in twenty-five post-war democracies. *British Journal of Political Science*, 39(4), pp.825–846.
- Aguirre, M. & Ibikunle, G., 2014. Determinants of renewable energy growth: A global sample analysis. *Energy Policy*, 69, pp.374–384.
- Aklin, M. & Urpelainen, J., 2013. Political competition, path dependence, and the strategy of sustainable energy transitions. *American Journal of Political Science*, 57(3), pp.643–658.
- Alonso, S. & Claro da Fonseca, S., 2012. Immigration, left and right. *Party Politics*, 18(6), pp.865–884.
- APCC, 2018. *APCC Special Report Gesundheit, Demographie und Klimawandel (SR18)*, Wien.
- Arrow, K. et al., 1996. Economic growth, carrying capacity, and the environment. *Environment and Development Economics*, 1(1), pp.104–110.
- Arzheimer, K., 2009. Contextual factors and the extreme right vote in Western Europe, 1980-2002. *American Journal of Political Science*, 53(2), pp.259–275.
- Baldwin, E. et al., 2017. Global Renewable Electricity Policy: A Comparative Policy Analysis of Countries by Income Status. *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, 19(3), pp.277–298.
- Bale, T. et al., 2010. If You Can't Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe. *Political Studies*, 58(3), pp.410–426.
- Bara, J., 2005. A question of trust: Implementing party manifestos. *Parliamentary Affairs*, 58(3), pp.585–599.
- Båtstrand, S., 2014. Giving content to new politics: From broad hypothesis to empirical analysis using Norwegian manifesto data on climate change. *Party Politics*, 20(6), pp.930–939.
- Bauer, A., Feichtinger, J. & Steurer, R., 2012. The Governance of Climate Change Adaptation in 10 OECD Countries: Challenges and Approaches. *Journal of Environmental Policy and Planning*, 14(3), pp.279–304.
- Baumol, W.J. & Oates, W.E., 1979. Economics, Environmental Policy, and the Quality of Life.
- Bayer, P., Dolan, L. & Urpelainen, J., 2013. Global patterns of renewable energy innovation, 1990 – 2009. *Energy for Sustainable Development*, 17(3), pp.288–295.
- Bayer, P. & Urpelainen, J., 2016. It Is All about Political Incentives: Democracy and the Renewable Feed-in Tariff. *The Journal of Politics*, 78(2), pp.603–619.
- Beck, N. & Katz, J.N., 1995. What to do (and not to do) with Time-Series Cross-Section Data. *The American Political Science Review*, 89(3), pp.634–647.
- Birchfield, V.L. & Duffield, J.S., 2011. *Toward a Common European Union Energy Policy*

- V. L. Birchfield & J. S. Duffield, eds., New York: Palgrave Macmillan US.
- Bird, L. et al., 2005. Policies and market factors driving wind power development in the United States. *Energy Policy*, 33(11), pp.1397–1407.
- Bireselioglu, M.E. & Zengin Karaibrahimoglu, Y., 2012. The government orientation and use of renewable energy: Case of Europe. *Renewable Energy*, 47, pp.29–37.
- Bruce, T., 2013. The Great Divide: Political Candidate and Voter Polarisation over Global Warming in Australia. *Australian Journal of Politics & History*, 59(3), pp.397–413.
- Budge, I., 1994. A New Spatial Theory of Party Competition: Uncertainty, Ideology and Policy Equilibria Viewed Comparatively and Temporally. *British Journal of Political Science*, 24(4), pp.443–467.
- Bukow, S. & Switek, N., 2017. Ökonomie Sticht Ökologie? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 11(1), pp.104–128.
- Cadoret, I. & Padovano, F., 2016. The political drivers of renewable energies policies. *Energy Economics*, 56, pp.261–269.
- Carter, N., 2013. Greening the mainstream: Party politics and the environment. *Environmental Politics*, 22(1), pp.73–94.
- Carter, N. et al., 2017. Political parties and climate policy: A new approach to measuring parties' climate policy preferences. *Party Politics*, pp.1–12.
- Carter, N. & Clements, B., 2015. From “greenest government ever” to “get rid of all the green crap”: David Cameron, the Conservatives and the environment. *British Politics*, 10(2), pp.204–225.
- Castles, F.G., 1982. The Impact of parties : politics and policies in democratic capitalist states. , p.369.
- Charlot, J., 1989. Political Parties: Towards a New Theoretical Synthesis. *Political Studies*, 37(3), pp.352–361.
- Cheon, A. & Urpelainen, J., 2013. How do Competing Interest Groups Influence Environmental Policy? The Case of Renewable Electricity in Industrialized Democracies, 1989-2007. *Political Studies*, 61(4), pp.874–897.
- Cheon, A. & Urpelainen, J., 2012. Oil prices and energy technology innovation: An empirical analysis. *Global Environmental Change*, 22(2), pp.407–417.
- Clarke, H.D. et al., 2011. Yes we can! Valence politics and electoral choice in America, 2008. *Electoral Studies*, 30(3), pp.450–461.
- Commission, E., 2013. The EU Emissions Trading System (EU ETS): Factsheet.
- Couture, T. & Gagnon, Y., 2010. An analysis of feed-in tariff remuneration models: Implications for renewable energy investment. *Energy Policy*, 38(2), pp.955–965.
- Dolezal, M. et al., 2016. Beyond salience and position taking. *Party Politics*, (July 2015), p.135406881667889.
- Dolezal, M. et al., 2014. How parties compete for votes: A test of saliency theory. *European Journal of Political Research*, 53(1), pp.57–76.
- Dolezal, M. et al., 2012. The Life Cycle of Party Manifestos: The Austrian Case. *West European Politics*, 35(4), pp.869–895.
- Dombrovski, R., 2012. Effectiveness of Financial and Fiscal Instruments for Promoting Sustainable Renewable Energy Technologies1. , 17(3), pp.1–42.
- Downs, A., 1957. An Economic Theory of Political Action in a Democracy. *Journal of Political Economy*, 65(2), pp.135–150.

- Duit, A., Feindt, P.H. & Meadowcroft, J., 2016. Greening Leviathan the rise of the environmental state? *Environmental Politics*, 25, pp.202–15.
- Dunlap, R.E. & McCright, A.M., 2008. A Widening Gap: Republican and Democratic Views on Climate Change. *Environment: Science and Policy for Sustainable Development*, 50(5), pp.26–35.
- Dunlap, R.E., McCright, A.M. & Yarosh, J.H., 2016. The Political Divide on Climate Change: Partisan Polarization Widens in the U.S. *Environment: Science and Policy for Sustainable Development*, 58(5), pp.4–23.
- Duverger, M., 1954. *Political Parties: Their Organization and Activities in the Modern State*, Methuen; Wiley.
- Dymond, G. & Deadman, H., 2006. OTE The Salisbury Doctrine. , (June).
- Elischer, S., 2010. Measuring and Comparing Party Ideology in Nonindustrialized Societies : Taking Party Manifesto Research to Africa Sebastian Elischer. *GIGA Working Paper*, (139).
- Energien, M. Der, 2013. Erneuerbare Energien und das EEG : Zahlen, Fakten, Grafiken. *Bdew*.
- EU, 2010. Amtsblatt der Europäischen Union.
- EurObserv'ER, 2011. The State of Renewable Energies in Europe. , 33(December 2011), pp.4–7.
- Europäische Union, 2018. The 28 member countries of the EU. Available at: https://europa.eu/european-union/about-eu/countries_de [Accessed October 21, 2018].
- European Commission, 2011. Energiefahrplan 2050.
- European Commission, 2010. Europa 2020.
- European Commission, 2006a. Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie.
- European Commission, 2006b. Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie (Kurzfassung).
- European Commission, 2002. Grünbuch. Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030. , 32, pp.0–32.
- European Commission Energy Roadmap 2050, 2011. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM/2011/0885 final. , p.20.
- European Commission, 2017. Annual emission allocations 2013-2020 and flexibilities | Climate Action.
- European Commission, 2013. The EU Emissions Trading System (EU ETS): Factsheet. , (July).
- Eurostat, 2018. Eurostat. Available at: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database> [Accessed September 20, 2018].
- EY, 2017. *Renewable energy country attractiveness index*.
- Facchini, F., Gaeta, G.L. & Michallet, B., 2017. Who cares about the environment? An empirical analysis of the evolution of political parties' environmental concern in European countries (1970–2008). *Land Use Policy*, 64, pp.200–211.
- Farstad, F.M., 2017. What explains variation in parties' climate change salience? *Party Politics*, (June 2016), pp.1–10.

- Fella, S. & Ruzza, C., 2006. Changing political opportunities and the re-invention of the Italian right. *Journal of Southern Europe and the Balkans*, 8(2), pp.179–200.
- Gemenis, K., Katsanidou, A. & Vasilopoulou, S., 2012. The politics of anti-environmentalism: positional issue framing by the European radical right. , (April), pp.3–5.
- Geys, B., 2012. Success and failure in electoral competition: Selective issue emphasis under incomplete issue ownership. *Electoral Studies*, 31(2), pp.406–412.
- Green, J., 2007. When voters and parties agree: Valence issues and party competition. *Political Studies*, 55(3), pp.629–655.
- Grendstad, G. et al., 2006. *Unique Environmentalism*, New York: Springer US.
- Grossman, A.B. & Krueger, G.M., 1991. Environmental Impacts of a North American Free Trade Agreement. , p.47.
- Han, X. & Chatterjee, L., 1997. Impacts of Growth and Structural Change on CO₂ Emissions of Developing Countries. *World Development*, 25(3), pp.395–407.
- Harmel, R., 2018. The how's and why's of party manifestos: Some guidance for a cross-national research agenda. *Party Politics*, 24(3), pp.229–239.
- Harmel, R. & Koo, S., 2013. The why, how, and what of South Korean party manifestos. *Paper presented at the Annual Meetings of the Southern Political Science Association, Orlando, FL*.
- Helpdesk_DE, E., 2018. Email Eurostat.
- Hibbs, D.A., 1977. Political Parties and Macroeconomic Policy. *American Political Science Review*, 71(4), pp.1467–1487.
- Hicks, A.M. & Swank, D.H., 1992. Politics, Institutions, and Welfare Spending in Industrialized Democracies, 1960-82. *The American Political Science Review*, 86(3), pp.658–674.
- Huang, M.Y. et al., 2007. Is the choice of renewable portfolio standards random? *Energy Policy*, 35(11), pp.5571–5575.
- Huber, E. & Stephens, J., 2001. Development and Crisis of the Welfare State: Parties and Politics in Global Markets.
- Huesemann, M.H., 2003. The Limits of Technological Solutions to Sustainable Development. , 5(1), pp.21–34.
- Intergovernmental Panel on Climate Change, 2014. Fifth Assessment Report.
- IPCC, 2018. IPCC special report on the impacts of global warming of 1.5 °C - Summary for policy makers,
- IRENA, 2014. A Renewable Energy Roadmap. , (June), pp.56–65.
- Jenner, S. et al., 2012. What drives states to support renewable energy? *Energy Journal*, 33(2), pp.1–12.
- Jenner, S., Groba, F. & Indvik, J., 2013. Assessing the strength and effectiveness of renewable electricity feed-in tariffs in European Union countries. *Energy Policy*, 52, pp.385–401.
- Jensen, C.B. & Spoon, J.J., 2011. Testing the “Party Matters” Thesis: Explaining Progress towards Kyoto Protocol Targets. *Political Studies*, 59(1), pp.99–115.
- Kavanagh, D., 1981. the Politics of Manifestos. *Parliamentary Affairs*, XXXIV(1), pp.7–27.
- Kern, C., 2018. facebook-Post Christian Kern - Der Kampf gegen Klimawandel ist der Kampf

für soziale Gerechtigkeit. *facebook.com*. Available at: <https://www.facebook.com/christian.kern.spoer/posts/1079051895583452>.

- Kilinc-Ata, N., 2016. The evaluation of renewable energy policies across EU countries and US states: An econometric approach. *Energy for Sustainable Development*, 31, pp.83–90.
- Knutsen, O., 1995. The Impact of Old Politics and New Politics Value Orientations on Party Choice—A Comparative Study. *Journal of Public Policy*, 15(01), pp.1–63.
- König, P.D., 2018. Digitalpolitische Positionen im deutschen Parteiensystem. , pp.399–427.
- Kromp-Kolb, H., 2014. österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014. *Gaia*, 23(4), pp.363–365.
- Lamnek, S., 1988. Qualitative sozialforschung.
- Laver, M., Benoit, K. & Garry, J., 2003. Extracting policy positions from political texts using words as data. *American Political Science Review*, 97(2), pp.311–331.
- Laver, M. & Garry, J., 2000. Estimating policy positions from political texts. *American Journal of Political Science*, 44(3), pp.619–634.
- Maisel, L.S., 1993. The Platform-Writing Process: Candidate-Centered Platforms in 1992. *Political Science Quarterly*, 108(4), p.671.
- Mansergh, L. & Thomson, R., 2007. Election pledges, party competition, and policymaking. *Comparative Politics*, 39(3), pp.311–329.
- Marques, A.C. & Fuinhas, J.A., 2011. Do energy efficiency measures promote the use of renewable sources? *Environmental Science and Policy*, 14(4), pp.471–481.
- Marques, A.C., Fuinhas, J.A. & Pires Manso, J.R., 2010. Motivations driving renewable energy in European countries: A panel data approach. *Energy Policy*, 38(11), pp.6877–6885.
- McDonald, M.D., Mendes, S.M. & Kim, M., 2007. Cross-temporal and cross-national comparisons of party left-right positions. *Electoral Studies*, 26(1), pp.62–75.
- Meadowcroft, J., 2011. Engaging with the politics of sustainability transitions. *Environmental Innovation and Societal Transitions*, 1(1), pp.70–75.
- Meadowcroft, J., 2009. What about the politics? Sustainable development, transition management, and long term energy transitions. *Policy Sciences*, 42(4), pp.323–340.
- Meguid, B.M., 2005. Competition between unequals: The role of mainstream party strategy in niche party success. *American Political Science Review*, 99(3), pp.347–359.
- Mendonça, M., 2012. Feed-in tariffs: Accelerating the deployment of renewable energy. *Feed-in Tariffs: Accelerating the Deployment of Renewable Energy*, pp.1–150.
- Merkel, W. et al., 2006. *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa.*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meyer, T.M. & Wagner, M., 2014. Which Issues do Parties Emphasise? Saliency Strategies and Party Organisation in Multiparty Systems. *West European Politics*, 37(5), pp.1019–1045.
- Miguel, C. & Manzano, B., Optimal oil taxation in a small open economy.
- Minkenbergh, M., 1997. The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis. Herbert Kitschelt. *The Journal of Politics*, 59(2), pp.624–627.
- Mintzberg, H., Ahlstrand, B. & Lampel, J., 1998. Strategy Safari: A guided tour through the wilds of strategic management, New York.

- Mitchell, C., Bauknecht, D. & Connor, P.M., 2006. Effectiveness through risk reduction: A comparison of the renewable obligation in England and Wales and the feed-in system in Germany. *Energy Policy*, 34(3), pp.297–305.
- Neumayer, E., 2004. The environment, left-wing political orientation and ecological economics. *Ecological Economics*, 51(3–4), pp.167–175.
- Oswald, G., 2018. No Title. *derstandard.at*. Available at: <https://derstandard.at/2000085138954/Oberlehrer-Doskozil>.
- Pacesila, M., Burcea, S.G. & Colesca, S.E., 2016. Analysis of renewable energies in European Union. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 56, pp.156–170.
- Pardos-Prado, S., 2012. Valence beyond consensus: Party competence and policy dispersion from a comparative perspective. *Electoral Studies*, 31(2), pp.342–352.
- Pennings, P. & Keman, H., 2002. Towards a new methodology of estimating party policy positions. *Quality and Quantity*, 36(1), pp.55–79.
- Petrocik, J.R., 1984. Explaining and Predicting Elections : Issue Effects and Party Strategies in Twenty-Three Democracies. by Ian Budge and Dennis J. Farlie. *Political Science Quarterly*, 99(1), pp.105–106.
- Polzin, F. et al., 2015. Public policy influence on renewable energy investments-A panel data study across OECD countries. *Energy Policy*, 80, pp.98–111.
- Ray, L., 2007. Validity of measured party positions on European integration: Assumptions, approaches, and a comparison of alternative measures. *Electoral Studies*, 26(1), pp.11–22.
- Reinhardt, G. & Victor, J., 2012. Competing for the Platform: The Politics of Interest Group Influence on Political Party Platforms in the United States. *Available at SSRN*, pp.1–32.
- REN21, 2018. Renewables 2018 global status report. , p.325.
- Rohrschneider, R., 1993. New Party versus Old Left Realignments: Environmental Attitudes, Party Policies, and Partisan Affiliations in Four West European Countries. *Journal of Politics*, 55(3), pp.682–701.
- Rohrschneider, R. & Miles, M.R., 2015. Representation through parties? Environmental attitudes and party stances in Europe in 2013. *Environmental Politics*, 24(4), pp.617–640.
- Ruijven, B.V. & Vuuren, D.P. V., 2009. Oil and Natural Gas Prices and Greenhouse Gas Emission Mitigation. *Energy Policy*, 37(11), pp.4797–4808.
- Ruß, D., 2014. Die Entwicklung des Klimawandels als politisches Problem. *Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management*, 7Jg., Heft, pp.353–373.
- Sadorsky, P., 2009. Renewable energy consumption, CO₂emissions and oil prices in the G7 countries. *Energy Economics*, 31(3), pp.456–462.
- Sapsford, R. & Jupp, V., 2006. *Data collection and analysis*, Sage.
- Schaffer, L.M. & Bernauer, T., 2014. Explaining government choices for promoting renewable energy. *Energy Policy*, 68, pp.15–27.
- Schmidt, J. & Haifly, A., 2012. Energy fact Delivering On Renewable Energy Around The World : How Do Key Countries Stack Up ? , (202).
- Schmidt, M., 2002. *Parteien und Staatstätigkeit*,
- Schmidt, M.G., 2007. Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich. In *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schmidt, M.G., 1996. When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy. *European Journal of Political Research*, 30(2), pp.155–183.
- Schmidt, M.G., 1982. Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen: ein internationaler Vergleich. , p.272.
- Schmitt, H. et al., 2012. 2014 Euromanifesto Study Documentation. , (649281).
- Schmitt, R., 2018. Sturmwarnung bei SPÖ: Doskozil kritisiert Kurs. *krone.at*. Available at: <https://www.krone.at/1752714>.
- Seki, K. & Williams, L.K., 2016. Updating the Party Government data set Version 2 . 0 Codebook for “Data Set 1 : Governments .” , pp.270–279.
- Smith, M.G. & Urpelainen, J., 2014. The Effect of Feed-in Tariffs on Renewable Electricity Generation: An Instrumental Variables Approach. *Environmental and Resource Economics*, 57(3), pp.367–392.
- Solorio, I., Öller, E. & Jörgens, H., 2014. Im Hürdenlauf zur Energiewende. , (2012), pp.189–200.
- SPÖ, 2018. Das SPÖ-Zukunftsprogramm ist da. *spoe.at*. Available at: <https://spoe.at/story/das-spoe-zukunftsprogramm-ist-da>.
- SPÖ, 2017. Wahlprogramm der SPÖ: Damit der Aufschwung bei allen ankommt! *spoe.at*. Available at: <https://spoe.at/story/wahlprogramm-der-spoe-damit-der-aufschwung-bei-allen-ankommt>.
- Spoon, J.J., Hobolt, S.B. & de Vries, C.E., 2014. Going green: Explaining issue competition on the environment. *European Journal of Political Research*, 53(2), pp.363–380.
- Steurer, R. & Martinuzzi, A., 2005. Towards a new pattern of strategy formation in the public sector: First experiences with national strategies for sustainable development in Europe. *Environment and Planning C: Government and Policy*, 23(3), pp.455–472.
- Szulecki, K. et al., 2016. Shaping the ‘Energy Union’’: between national positions and governance innovation in EU energy and climate policy.’ *Climate Policy*, 3062(August), pp.1–20.
- Tews, K., 2015. Europeanization of Energy and Climate Policy: The Struggle Between Competing Ideas of Coordinating Energy Transitions. *The Journal of Environment & Development*, 24(3), pp.267–291.
- The World Bank, 2018. The World Bank - Data.
- Thomson, R. et al., 2017. The Fulfillment of Parties’ Election Pledges: A Comparative Study on the Impact of Power Sharing. , 00(0), pp.1–16.
- Tufte, E.R. & Gordon, H.S., 1979. *Political control of the economy*,
- UNFCCC, 2006. Kyoto Protocol : Status of Ratification,
- UNFCCC, 2018. The Paris Agreement.
- Vasagar, J., 2013. German farmers reap benefits of harvesting renewable energy. *Financial Times*.
- Volkens, A. et al., 2017. The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR).
- Völker, M., 2018. SPÖ erhält neues Programm und neue Strukturen. *derstandard.at*. Available at: <https://derstandard.at/2000080406783/SPOe-erhaelt-neues-Programm-und-neue-Strukturen>.
- Völker, M., 2017. Wahlprogramm: Plan A wird von der SPÖ wiederverwertet. *derstandard.at*. Available at: [64](https://derstandard.at/2000062129679/Wahlprogramm-</p>
</div>
<div data-bbox=)

- Plan-A-wird-von-der-SPOe-wiederverwertet [Accessed August 1, 2018].
- Walgrave, S. & Nuytemans, M., 2009. Friction and party manifesto change in 25 countries, 1945-98. *American Journal of Political Science*, 53(1), pp.190–206.
- Weinberg, M.W., 1977. Writing the Republican Platform. *Political Science Quarterly*, 92(4), p.655.
- Wenzelburger, G., Jäckle, S. & König, P., 2014. Weiterführende statistische Methoden für Politikwissenschaftler: eine anwendungsbezogene Einführung mit Stata.
- Zohlnhöfer, R., 2003. Der Einfluss von Parteien und Institutionen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. *Politische Ökonomie: Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit*, pp.47–80.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 - Familien und Annahmen (Eigene Darstellung).....	35
Tabelle 2 - Erfasste Wahlen nach Land und Jahr. (Eigene Darstellung).....	40
Tabelle 3 - Statistik. (Eigene Darstellung)	41
Tabelle 4 - Salienz geordnet nach Parteifamilie und erneuerbare Energien in Prozent. (Eigene Darstellung).....	45
Tabelle 5 – Regression EU. (Eigene Darstellung).....	48
Tabelle 6 - Regression aller Modelle. (Eigene Darstellung)	50
Tabelle 7 - Korrelationsmatrix. (Eigene Darstellung)	68

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 - Datengrundlage nach Ländern und Kategorien. (Eigene Darstellung).....	5
Abb. 2 - "The conceptual scheme." (Dolezal et al. 2016, p.4)	14
Abb. 3 - "Issue ownership of green and radical right parties: party competence by most and second-most important problems."(Abou-Chadi 2014, p.5).....	19
Abb. 4 - "Average salience of environmental issues in political party electoral manifestos by country and over the electoral years considers in the analysis. Original data are multiplied per 100." (Facchini et al. 2017, p.204).....	27
Abb. 5 - Durchschnittliche Salienz von erneuerbaren Energien in Wahlprogrammen nach Ländern (wie bei Facchini et al. (2017)) und Jahren (wie bei Facchini et al. (2017)). (Eigene Darstellung).....	28
Abb. 6 - "Aussagen über den Klimawandel nach Parteien in Deutschland." (Ruß 2014, p.360)	29
Abb. 7 - Aussagen über erneuerbare Energien nach Parteien in Deutschland. (Eigene Darstellung).....	29
Abb. 8 - "Aussagen über den Klimawandel nach Parteien in Österreich." (Ruß 2014, p.362)	30
Abb. 10 - Verlauf des Nutzungsgrad erneuerbarer Energien in der EU. (Eigene Darstellung)	31
Abb. 11 - Abhängige und unabhängige Variablen. (Eigene Darstellung).....	32
Abb. 12 - Screenshot Ergebnis TM (Eigene Darstellung).....	38
Abb. 13 - Screenshot Ergebnisse Quanteda mit abweichender Reihung wie in Abb. 12. (Eigene Darstellung).....	39
Abb. 14 - Auswertung Excel. (Eigene Darstellung).....	41
Abb. 15 - Vergleich: Erwähnungen erneuerbarer Energien in Wahlprogrammen und Nutzungsgrad von erneuerbaren Energien. (Eigene Darstellung)	43
Abb. 16 - Ländervergleich der durchschnittlichen Erwähnungen pro Wahlprogramm nach Ländern. (Eigene Darstellung)	44

Abb. 17 - Ländervergleich: Anteile der verschiedenen Formen von erneuerbaren Energien. (Eigene Darstellung).....	45
Abb. 18 - Salienz erneuerbarer Energien geordnet nach Jahr und Parteilinie. (Eigene Darstellung).....	46
Abb. 19 - Salienz erneuerbarer Energien geordnet nach Parteilinien und Jahrzehnten. (Eigene Darstellung).....	47
Abb. 20 - facebook-Post Christian Kern - Der Kampf gegen Klimawandel ist der Kampf für soziale Gerechtigkeit. (Kern 2018).....	71

Anhang

Tabelle 7 - Korrelationsmatrix. (Eigene Darstellung)

	oel_imp_preis	1	oel_imp_preis	wirt_wachst	eu_member	kyoto_force	kyoto_rati	kyoto_sign	co2_intens	co2_emis	oel_verb	kohle_prim	kohle_verb	gas_prim	
wirt_wachst	-0,2043	1													
eu_member	0,2628	0,0676	1												
kyoto_force	0,8964	-0,2054	0,294	1											
kyoto_rati	0,7481	-0,1314	0,2913	0,7595	1										
kyoto_sign	0,4957	0,0196	0,2336	0,4772	0,6287	1									
co2_intens	-0,1639	0,1062	0,0021	-0,1539	-0,1435	-0,1196	1								
co2_emis	-0,0451	-0,0864	0,2814	-0,0326	-0,0167	0,0111	0,0012	1							
oel_verb	-0,0561	-0,0894	0,3265	-0,0417	-0,027	0,0155	-0,0922	0,9677	1						
kohle_prim	-0,0501	-0,0621	0,0783	-0,042	-0,0386	-0,0463	0,2295	0,711	0,5764	1					
kohle_verb	-0,0376	-0,0667	0,143	-0,0302	-0,0221	-0,0232	0,1857	0,8105	0,6885	0,9834	1				
gas_prim	-0,0447	-0,0154	0,1878	-0,0403	-0,0257	0,0084	0,0562	0,4566	0,387	0,1002	0,191	1			
gas_verb	0,028	-0,0863	0,2721	0,0392	0,0645	0,0838	-0,0233	0,9219	0,8851	0,4862	0,6117	0,6842	1		
atom_verb	0,0019	-0,0544	0,1815	0,0048	0,0139	0,0293	-0,4339	0,5251	0,6376	0,2295	0,299	0,0398	0,0398	1	
pat_grand	0,2132	-0,0932	0,1743	0,2153	0,1924	0,1704	-0,102	0,6335	0,5832	0,5984	0,6704	0,1236	0,1236	0,1236	1
fit	0,486	-0,0392	0,3395	0,4826	0,5475	0,4556	0,023	0,1096	0,1232	0,182	0,1744	-0,2463	-0,2463	-0,2463	1
ets	0,9038	-0,3053	0,3306	0,9108	0,6917	0,4314	-0,1594	-0,0254	-0,034	-0,03	-0,0197	-0,0363	-0,0363	-0,0363	1
pm_rile	-0,0014	-0,0179	-0,1118	-0,0259	-0,0623	-0,0373	0,0421	0,0256	0,0062	0,0508	0,0418	0,016	0,016	0,016	1
pm_per501	0,0343	0,0074	0,0539	-0,0036	0,0017	-0,0357	0,0067	0,0038	0,0121	-0,0292	-0,0269	-0,017	-0,017	-0,017	1
pm_per410	0,0678	0,0725	0,0417	0,0593	0,1092	0,1618	-0,0846	0,0822	0,0893	0,0633	0,0834	-0,0274	-0,0274	-0,0274	1
pm_welfare	0,1096	0,1223	0,1502	0,1084	0,1632	0,1034	-0,3203	-0,2122	-0,183	-0,1553	-0,164	-0,1531	-0,1531	-0,1531	1
pm_planeco	0,1099	-0,0666	-0,0851	0,069	0,1419	0,0413	0,0532	-0,0576	-0,082	-0,0253	-0,0401	0,0141	0,0141	0,0141	1
pm_markeco	0,1032	-0,0273	0,0918	0,1334	0,0923	0,0193	0,026	0,1063	0,0955	-0,0196	0,0194	0,152	0,152	0,152	1
pm_erw	0,3369	-0,0787	0,2102	0,3223	0,2904	0,3064	0,0272	0,158	0,1441	0,1205	0,1519	0,056	0,056	0,056	1
gen_erw	0,4716	-0,1515	0,3124	0,457	0,409	0,2839	-0,0012	0,3082	0,2815	0,2862	0,3269	0,036	0,036	0,036	1

gas_verb atom_verb pat_gra fit ets pm_rle pm_per501 pm_per410 pm_welfare pm_planeo pm_markeco pm_erw gen_erw

1																				
0.433	1																			
0.5556	0.4187	1																		
0.02	0.037	0.21	1																	
0.0422	0.0158	0.242	0.448	1																
0.0287	-0.0069	0.003	-0.16	1																
0.0208	-0.0344	-0.03	0.053	0.018	1															
0.0668	0.0849	0.165	0.06	0.057	-0.058	1														
-0.22	0.091	-0.09	0.058	0.092	-0.106	0.0805	1													
-0.016	-0.0747	-0.08	0.088	0.071	0.01	0.0342	0.1595	0.0468	1											
0.152	-0.0115	0	-0.01	0.12	-0.04	0.1892	0.055	0.1318	-0.0657	1										
0.1508	-0.0091	0.261	0.268	0.326	-0.11	-0.0124	0.1328	0.0182	-0.0215	0.158	1									
0.2615	0.0607	0.458	0.379	0.494	-0.125	0.0669	0.1572	-0.0453	-0.0411	0.119	0.669	1								

Facebook-Post Christian Kern



Christian Kern
16 Std. · 🌐

Der Kampf gegen Klimawandel ist der Kampf für soziale Gerechtigkeit
Der drohende Klimawandel ist zu einer sozialen Schlüsselfrage geworden. Ob unsere Kinder und Enkelkinder einmal ein gutes Leben in Würde und Wohlstand führen können, wird sich auch daran entscheiden, ob es uns gelingt, den Klimawandel zu bremsen.

Die Klimakrise ist ein Thema, das alle Lebensbereiche berührt. Ihre Auswirkungen betreffen uns auch ganz direkt in Österreich. Die Schlagzeilen in den Medien werden zunehmend geprägt von Trockenheit, Wasserknappheit und Waldbränden, Hitze- und Dürreperioden, Ernteaussfällen, Fluten und Überschwemmungen, Stürmen und Orkanen, von einst stolzen Gletschern, die zu einem Rinnsal verkommen und von Warnungen vor aufkommenden Pandemien und Schädlingsplagen.

Die Klimakrise ist aber auch eine ganz entscheidende Ursache für Migration. Die Idee, dass sich ein Teil der Welt einfach völlig isolieren und abschotten könnte, während andere Teile der Welt zunehmend unbewohnbar werden, ist eine Illusion. Menschen, deren Lebensgrundlage zerstört ist, wird letztlich keine noch so hohe Mauer aufhalten können. Ohne Bekämpfung der Klimakrise kann es daher auch keine sinnvolle und vor allem wirksame Migrations- und Flüchtlingspolitik geben. Das Eine bedingt das Andere.

Nur ein prominentes Beispiel: Mitte 2006 hat eine jahrelange Dürreperiode in Syrien eingesetzt. Hunderttausende Bauern haben jede Perspektive verloren und sind ohne Kapital und Einkommen in die Städte gezogen. Dort bildeten sie den perfekten Nährboden für Verelendung, soziale Unruhen, die Ausbreitung des Islamismus und letztlich den folgenden Krieg mit all seinen Auswirkungen, die bis heute in Europa spürbar sind.

Dürre und Trockenheit werden aber auch zunehmend zur Gefahr für unsere kleinteilig strukturierte Landwirtschaft in Europa. Und auch bereits jetzt spürbar ist der Klimawandel für alle Menschen in Österreich, die im Hochsommer am Back- oder Hochofen oder etwa im Straßenbau arbeiten. (Ganz im Gegensatz übrigens zu denen, die den 12-Stunden-

Abend nach Hause in ihre klimatisierten Wohnungen fahren).

Für die SPÖ ist es eine zentrale Frage, wie wir es erreichen können, dass Arbeitsbedingungen auch in langen Hitzeperioden nicht die Gesundheit der Beschäftigten gefährden. Lösungen für dieses Problem zu finden, ist Teil des ureigenen Auftrags der Sozialdemokratie.

Dennoch sagen heute noch immer viele: Der Klimawandel sei ein globales Problem und als einzelner oder als kleines Österreich könne man nichts tun. Aber das stimmt nicht. Es geht – wie immer bei sozialdemokratischer Politik – ganz konkret um die Lebenswirklichkeit der Menschen. So würden wir es als SPÖ auch niemals zulassen, dass ein Pflasterer 12 Stunden bei 36 Grad arbeiten muss.

Sozialdemokratische Klimapolitik rückt den Kern sozialdemokratischer Politik, nämlich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, auch ins Zentrum der Umweltpolitik. Sozialdemokratische Klimapolitik bedeutet im Kleinen, unsere Dörfer, Städte und unser ganzes Land lebenswert zu erhalten. Und sozialdemokratische Klimapolitik bedeutet im Großen, Entwicklungsländer bei ihrer eigenen Bewältigung der Klimakrise zu unterstützen und unseren Beitrag dafür zu leisten, den globalen CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Nur so kann Flucht, Massenmigration und Verelendung Einhalt geboten werden. In unserem eigenen Interesse und dem unserer Kinder und Enkelkinder. Denn in welchem Zustand diese unser Land und unseren Planeten einmal übernehmen, das liegt in unserer Verantwortung.

Manche möchten vielleicht noch geneigt sein, dieses Thema als unwichtig oder Randerscheinung abzutun. Ich bin davon überzeugt, dass sich die Sozialdemokratie mit gleicher Leidenschaft um dieses Thema kümmern muss, mit der wir insgesamt unseren Kampf für soziale Gerechtigkeit führen. Denn der Kampf gegen den Klimawandel ist und bleibt ein Kampf für soziale Gerechtigkeit.

 1.464

325 Kommentare 159 Mal geteilt

 Gefällt mir

 Kommentieren

 Teilen

Abb. 20 - facebook-Post Christian Kern - Der Kampf gegen Klimawandel ist der Kampf für soziale Gerechtigkeit. (Kern 2018)

R-Codes

Es handelt sich hierbei um die Codes der quantitativen Methodik.

```
> mp_setapikey(key = "****")
```

```
> main_data <- mp_maindataset(version = "current") [einmalig]
```

```
> ***_corpus <- mp_corpus(countryname=="*****" & date > YYYYMM)
```

```
> ***_tidied_corpus <- ***_corpus %>% tidy()
```

```
> ***_main_data <- main_data %>% filter(countryname == "*****" & date > YYYYMM)
```

```

> ***_corpus_merged <- left_join(***_tidied_corpus, ***_main_data, by = c("party",
"date"))

> names(***_corpus_merged)

 [1] "manifesto_id"          "party"          "date"
 [4] "language"             "source"         "has_eu_code"
 [7] "is_primary_doc"      "may_contradict_core_dataset" "md5sum_text"

> ***_tidied_corpus_manifesto_level <- ***_corpus_merged %>%
  dplyr::group_by(manifesto_id) %>%
  dplyr::mutate(text_collapsed = paste0(text, collapse = "")) %>%
  unique()

> ***_corpus_manifesto <- corpus(***_tidied_corpus_manifesto_level, text_field =
"text_collapsed")

> docnames(***_corpus_manifesto)

 [1] "text1" "text2" "text3" "text4" "text5" "text6" "text7" "text8" "text9"
"text10" "text11" "text12"
 [13] "text13" "text14" "text15" "text16" "text17" "text18" "text19" "text20" "text21"
"text22" "text23" "text24"
 [25] "text25" "text26" "text27" "text28" "text29" "text30" "text31" "text32" "text33"
"text34" "text35" "text36"
 [37] "text37" "text38" "text39"

> docnames(***_corpus_manifesto) <- paste(docvars(***_corpus_manifesto, "date"),
docvars(***_corpus_manifesto, "partyname"), docvars(***_corpus_manifesto, "party"),
sep = "&")

> docnames(***_corpus_manifesto)

 [1] "199010, Green Alternative"          "199410, The Greens"
 [3] "199512, The Greens"                "199910, The Greens"
 [5] "200211, The Greens"                "200610, The Greens"
 [7] "200809, The Greens"                "201309, The Greens"

***_DictEne <- dictionary(list(Erneuerbar = "erneuerbar*", Wind = "wind*", Solar =
"solar*", Sonne = "sonne*", Photo = "photo*", Geothermie = "geothermie*", Erdwärme =
"erdwärme*", Ökostrom = "ökostrom*", Wasserkraft = "wasserkraft*", Biogas = "biogas*",
Biomasse = "biomasse*"))

> ***_DFM <- (dfm(***_corpus_manifesto, tolower = TRUE, stem = FALSE, select = NULL,
remove = NULL, dictionary = ***_DictEne, thesaurus = NULL, valuetype = c("glob"),
groups = NULL))

> View(***_DFM)

> write.csv(***_DFM, "/Users/.../Documents/BOKU/Master/Diplomarbeit/ /***_DFM.csv")

```

EXCEL:

In Excel ist im Anschluss die Funktion "Text to Columns" von großer Hilfe (Data > Text to Columns).

RILE:

```
***_rile <-- mp_scale(***_corpus, scalingfun = rile)
```

```
write.csv(***_rile, "/Users/.../Documents/BOKU/Master/Diplomarbeit/***_Rile.csv")
```

Suchvokabular

Es folgen die bei der quantitativen Analyse gesuchten Daten geordnet nach Ländern. Ein "*" steht für eine Wildcard-Suche. Dadurch werden alle Wörter mit dem entsprechenden Wortstamm gesucht. "xyz123" wird gesucht, wenn es in der Sprache keinen Begriff für die gewünschte Vokabel existiert.

<u>Deutschland /</u>	Biogas - biogas*	Geothermie - geothermal*
<u>Luxemburg / Österreich:</u>	Biomasse - biomass*	Erdwärme - xyz123
Erneuerbar - erneuerbar*		Ökostrom - zeleni elektricitet*
Wind - wind*	<u>Bulgarien:</u>	Wasserkraft - hidroelektra*
Solar - solar*	Erneuerbar -	Biogas - bioplin*
Sonne - sonne*	възобновяеми*	Biomasse - biomas*
Photo - photo*	Wind - вятър*	
Geothermie - geothermie*	Solar - xyz123	
Erdwärme - erdwärme*	Sonne - слънчева*	<u>Griechenland / Zypern:</u>
Ökostrom - ökostrom*	Photo - фото*	Erneuerbar - ανανεώσι*
Wasserkraft - wasserkraft*	Geothermie - геотермална*	Wind - αιολικ*
Biogas - biogas*	Erdwärme - xyz123	Solar - ηλιακή*
Biomasse - biomasse*	Ökostrom - зелена енергия	Sonne - ήλιος*
<u>Belgien / Niederlande:</u>	Wasserkraft -	Photo - φωτο*
Erneuerbar - hernieuwbaar*	хидроенергия*	Geothermie - γεωθερμ*
Wind - wind*	Biogas - биогаз*	Erdwärme - xyz123
Solar - solar*	Biomasse - биомаса*	Ökostrom - πράσινης ενέργει*
Sonne - zon	<u>Kroatien:</u>	Wasserkraft -
Photo - foto*	Erneuerbar - obnovljiv*	υδροηλεκτρική ενέργει*
Geothermie - geotherm*	Wind - vjet*	Biogas - βιοαέρ*
Erdwärme - aardwarmt*	Solar - solar*	Biomasse - βιομάζ*
Ökostrom - groene stroom*	Sonne - sunce*	
Wasserkraft - waterkracht*	Photo - foto*	

Tschechische Republik:

Erneuerbar - obnoviteln*
Wind - větr*
Solar - solár*
Sonne - slun*
Photo - foto*
Geothermie - geotermál*
Erdwärme - yxz123
Ökostrom - zelené energ*
Wasserkraft - vodní energ*
Biogas - bioplyn
Biomasse - biomas*

Dänemark:

Erneuerbar - vedvarende*
Wind - vind*
Solar - xyz123
Sonne - sol
Photo - solcell*
Geothermie - geotermisk*
Erdwärme - xyz123
Ökostrom - grøn elektrici*
Wasserkraft - vandkraft*
Biogas - biogas*
Biomasse - biomass*

Estland:

Erneuerbar - taastuv*
Wind - tuul*
Solar - xyz123
Sonne - päike*
Photo - foto*
Geothermie - maasoojus
Erdwärme - xyz123
Ökostrom - xyz123
Wasserkraft - hüdroenerg*

Biogas - biogaas*
Biomasse - biomass*

Spanien:

Erneuerbar - renovabl*
Wind - viento*
Solar - solar*
Sonne - sol
Photo - foto*
Geothermie - geotèrm*
Erdwärme - xyz123
Ökostrom - electricidad verd*
Wasserkraft - hidroeléctric*
Biogas - biogás*
Biomasse - biomas*

Finnland:

Erneuerbar - uusiutuv*
Wind - tuul*
Solar - xyz123
Sonne - aurinko*
Photo - xyz123
Geothermie - geotermi*
Erdwärme - maalämp*
Ökostrom - vihreän sähkö*
Wasserkraft - vesivoim*
Biogas - biokaas*
Biomasse - biomass*

Frankreich:

Erneuerbar - renouvelable*
Wind - vent*
Solar - solair*
Sonne - soleil*
Photo - photo*

Geothermie - géothermie*
Erdwärme - xyz123
Ökostrom - électricité verte*

Wasserkraft - hydr*
Biogas - biogaz*
Biomasse - biomass*

Ungarn:

Erneuerbar - megújuló*
Wind - szélenergia
Solar - szoláris*
Sonne - nap
Photo - napelemek*
Geothermie - geoterm*
Erdwärme - xyz123
Ökostrom - zöldár*
Wasserkraft - vízi erő*
Biogas - biogáz*
Biomasse - biotömeg*

Großbritannien / Irland:

Erneuerbar - renewable*
Wind - wind*
Solar - solar*
Sonne - sund
Photo - photo*
Geothermie - geothermal*
Erdwärme - xyz123
Ökostrom - green energy
Wasserkraft - hydro*
Biogas - biogas*
Biomasse - biomass*

Italien:

Erneuerbar - rinnovabil*
Wind - vento*

Solar - solar*	Biomasse - biomas	Geothermie - geoterm*
Sonne - sole*		Erdwärme - xyz123
Photo - foto*	<u>Polen:</u>	Ökostrom - ekologickú elektrick*
Geothermie -geoterm*	Erneuerbar - odnawialn*	Wasserkraft - vodnej*
Erdwärme - xyz123	Wind - wiatr*	Biogas - bioplyn*
Ökostrom - elettricità verde*	Solar - słoneczn*	Biomasse - biomas*
Wasserkraft - idroelektrica*	Sonne - słońce*	
Biogas - biogas*	Photo - foto*	<u>Slowenien:</u>
Biomasse - biomass*	Geothermie -geoterm*	Erneuerbar - obnovljiv*
	Erdwärme - xyz123	Wind - vetrna*
<u>Litauen:</u>	Ökostrom - ekologicznej energ*	Solar - sončna*
Erneuerbar - atsinauji*	Wasserkraft - hydro*	Sonne - sonc*
Wind - vėj*	Biogas - biogaz*	Photo - foto*
Solar - xyz123	Biomasse - biomas*	Geothermie - geoterm*
Sonne - saulė*		Erdwärme - xyz123
Photo - foto*	<u>Rumänien:</u>	Ökostrom - okolju prijazno električn*
Geothermie - geoterm*	Erneuerbar - regenerabil*	Wasserkraft - hidro*
Erdwärme - xyz123	Wind - vânt*	Biogas - bioplin*
Ökostrom - žaliajai elektr*	Solar - solare*	Biomasse - biomas*
Wasserkraft - hidroenergi*	Sonne - soare	
Biogas - bioduj*	Photo - foto*	<u>Schweden:</u>
Biomasse - biomas*	Geothermie - geoterm*	Erneuerbar - förnybar*
	Erdwärme - xyz123	Wind - vind*
<u>Lettland:</u>	Ökostrom - electrică ecologic*	Solar - xyz123
Erneuerbar - atjaunojam*	Wasserkraft - hidro*	Sonne - sol
Wind - vėj*	Biogas - biogaz*	Photo - solcell*
Solar - xyz123	Biomasse - biomas*	Geothermie - geoterm*
Sonne - saule*		Erdwärme - xyz123
Photo - foto*	<u>Slowakei:</u>	Ökostrom - grön el*
Geothermie - ģeotermāl*	Erneuerbar - obnoviteľ*	Wasserkraft - vattenkraft*
Erdwärme - xyz123	Wind - veternej*	Biogas - biogas*
Ökostrom - ekoloģisko elektroenerģi*	Solar - solár*	Biomasse - biomas*
Wasserkraft - hidroenerģi*	Sonne - slnko*	
Biogas - biogāz*	Photo - foto*	

Abkürzungsverzeichnis

APCC - Austrian Panel on Climate Change

CMP - Comparative Manifestos Project

EGKS - Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

EPO - European Patent Office

EU - Europäische Union

EU ETS - EU-Emissionshandel

EUROTOM - Europäische Atomgemeinschaft

EWG - Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

FIT - Feed-In-Tarifs

IEA - Internationale Energieagentur

IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change

IRENA - Internationale Organisation für erneuerbare Energien

OECD - Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

MARPOR - Manifesto Research on Political Representation

MPD - Manifesto Project Database

MZES - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

REN 21 - Renewable Energy Policy Network for the 21st Century

RILE - Right-Left

THG - Treibhausgase

TM - Text Mining

TRÖE - Tonne(n) Rohöleinheiten

US - Vereinigten Staaten

USA - Vereinigten Staaten von Amerika

Lebenslauf

Nachname / Vorname	Mersch Claus Bsc, Bsc
Adresse	Leipziger Str. 66/22, 1200 Wien Österreich
E-Mail	claus.mersch@gmail.com
Staatsangehörigkeit	Österreich, Deutschland
Geburtsdatum	21.01.1989
Geschlecht	Männlich
Beruf/Funktion	Consultant Koloo Projects

